

5. HEFT / MAI 1906

RICHARD CALWER · DAS FAZIT DER MAROKKO-AFFÄRE

BEI einem Blick auf die zahlreichen Besprechungen der Ergebnisse der Marokkokonferenz fällt auf, dass sehr viele Beurteiler Anlass und Zweck der ganzen Aktion völlig aus dem Auge verloren haben. Es mag ja sein, dass das Ergebnis an sich nach dem teilweise aufregenden, sogar den europäischen Frieden bedrohenden Verlaufe des Marokkohandels geringfügig erscheint, aber danach darf das Ergebnis eben nicht bewertet werden. Was man hinterher von der Konferenz alles erwartet haben will, dafür sei nur eine Stimme angeführt, die mit dem Ausgang der Konferenz nicht zufrieden ist, weil das Endziel des Marokkohandels, »der deutschen Industrie und dem deutschen Handel günstige Bedingungen im Scherifenlande zu suchen.« nicht erreicht sei. Um ein solches Endziel hat es sich überhaupt nicht gehandelt. Der Anlass der ganzen Aktion war eine gemeinsame Verletzung bestehender Rechte des Deutschen Reiches durch Frankreich und England. Deutschland hatte mit Marokko ein Handelsverhältnis, auf Grund dessen ihm die unbeschränkte Meistbegünstigung zugesichert ist. Dieses Rechtsverhältnis ignorierten Frankreich und England, indem in dem Abkommen vom April 1904, das zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde, die Handelsfreiheit in Marokko nur auf 30 Jahre gewährleistet wird. Über die Handelsfreiheit in Marokko haben nach unserem Verhältnis zu Marokko nicht England und Frankreich zu bestimmen, sondern die Souveräne von Marokko. In der Begrenzung des Zustandes der Handelsfreiheit auf 30 Jahre liegt eine Nichtanerkennung oder doch Nichtachtung des zwischen Marokko und dem Deutschen Reiche abgeschlossenen Meistbegünstigungsverhältnisses. Angesichts dieser Verletzung unseres Rechts und unserer wirtschaftlichen Interessen durch Frankreich und England fragte es sich, ob Deutschland sich die Zurücksetzung gefallen lassen, oder ob es gegen das Abkommen vom April 1904 Einspruch erheben sollte.

Fast allgemein ging seinerzeit die Meinung dahin, dass Deutschland diese

Zurücksetzung nicht ruhig hinnehmen sollte. Die Wortführer sämtlicher Parteien erkannten an, dass hier ein Vorgehen seitens Englands und Frankreichs vorläge, das nicht in der Ordnung war. Wenn aber diese Nichtachtung Deutschlands ziemlich allgemein als solche empfunden wurde, so gab es nur zweierlei: entweder Deutschland liess diese Nichtachtung seiner Rechte ruhig auf sich sitzen, oder aber es machte England und Frankreich einen Strich durch ihre Rechnung. Die erstere Eventualität kann man Deutschland zumuten, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass Deutschland überhaupt nicht als Grossmacht aufzutreten habe, sondern ruhig akzeptieren solle, was andere Grossmächte über seine Rechte und Beziehungen beschliessen. Eine Partei, die in grundsätzlicher Opposition zur Regierung eines Landes steht, wird auch die auswärtige Politik der Regierung möglichst auf Schritt und Tritt zu bekämpfen haben. Aber es gibt eine Grenze, wo diese Bekämpfung aufhört und zwar keine Unterstützung, wohl aber eine Duldung eintritt. Wenn zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits ein Konflikt eintritt, so treten drei Regierungen einander gegenüber, die alle mehr oder weniger die politische Vertretung des kapitalistischen Regimes repräsentieren. Alle drei sind nicht vom Vertrauen der Arbeiterbevölkerung getragen. Indem ich nun die eigene Regierung bekämpfe, wenn sie ihre Rechte und Interessen den Regierungen des Auslandes gegenüber verfehlt, unterstütze ich zweifellos die Interessen der ausländischen Regierungen, die ich doch mindestens ebenso zu bekämpfen habe, wie die eigene Regierung. Aber ich begehe unter Umständen noch einen viel grösseren Fehler. Die Entwicklung des privatkapitalistischen Regimes äussert sich zurzeit in einem starken Drang nach Expansion. Von dem Grad dieser Expansion hängt zu einem Teile auch wieder der wirtschaftliche Fortschritt ab, der die Voraussetzung für die Sozialisierung unserer Wirtschaftsordnung ist. Falle ich nun der Regierung des eigenen Landes bei der Betätigung des Expansionsdranges mit Erfolg in die Arme, indem ich dadurch gleichzeitig die Betätigung des nämlichen Dranges seitens anderer Länder begünstige, so erreiche ich mit dieser Politik, dass die wirtschaftliche Entfaltung in den Konkurrenzländern grössere und raschere Fortschritte macht, als bei uns, dass dort die Vorbedingungen einer Sozialisierung rascher heranreifen, als im eigenen Lande. Als deutscher Sozialist will ich aber, dass möglichst Deutschland an der Spitze des wirtschaftlichen Fortschritts marschieren soll. Das bedingt auch, dass Deutschland seine politische Macht entfaltet. Ich brauche mich für die Art dieser Entfaltung keineswegs zu engagieren, meine Haltung kann sogar sehr zurückhaltend und passiv sein, aber ich darf jedenfalls nicht durch meine Bekämpfung der eigenen auswärtigen Politik riskieren, dass das kapitalistische Ausland einen Vorsprung nach dem anderen vor Deutschland gewinnt. Von diesen Erwägungen ausgehend, muss man zu dem Schluss gelangen, dass Deutschland gegen das englisch-französische Abkommen vorzugehen nicht nur vollauf berechtigt, sondern auch vom Standpunkt seiner kapitalistischen Interessen aus verpflichtet war. Auch der Sozialist muss in dem vorliegenden Falle konzedieren, dass Deutschland die Nichtachtung und Zurücksetzung seitens Englands und Frankreichs nicht schweigend hinnehmen konnte.

Gibt man aber die Notwendigkeit eines Einschreitens im vorliegenden Falle zu, dann kann man nur noch über die Art des Vorgehens verschiedener An-

sicht sein. Man konnte der Marokkoaffäre gegenüber sehr wohl der Meinung sein, dass das Spiel nicht derart sein durfte, dass das Volk eine Gefahr lief, die weit über den Wert des Objekts hinausging. Freilich hatte die deutsche Regierung, nachdem sie erst den Stein ins Rollen gebracht hatte, es nicht mehr allein in der Hand, wie die Dinge verlaufen würden. Das hing nunmehr auch von Frankreich und England ab. Wenn Grossmächte aneinandergeraten, und sei es nur einer Lappalie wegen, so muss man, bevor man den ersten Schritt unternimmt, alle möglichen Konsequenzen in seine Rechnung einbeziehen. Man nehme den Fall an, dass Deutschlands Einspruch gegen die englisch-französischen Abmachungen unberücksichtigt geblieben wäre, und dass zu der ersten Nichtachtung eine weitere gekommen wäre — hätte Deutschland dann klein beigeben sollen? Wer diese Frage mit *Ja* beantwortet, der hätte klüger gehandelt, wenn er Deutschland gleich von vornherein von jedem Einspruch gegen die erste Zurücksetzung abgeraten hätte. Sobald man einmal zugibt: Deutschland ist verpflichtet, Einspruch zu erheben, muss man auch die Tatsache mit in Kauf nehmen, dass Deutschland die Art des Verlaufes eines solchen Konfliktes, wenn er erst einmal im Gange ist, nicht mehr allein zu bestimmen vermag. Nun soll gar nicht geleugnet werden, dass Deutschland nicht immer im Sinne des Friedens operiert hat, und, soweit es in dieser Hinsicht Fehler gemacht hat, konnten die Angriffe gegen seine Politik nicht scharf genug erfolgen. Zu diesen Fehlern gehört in erster Linie der Besuch des deutschen Kaisers in Tanger. Wenn man im Kartenspiel mit einem kleinen Trumpf den gewünschten Stich machen kann, so ist es ein unverzeihlicher Fehler, wenn man einen höheren oder gar den höchsten Trumpf ausspielt. In der Politik ist ein solches Spiel aber noch fehlerhafter, weil es einen äusserst aggressiven Eindruck macht und eine bestehende Spannung unnötig verschärft. Aber abgesehen von einer Reihe solch ungeschickter Massnahmen, über deren Berechtigung der Aussenstehende nur auf Grund des der Öffentlichkeit zugänglichen Materials urteilen kann, war doch im grossen und ganzen einmal das Ziel, das die deutsche Regierung verfolgte, und dann auch der Weg, den die deutsche Regierung zur Erreichung des Zieles einschlug, durchaus von dem Wunsche getragen, den Frieden zu erhalten, jede sachliche Brüsskierung des Gegners zu vermeiden. Man hat zwar oft den Tadel hören müssen, die deutsche Diplomatie spiele mit verdeckten Karten. Die Vertretung des Volkes wisse nicht, was die D.plomatie wolle. Dieser Tadel trifft zu, aber er wird immer und überall zutreffen, wo es sich um Aktionen der auswärtigen Politik handelt. Wenn zwei oder mehrere Partner sich um irgend eine Sache streiten, werden sie über ihre wahren Absichten immer so wenig wie möglich verlauten lassen. Sobald einer die Absichten des anderen wirklich genau kennen würde, hätte er dem Offenherzigen gegenüber ein wesentlich leichteres Spiel. Auch in ganz demokratischen Staatswesen kann die Regierung dem Parlament in Fragen der auswärtigen Politik nicht klaren Wein einschenken. Die Regierung hat das Vertrauen der Mehrheit, und sie hat internationale Händel so auszutragen, dass sie das Vertrauen der Parlamentsmehrheit erhält. Macht sie in einem bestimmten Falle Fehler, so haben die Männer der Regierung einfach abzutreten. Aber eine Unmöglichkeit ist es, dass die Regierung vor aller Welt ihren Operationsplan ausplaudert und

dadurch dem Gegner den diplomatischen Kampf erleichtert. Dass die Regierung über ihre Ziele und über ihre Taktik geschwiegen hat, ist ihr also nicht zum Vorwurf zu machen.

Nun sagt man freilich hinterher, die Regierung habe nichts erreicht, die ganze Geschichte sei ausgelaufen, wie das Hornberger Schiessen. Die Regierung habe ganz andere Ziele verfolgt, aber die Trauben wären ihr zu sauer gewesen. Das ist alles sehr leicht zu sagen, da man ja die besagten Ziele nicht kennt und wohl noch nicht so bald kennen lernen wird. Es mag sein, dass man in deutschen Regierungskreisen an die Möglichkeit der Erreichung weitergehender Ziele glaubte. Für uns, die wir die Sache lediglich als Politiker zu betrachten haben, scheiden persönliche Intentionen und derartiges vollständig aus, wir richten uns lediglich nach dem sachlich gebotenen Ziel, das sich aus dem Anlass der ganzen Affäre ergab.

Der Anlass war die Zurücksetzung und Nichtachtung Deutschlands durch Frankreich und England in einer bestimmten Frage (Meistbegünstigung Deutschlands). Der sachliche Zweck des Handels ist erreicht, wenn diese Zurücksetzung und Nichtachtung wieder gut gemacht ist. Und dass durch die Konferenz dieser Zweck erreicht ist, das kann wohl kaum bestritten werden. Es hat nie in der Absicht Deutschlands liegen können, die tatsächliche Vorherrschaft der französischen Interessen in Marokko abstreiten zu wollen. Nur sollte es allerdings nicht zugelassen werden, dass Frankreich mit allerhöchster Erlaubnis Englands Deutschland in Marokko die offene Tür vor der Nase zuschlug oder sich wenigstens von England der Erlaubnis versicherte, bei Gelegenheit die Tür zuzuschlagen. Durch die Konferenz ist erreicht worden, dass unter voller Anerkennung der französischen Interessen in Marokko Frankreich genötigt ist, die Souveränität Marokkos anzuerkennen und die Handelsfreiheit für alle anderen Länder zuzulassen. Dass Frankreichs Einfluss nach wie vor in Marokko prävalieren wird, ist sicher; aber ihn auszuschalten, lag eben gar nicht in der Macht Deutschlands.

Wenn so der sachliche Zweck des deutschen Vorgehens in der Marokkoaffäre erreicht ist, bleibt nur noch übrig, die Taktik Deutschlands kritisch zu beleuchten. Hat Deutschland durch die Anregung einer internationalen Konferenz einen richtigen Weg eingeschlagen? Wäre es nicht klüger und vorteilhafter gewesen, sich mit Frankreich allein auseinanderzusetzen und zu verständigen? Das französisch-englische Abkommen verletzte nicht nur die Rechte Deutschlands, sondern auch solche anderer Länder. Hätte Deutschland die Verständigung mit Frankreich allein gesucht, so hätte es den gleichfalls in ihren Rechten und Interessen verletzten anderen Ländern gegenüber genau so gehandelt, wie England und Frankreich zusammen gegenüber Deutschland. Gerade der Vorschlag einer internationalen Konferenz, zu der alle irgendwie beteiligten Länder eingeladen waren, war durchaus aner kennenswert. Namentlich die, die auf dem Standpunkt stehen, dass Differenzen zwischen zwei Staaten möglichst auf dem Wege der Verhandlung oder durch schiedsrichterliche Entscheidung ausgetragen werden sollen, können nicht umhin, anzuerkennen, dass das Mittel einer internationalen Konferenz durchaus richtig gewählt war. Es konnte in dieser Anregung um so weniger eine Spitze gegen Frankreich erblickt werden, als eine solche Konferenz durch die Geschichte der völkerrechtlichen Beziehungen Marokkos geboten war. Die Kon-

ferenz in Algeciras war die einzig kompetente Instanz, die eine Änderung dieser auf der Madrider Konferenz festgesetzten Beziehungen vorzunehmen berechtigt war.

Vergleicht man nun Entstehung, Zweck und Verlauf der Konferenz mit ihrem Ausgang und ihren Ergebnissen, so braucht man keineswegs der Regierung wegen ihres Tuns und Verhaltens Beifall zu spenden; denn um besondere Leistungen handelt es sich in der Tat nicht. Die Aufbausung der ganzen Angelegenheit infolge einer häufigen Zuspitzung der Gegensätze und infolge der Ausnutzung dieser Spannungen durch die chauvinistische Presse in England, Frankreich und Deutschland hat mit der Affäre selbst nichts zu tun. Die Zwischenfälle und Treibereien verlangten allerdings ein ziemliches Mass von Ruhe und Besonnenheit, um sich nicht in seinem Ziele und in dessen nüchterner Verfolgung beirren zu lassen. Nichts ist daher verkehrter, als die Bedeutung des Marokkohandels zu übertreiben und daraufhin die Politik der Regierung als besonders glücklich und erfolgreich erscheinen zu lassen.


Aber auf der anderen Seite ist es ebenso verkehrt, bei der Erledigung der Affäre die deutsche Regierung und ihre Diplomaten als besonders ungeschickte Akteure hinstellen zu wollen. Dass es Deutschland nicht gelingen konnte, England und Frankreich in ihrem Einvernehmen zu trennen, dass es die *Extratour* Italiens nicht zu verhindern vermochte u. s. w., das lag nicht an der grösseren oder geringeren Geschicklichkeit der Diplomaten, sondern einfach an der Gruppierung der tatsächlichen Interessen. Und wenn sich im Verlaufe der Konferenz eine ziemliche Isolierung Deutschlands herausgestellt hat, so ist damit nur eine Tatsache evident geworden, die schon vor der Marokkoaffäre vorhanden, wenn auch noch nicht in voller Klarheit erkannt war. Für diese Tatsache selbst müssen die Gründe anderswo gesucht werden, nicht in der Marokkoaffäre und in dem Verhalten Deutschlands während ihres Verlaufs. Auch für die künftige Gestaltung unserer Beziehungen zu Frankreich hat die Konferenz endlich nichts verdorben. Deutschland hat bei dem ganzen Handel zwar darauf gedrungen, dass seine bestehenden Rechte und Interessen nicht ignoriert werden, aber es hat keine Erweiterung seiner Rechte auf Kosten der eigenartigen Stellung Frankreichs in Marokko durchzusetzen sich versteift. Es hat Frankreich gegenüber alles in allem eine durchaus loyale Haltung eingenommen, und es ist darum auch zu erwarten, dass man in Frankreich, wo tatsächlich eine zum Kriege treibende Partei in der Person Delcassés die auswärtige Politik dirigiert hatte, diese Haltung anerkennt. Wenn nun Frankreich durch die Beschlüsse der Konferenz in der Verwirklichung seiner Marokkopläne stark gehemmt ist, so hat es sich dieses Resultat doch ganz allein zuzuschreiben: warum hat es in kurzsichtiger Politik seinen Einfluss auf die ägyptischen Fragen aufgegeben und sich in einen Konflikt mit Deutschland treiben lassen? Deutschland erkennt Frankreichs prävalierende Interessen in Marokko durchaus an; das hat der Verlauf der Konferenz in Algeciras bestätigt. Aber nicht von England hängt es ab, wie weit Frankreichs Einfluss in Marokko reichen wird, sondern nun nach der Konferenz in der Hauptsache von Deutschland. Das ist schliesslich auch ein politischer Erfolg, der einen Keim gegenseitigen Verkehrs und allmählicher Annäherung in sich trägt. Wenn in dieser Richtung die Ergebnisse der

Konferenz wirksam würden, so wäre das Spiel der Diplomaten in Algeciras doch nicht so ganz wertlos gewesen.

Von allen Nachwirkungen und Nebenerscheinungen abgesehen, ist aber der rein sachliche Erfolg der ganzen Marokkoaktion nicht zu verkennen. Es handelt sich allerdings um einen politischen Erfolg des rein kapitalistischen Regimes, das von den Sozialdemokraten bekämpft wird. Aber diese Bekämpfung richtet sich nicht gegen Fortschritte dieses Systems, soweit sie die Voraussetzung für die günstige Entwicklung des Sozialismus und der Sozialdemokratie bilden. Und wenn man fragt, ob das Ergebnis der Marokkoaffäre die politische und wirtschaftliche Entwicklung des kapitalistischen Systems in dem gekennzeichneten Sinne fördert, so kann man zwar als Sozialdemokrat dem ganzen Handel ziemlich passiv gegenüberstehen oder auch manche Nebenerscheinung scharf kritisieren, aber ein ausreichender Grund, die Aktion selber zu verurteilen, liegt nicht vor.


XX

MAX SCHIPPEL · MEISTBEGÜNSTIGUNG UND REZIPROZITÄT IN DER HANDELSVERTRAGSPOLITIK

 ER Tarifexperte des Washingtoner Handelsamtes, Herr N. J. Stone, erhebt in der *Political Science Quarterly*, der bekannten politisch-ökonomischen Vierteljahrsschrift der *Columbia-Universität*, verschiedene Einwendungen gegen meine historische Darstellung der amerikanischen Handelsdiplomatie. Zu gleicher Zeit entwickelt er in der *North American Review* die *amerikanische* Auffassung der vielumstrittenen beiden Klauseln der alten europäisch-amerikanischen Verträge nochmals eingehender — durchaus ruhig und sachkundig, aber, meines Erachtens, ohne den Kern der Sache wirklich entscheidend zu treffen.

Es seien deshalb folgende Gegen Ausführungen gestattet, zugleich zur Orientierung unserer Parteigenossen über einige, in Parteikreisen wohl allzu wenig erörterte Fragen.

I

 ESTAND überhaupt zur Zeit der grundlegenden Vertragsabschlüsse zwischen den alten europäischen Mächten und dem jungen neuweltlichen Freistaate, also vor rund hundert Jahren, eine besondere *amerikanische Meistbegünstigungspolitik*? Kann man deshalb, wie Herr Stone, von einer »amerikanischen Auslegung des Meistbegünstigungsprinzips« sprechen, die »mit dem Dasein der Vereinigten Staaten als Nation zeitlich zusammenfällt«?

Der Beweis dafür soll in der etwa seit dem Ende des XVIII. bis zur Mitte des XIX. Jahrhunderts regelmässig wiederkehrenden Vertragsformel liegen, die uns allen als Artikel IX des preussisch-amerikanischen Abkommens vom 1. Mai 1828 bekannt ist:

«If either party shall, hereafter, grant to any other nation any particular favor in navigation or commerce, it shall immediately become common to the

other party, freely, where it is freely granted to such other nation, or on yielding the same compensation, when the grant is conditional.

»Si l'une des parties contractantes accorde, par la suite, à d'autres nations quelque faveur particulière, en fait de commerce ou de navigation, cette faveur deviendra aussitôt commune à l'autre partie, qui en jouira gratuitement. La concession est gratuite, ou en accordant la même compensation que la concession est conditionnelle.

Oder, wie es in der etwas abgeblassten und verschwommenen amtlichen deutschen Übersetzung heisst:

»Wenn von einem der kontrahierenden Teile in der Folge anderen Nationen irgend eine besondere Begünstigung in betreff des Handels oder der Schifffahrt zugestanden werden sollte, so soll diese Begünstigung sofort auch dem anderen Teile mit zu gute kommen, welcher die selbe, wenn sie ohne Gegenleistung zugestanden ist, ebenfalls ohne eine solche, wenn sie aber an die Bedingung einer Vergeltung geknüpft ist, gegen Bewilligung der selben Vergeltung geniessen wird.

Also keine automatische Übertragung von zweiseitigen Vertragszugeständnissen — beispielsweise zwischen der Union und Frankreich — an dritte, wenn auch meistbegünstigte Staaten — wie Preussen-Deutschland —, sondern Übertragung nur im Falle gleicher oder ähnlicher Zugeständnisse des jeweils anschlussheischenden dritten Staates! Oder anders ausgedrückt: glatte, vorbehaltlose Verallgemeinerung nur der unentgeltlich eingeräumten vertragsmässigen Vergünstigungen, Versagung der übrigen, auf Gegenleistungen beruhenden Vorteile, bis der dritte Staat sich gleichfalls zu den selben oder doch zu äquivalenten Gegenleistungen versteht. Wohlgemerkt: immer unter der grundsätzlichen Anerkennung, lediglich in anderer tatsächlicher Auffassung und Handhabung des Meistbegünstigungsrechtes! Das ist, wie man meint, die *spezifisch amerikanische* Handelsvertragstaktik.

Im Ernste? Aber warum stossen wir auf ganz die selbe, vermeintlich beweiskräftige Formel in so vielen älteren britischen, hanseatischen, skandinavischen, preussischen und sonstigen europäischen Verträgen, und zwar fast immer neben einer nochmals selbständig für sich formulierten Zollmeistbegünstigung, also neben der heute von Amerika wegbewiesenen europäisch- und umschränkten Zollmeistbegünstigung? Sollte man geradezu darauf versessen gewesen sein, zwei sich inhaltlich gegenseitig aufhebende Bestimmungen aneinanderzureihen? Und umgekehrt, in den amerikanischen Verträgen: wenn unter den künftigen »*Begünstigungen* [favours] in betreff des Handels oder der Schifffahrt« die Zölle und Zollermässigungen wirklich bereits eingeschlossen und mitverstanden sein sollen, warum in aller Welt vereinbart man, ganz überflüssigerweise, regelmässig noch eine Separatklauseel, eben über die Zollmeistbegünstigung, für den Augenblick und für später? Denn die amerikanische, nochmals speziell den Zöllen gewidmete Formel beschäftigt sich keineswegs, wie man unbegreiflicher Weise selbst in Deutschland oft behaupten hört, nur mit Vergangenheit und Gegenwart, sondern ausdrücklich mit der Zukunft:

»No higher or other duties shall be imposed on the importation into the United States, of any article, the produce or manufacture of Prussia . . . than are, or shall be, payable on the like article, being the produce or manufacture of any other foreign country.

»Il ne sera imposé d'autres ni de plus forts droits sur l'importation dans les Etats-Unis, des articles provenant du sol ou de l'industrie du royaume de

Prusse . . . que ceux qui sont, ou seront imposés sur les mêmes articles provenant du sol ou de l'industrie de tout autre pays étranger.¹⁾

Nun mag, wenn man nur den einen preussisch-amerikanischen Vertrag im Auge behält, die eigentümliche Voraussage der Zölle noch einigermaßen den landläufig gewordenen Irrtum entschuldigen, die später folgende *Favors*klausel bringe eine nachträgliche Einschränkung. Aber gerade im ältesten und für lange Zeit vorbildlichen Unionsvertrag, in dem mit Frankreich vom Jahre 1778, ist, wie noch recht häufig in späteren Verträgen, die Reihenfolge genau die entgegengesetzte, so dass die beabsichtigte Sonderstellung, und zwar die viel günstigere und vorbehaltlosere Sonderstellung der Zölle (*duties, droits sur l'importation*) ganz unverkennbar hervortritt. Im französisch-amerikanischen Vertrag sichert zunächst Artikel II zu: keiner Nation dürften »in respect of commerce and navigation« partikuläre Begünstigungen (*favors*) zugewilligt werden, an denen nicht der Vertragschliessende teilzunehmen berechtigt wäre; und hier, bei den zuerst geregelten *favors*, wird allerdings das Recht der Teilnahme als ein bedingtes begrenzt: unentgeltlich (*freely*), wie die Konzession ohne Entgelt erfolgte — gegen die selbe Gegenleistung (*on allowing the same compensation*), wenn die Konzession bedingungsweise, nicht ohne Gegenzusicherungen eintrat (*if the concession was conditional*). Zweifellos ist hier, für die *Erleichterungen von Handel und Schifffahrt*, von der bedingungslosen Verallgemeinerung der einzelnen Staaten gemachten Zugeständnisse abgesehen. Ohne Zweifel. Doch wird man hinzufügen müssen: sind unter diesen *favors* die Zölle mit einbegriffen, oder sind, wie man uns heute versichert, unter diesen *favors* gar in erster Linie Zollbegünstigungen, vertragsmässige Zollherabsetzungen zu verstehen, so ist mit diesem Artikel II die Zollfrage vollständig bis auf den letzten Rest erledigt, jedes weitere Wort verböte sich, weil es in eine ganz klare, erschöpfend formulierte Rechtslage nur Unklarheit und Verwirrung hineinragen würde. Aber . . . diesem bedingten Artikel II für die erwähnten *favors* folgt sofort auf dem Fusse ein besonderer Artikel III, eben für die Zölle, und zwar für die Zölle in Gegenwart und Zukunft: die französischen Untertanen sollen nirgends in den Häfen andere oder höhere Zölle (*duties*) zahlen, als die meistbegünstigten Nationen zu zahlen verpflichtet sind oder verpflichtet sein werden (*than those which the nations most favored are or shall be obliged to pay*); jegliche einschränkende Bedingung fällt dabei, im Gegensatz zum unmittelbar vorangegangenen Artikel, fort. Wenn man die Dutzende und Hunderte von Schriftstücken in der amerikanischen Sammlung der *Treaties and Conventions* durchgeht, und nicht minder, wenn man die gleiche Nachprüfung für die zahlreichen älteren englischen Verträge vornimmt oder die entsprechenden hanseatischen und preussischen Verträge analysiert, so taucht überall, wie eine international-allgemein feststehende Norm, für *Begünstigungen (favors, privileges, immunities)* und *Zölle (duties)* diese unterscheidende Wiederholung auf, die vollkommen sinnlos sein würde, wenn

¹⁾ Die — an sich natürlich ganz unverbindliche — amtliche Übersetzung im *Preussischen Handelsarchiv* ist abermals etwas zaghafter ausgefallen, als das frisch zugreifende Original: »Auf den Eingang der Erzeugnisse des Bodens oder des Kunstfleisses des Königreichs Preussen in die Vereinigten Staaten . . . sollen weder andere, noch höhere Abgaben gelegt werden, als diejenigen, welche auf die selben Artikel, wenn die Erzeugnisse des Bodens oder des Kunstfleisses irgend eines anderen fremden Landes, gelegt sind oder gelegt werden möchten.«

sie *duties* und *favours*, Zölle und Verkehrserleichterungen, nicht trennen und als eigenartige Kategorieen nicht eigenartig unterscheidend regeln wollte.

Schon der traditionelle logische Aufbau und die übliche Wortfassung der alten Verträge — nicht nur Amerikas, sondern auch der europäischen Staaten — verbietet demnach klipp und klar das Zusammenwerfen der beiden strittigen Klauseln. Die Zollklausel ist eine inhaltlich-selbständige Bestimmung für sich; sonst hätte es ihrer neben der *Favors*klausel niemals bedurft, während sie — durchgängig, nicht ausnahmsweise — noch besonders formuliert wird. Diese Sonderformel für die Zölle ist aber stets eine bedingungslose: die Ware des Vertragsstaates zahlt jederzeit und ohne weiteres — heute und später, ohne Feilschen und Äquivalente — den niedrigsten Zollsatz, der überhaupt, im ganzen Umkreis der konkurrierenden Einfuhrstaaten rechtsgültig zulässig scheint:

»No higher or other duties shall be imposed . . . than are or shall be payable . . . by any other foreign country.«

»Es brauchen niemals höhere oder andersartige Zölle gezahlt zu werden, als irgendein drittes Land zahlt oder zahlen wird.«

II



AS können das also für *Begünstigungen* sein, die neben den Zöllen, fast immer separat geregelt werden und für die allerdings eine andere Art der Übertragung und Verallgemeinerung (die *Reziprozität* oder *Gegenseitigkeit* im engeren Sinne, nicht die glatte bedingungslose Meistbegünstigung) vorgesehen ist?

Wer die Geschichte der älteren englischen, preussischen, hanseatischen Handelspolitik kennt, wird keinen Augenblick in Zweifel sein, dass hier die Union, an der Wende des XVIII. und XIX. Jahrhunderts, gar keine *spezifisch amerikanischen* Wege einschlägt, sondern in genau den selben Bahnen wandelt, wie gleichzeitig die vorherrschende europäische Politik. In der Tat kannten die Verträge der europäischen Staaten — für den intereuropäischen Verkehr oder für die Beziehungen zu südamerikanischen, nordafrikanischen und noch anderen Ländern — die Reziprozitätsklausel recht gut. Diese Kenntnis ist uns nur deshalb mehr und mehr verloren gegangen, weil seit dem Siege des englischen Freihandels und den entsprechenden kontinentalen Reformen, ferner seit der Herausbildung umfassenderer einheitlicherer Nationalstaaten aus der losen Anhäufung von Kleinstaaten und Kantonen, also etwa seit der Mitte des XIX. Jahrhunderts, fast alle intereuropäischen Handelsverträge eine vollkommene Umgestaltung erfuhren, bei der die einst so wichtige Reziprozitätsklausel meist als überflüssig oder unzweckmässig ausschied, während sie in den unversehrten amerikanischen Verträgen — mit Preussen vom Jahre 1828, mit England vom Jahre 1815! — heute manchen durch ihre Fremdartigkeit überraschen und verblüffen mag. Die Reziprozitätsklausel führt uns, nach ihrer Entstehung und internationalen Ausbreitung, in die Zeit der grossen liberalen Verkehrsfortschritte vor hundert Jahren zurück: die Häfen und Küsten öffnen sich für die fremdstaatlichen Schiffe, die grossen Ströme werden mehr und mehr zu internationalen Wasserstrassen, der Ausländer erhält in wachsender Masse das Recht, im Lande zu weilen und zu reisen, Gewerbe zu treiben, Grundbesitz zu erwerben,

zu klagen, zu erben, konsularen Schutz in Anspruch zu nehmen, sein geistiges Eigentum zu sichern. Für diese internationale Wirtschaftsumwälzung, für den unaufhaltsamen Siegeszug des ökonomischen Liberalismus wirkte lange Zeit als starker Mauerbrecher die sogenannte *Gegenseitigkeit*, die in der Literatur, in den Parlamenten, in den Regierungskörperschaften vielerörterte *Reziprozität* — auch diese Bezeichnung selber war damals aller Welt geläufig. Ist das aber der Fall, dann ist es mehr als naheliegend, dann ist es einfach selbstverständlich, dass man die amerikanische Reziprozitätsklausel an dem Massstab der gleichzeitig international-vorherrschenden Gegenseitigkeitspolitik misst.

Was ist das Wesen dieser damaligen, durchaus nicht *spezifisch amerikanischen* handelspolitischen Reziprozität? Statt durch lange geschichtliche Darlegungen, versuchen wir, es durch ein paar fiktive Beispiele zu verdeutlichen. Der Staat A und der Staat B bevorzugten, wie wir annehmen wollen, bisher bei der Einfuhr jeder seine eigenen Schiffe, sie differenzierten jede fremde Schifffahrt. Durch vertragsmässige Abmachung sichern sich A und B nunmehr die Gleichstellung mit der nationalen Flagge zu; sie tun das *gegenseitig*: im Staate A sind künftig die B-Schiffe, umgekehrt im Staate B die A-Schiffe von jeder Zurücksetzung gegen die nationale Flagge befreit. Ein dritter Staat C, der ganz der traditionellen Schiffsdifferenzierungspolitik weiter huldigt, verkehrte mit A stets auf durchaus freundschaftlichem Fusse, vielleicht hat er sogar von altersher etwas Ähnliches, wie eine Meistbegünstigungszusicherung, in der Tasche. Bei Anwendung der glatten bedingungslosen Meistbegünstigung auf die Seefahrtsverhältnisse würden für Cs, des dritten Staates, Schiffe ohne weiteres die Differenzierungen in A hinwegfallen, denn sie sind durch den neuen Vertrag (zwischen A und B) für B in Wegfall gekommen, und *weniger begünstigt*, als B, dürfte C keinesfalls sein — wohlgemerkt, bei Geltung der glatten bedingungslosen Meistbegünstigung für diese Verkehrsbeziehungen. Auf diesem Felde herrscht jedoch, wie wir weiter annehmen, die früher überwiegende Reziprozitätspraxis. Danach kann C wohl von seinen Schiffen in den A-Häfen sehr leicht die eingetretene oder drohende Differenzierung fernhalten und den Vorsprung des Konkurrenten B rasch wieder beseitigen — wenn es genau das selbe, wie B, *gegenleistet*, wenn es nämlich die A-Schiffe ebensogut, wie seine eigenen Schiffe, wie die Schiffe der eigenen Nation C, zu stellen verspricht. Bei diesen in Fluss geratenden Verhandlungen zwischen A und C befürwortet aber C gleich noch andere erstrebenswerte Verkehrserleichterungen: es bietet nicht nur die Gleichstellung der A-Schiffe in der eigentlichen Seefahrt, im Auslandshandel, sondern zugleich die Zulassung der *Küstenschifffahrt* an, die bisher, auch in dem vorangegangenen Verträge zwischen A und B, den nationalen Fahrzeugen weiter ausschliesslich vorbehalten war. Doch stellt dabei C, wie damals üblich, eine Bedingung: dass die Freigabe der Küstenfahrt *gegenseitig* ist, dass also A seine Küsten für die C-Schiffe freigibt. Dieses Übereinkommen gelingt in der Tat. Der zweite neue Verkehrsfortschritt, die Cabotageregelung, beschränkt sich jedoch zunächst auf A und C. Ist B, weil nach wie vor von der Küstenfahrt in A ausgeschlossen, nun zuletzt doch der Benachteiligte? Würde das, was wir heute als glatte bedingungslose Meistbegünstigung kennen, auf die Schifffahrtsrechte übertragen, so müsste B, um in A nicht schlechter und rechtloser, als C, dazustehen, ohne weiteres die Cabotage ausüben dürfen, sowie der Vertrag zwischen A und C in Kraft tritt.

Hier bildet jedoch, nach unserer Voraussetzung, nur die Reziprozität die Richtschnur: B kann die Küstenfahrt in A betreiben, wenn er die gleiche Bedingung, wie C, erfüllt, das heisst, wenn er seine (Bs) eigene Küstenfahrt den A-Schiffen eröffnet u. s. w. u. s. w. Und wenn man für diese internationale Rechtsgestaltung eine einfache Formel zu finden suchte, so lautet sie — das ist schliesslich des rätselhaften Pudels ganz einfacher Kern — genau so oder doch ganz ähnlich, wie die umstrittene, wie man meint: *amerikanische*, Reziprozitätsklausel:

Wenn von einem der kontrahierenden Teile in der Folge anderen Nationen irgend eine besondere *Begünstigung* in betreff des Handels oder der Schifffahrt zu gestanden werden sollte, so soll diese Begünstigung sofort auch dem anderen Teile zu gute kommen . . . wenn sie an die Bedingung einer Vergeltung [eines Gegenrechtes] geknüpft ist, gegen Bewilligung der selben Vergeltung [des selben Gegenrechtes].

Das ist, wie gesagt, ein ganzes internationales handelspolitisches System, das ein paar Jahrzehnte hindurch in Europa, in Zentral- und Sudamerika, in noch anderen Weltverkehrszonen vorherrscht, das dann nach der umfassenden Liberalisierung des internationalen Verkehrs allerdings seine historische Rolle im wesentlichen ausgespielt hatte, das darum in den jüngeren Handelsverträgen Europas allmählich zurücktritt und sich auch, wie in England, fast ganz verliert, das aber, bei uns selber und sogar heute noch, für bestimmte Wirtschaftsbeziehungen nicht ganz erloschen ist, zum Beispiel für den Patent- und Musterschutz, für das Aktienrecht, für die Küstenfahrt.²⁾ Das scheint so sonnenklar, dass man wahrlich nicht, wie einige neuere Schriften, nach dem Mond und den Sternen hinaufzugreifen brauchte, um endlich ein wenig Licht in die dunkle *amerikanische* Reziprozitätsklausel zu bringen. Sie ist durchaus gleichen Fleisches und Blutes, wie unsere eigenen älteren handelspolitischen Abmachungen.

Freilich, auf Zölle und Tarifverträge ist sie in keiner Weise zugeschnitten für die Anwendung nach dieser Seite wäre sie, nach ihrem ursprünglichen und

²⁾ Näheres in meinem Buch *Amerika und die Handelsvertragspolitik* (Berlin 1906, Kap. III. Eine konkrete Ausführung darf ich zur Erläuterung hier wiederholen: »Wir Deutsche haben diese Waffe gleichfalls fleissig gehandhabt. Ja, wir verwenden sie heute noch: im Markenschutz, in der Zulassung zur Küstenschifffahrt und noch auf manchen anderen, nicht unwichtigen Gebieten des Wirtschaftsrechtes. Beispielsweise, auf die Zusicherung hin, dass in der österreichisch-ungarischen Monarchie bezüglich des Schutzes der Warenbezeichnungen und Verpackungen sowie überhaupt der Fabrik- und Handelsmarken die Angehörigen des Deutschen Reiches wie dortige Angehörige gestellt sein sollen, gewährten wir bei uns den Österreichern und Ungarn den selben gesetzlichen Markenschutz, wie den eigenen Reichsangehörigen. Das ist zweifellos gegen früher eine kommerzielle Besserstellung, eine *Begünstigung*. Aber wir übertragen und übertragen diese Begünstigung des einen Landes keineswegs ohne *Gegenleistung* auf andere Staaten, sondern wir tun dies erst nach Bewilligung der selben *Vergeltung*, das heisst nur für den Fall, dass der dritte Staat unsere Angehörigen gleichfalls mit seinen Inländern auf eine und die selbe Stufe rückt. So sind, Zug um Zug, in Deutschland eine ganze Reihe von Ländern der Vergünstigung Österreich-Ungarns, das heisst des vollen reichsgesetzlichen Markenschutzes, teilhaftig geworden, während sich andererseits für den deutschen Fabrikanten und Händler weitere Auslandsgebiete des Rechtsschutzes geöffnet haben. Die Küstenschifffahrt haben wir verschiedenen Ländern (Belgien, Brasilien, Dänemark, Grossbritannien, Italien, Schweden und Norwegen) freigegeben, und zwar deshalb, weil diese Staaten die deutsche Flagge in ihrem Küstenverkehr zulassen. Wir sind wohl auch stets bereit gewesen, dieses Recht und Vorrecht anderen Teilen mit zu gute kommen zu lassen, aber nicht ohne eine *Gegenleistung*, sondern gegen Bewilligung der selben *Vergeltung* — mit anderen Worten: wenn der Staat, der die deutsche Begünstigung wünscht, in seinem Herrschaftsbereich den deutschen Schiffen die Küstenfrachtfahrt gleichfalls erlaubt. Ist es doch nicht allzu lange her, dass in deutschen Bundesstaaten den Bundesbrüdern aus der nächsten Nachbarschaft Niederlassungsfreiheit, Freizügigkeit und bestimmte Gewerberechte nur nach vorheriger Einräumung von Reziprozität seitens des Nachbarstaates zustanden: unter der *Bedingung des Gegenrechtes*, wie man es zu nennen beliebte.« (pag. 83-84).

meistverbreiteten Wortlaute (the same compensation, genau die gleiche Gegenleistung) auch einfach sinnlos.³⁾

Bei einem geschichtlichen Rückblick auf die realen handelspolitischen Vorgänge an der Jahrhundertwende und in den ersten Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts gelangt man somit zu ganz dem gleichen Ergebnis, wie bei der Nachprüfung des festen urkundlichen Niederschlages, der Vertragstexte selber: Die Reziprozitätstaktik fasste ganz andere Beziehungen ins Auge, als internationale Zollvereinbarungen, die vollständig ausserhalb des Gesichtskreises jener Zeiten blieben. Die Zollbehandlung regelte man daher durch eine separate, bedingungslose Klausel: Zolldifferenzierungen wurden einfach ausgeschlossen, die vertragsstaatliche Ware brauchte im Zweifelsfalle jederzeit nur den niedrigsten Zollsatz zu zahlen.

III

INDES, falls wirklich die Reziprozitätsklausel — in unserem Falle Artikel IX des preussisch-amerikanischen Vertrages — auf die Zölle, auch in der Zeit der mitteleuropäischen Tarifverträge, anwendbar bliebe, wäre selbst dann die Rechtsstellung der Vereinigten Staaten eine so günstige, wie Herr Stone dies darstellt?

Zunächst, wenn ein erster Konflikt hinaufzöge, unbestritten günstig doch höchstens auf ein Jahr. Der alte Vertrag von 1828 kann jeden Tag mit einjähriger Ablauffrist gekündigt werden; nach einer, sogar in der Washingtoner Regierung weitverbreiteten Anschauung ist das Leben des preussischen Vertrages sogar bereits längst erloschen.

Herr Stone fühlt auch heraus, dass der Hinweis auf den Artikel IX unter Umständen recht bedenklich für — die Vereinigten Staaten ist. Denn danach hätte Amerika Anspruch zum Beispiel auf die mit Österreich-Ungarn vereinbarten deutschen Vertragszölle nur dann, wenn es »die selbe Vergeltung« bewilligte, wenn es also für deutsche Textilwaren, Konfektionserzeugnisse, Spiel- und Galanteriewaren, Maschinen und Apparate, Instrumente, Chemikalien, Möbel, Glaswaren und was sonst noch die selben (!) Zollermässigungen auf die selbe Zeit festlegte, wie dies Österreich-Ungarn uns gegenüber getan hat. Im Ernste? Vielleicht fügt man dann in Washington noch die von uns ausbedungenen Gegenleistungen Russlands, der Schweiz, Italiens, Belgiens, der Balkanländer hinzu, um das Mass der gleichen Vergeltung für die deutschen Vertragszölle wirklich voll zu machen? Wenn nicht, dann täte man besser, mit der Berufung auf die Reziprozitätsklausel recht vorsichtig zu sein.

Nun hat man in Washington einen bequemen Ausweg aus dieser selbstverschuldeten Verlegenheit zu finden gemeint. Staatssekretär Hay beschränkt ihn bereits (1899⁴⁾), und Herr Stone in der *North American Review* schliesst sich seiner Beweisführung an: Amerika sei zwar unter Umständen zu »der selben Vergeltung«, zu der gleichen Gegenleistung für die deutschen Vertragszölle verpflichtet, anderenfalls verzichte es selber freiwillig auf unsere Vertragszölle. Sowie jedoch Deutschland seine Vertragszölle *freely (umsonst)* auf irgend welchen Staat ausserhalb des Kreises der eigentlichen Tarifvertrags Teilnehmer weiter übertrage, falle die gleiche *Begünstigung*, nach dem Wortlaut

³⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 89 und 119-120.

⁴⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 127.

LEONIDA BISSOLATI · DIE KRISE IN DER ITALIENISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

L Um die Krise zu verstehen, die zurzeit in der sozialdemokratischen Partei Italiens ausgebrochen ist, bedarf es eines Rückblickes auf die letzten Jahre der Parteigeschichte. Den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* sind deren einzelne Phasen in ihrer Bedeutung durch eine Reihe von Artikeln, namentlich von Claudis Treves und von mir, dargestellt worden; ich verweise auf sie und begnüge mich hier mit einer kurzen chronologischen Übersicht.

Die ersten Schritte der italienischen Sozialdemokratie standen unter dem Zeichen der absoluten Intransigenz. Wohl fehlte schon auf den ersten Kongressen keineswegs die transigente Strömung, sie blieb aber unweigerlich in der Minderheit. Die Partei hatte das Bedürfnis, ihren Klassencharakter zu betonen, ihre Wesenheit auf das schärfste gegen die bürgerlichen Parteien, am allerschärfsten aber gegen die demokratischen Parteien abzugrenzen, mit denen sie Gefahr lief, zusammengeworfen zu werden. Aber dieser *Scelenzustand* der Partei begann einer Modifikation von Grund auf unterzogen zu werden, als die Periode der Reaktion /1898 bis 1900/ hereinbrach, in der die Notwendigkeit des Zusammengehens mit den demokratischen Parteien zwecks gemeinsamer Verteidigung der Freiheit mit unwiderstehlicher Gewalt sich aufdrang. Als die machtvolle parlamentarische Obstruktion, die von den Sozialisten in Gemeinschaft mit der äussersten Linken und mit Unterstützung eines Teils der konstitutionellen Linken ins Werk gesetzt wurde, die Freiheit gerettet hatte, stand die Partei vor dem Problem, das Eroberte zu behaupten, will sagen, vor der reaktionären Attacke das Ministerium Zanardelli-Giolitti zu stützen, welches den Sieg der Sozialisten und der liberalen Parteien personifizierte. So stimmte denn zum erstenmal die sozialistische Parlamentsfraktion für ein Ministerium. Die Wirklichkeit und die Logik der Tatsachen machten dies Votum zur Notwendigkeit, sonst wäre die Frucht der Kämpfe dreier Jahre verloren gegangen. Aber es war gerade dies Votum, das für die erste geistige Krise innerhalb der Partei entscheidend wurde. Ein Teil der Partei, der doch während der Kampfperiode Schulter an Schulter mit den anderen Parteien gefochten hatte, wurde mit einem Male so intransigent, dass er eine Abstimmung als Degeneration und als Verrat bezeichnete, die doch nur die notwendige Konsequenz des Obstruktionskampfes war. Jedoch war die instinktive Erkenntnis der Notwendigkeit, die Freiheit zu verteidigen, so stark, dass der Parteitag von Imola /1902/ schliesslich mit grosser Mehrheit die Haltung der Fraktion billigte.

Dennoch hatte um dieser Frage halber ein Dualismus begonnen. Die Partei sah sich offenbar zwischen zwei Tendenzen geteilt, die als die *reformistische* und die *revolutionäre* bezeichnet wurden. Doch trat bis zum Parteitag von Imola und noch ein gutes Stück darüber hinaus der Unterschied zwischen den beiden Tendenzen weder auf praktischem, noch auf theoretischem Gebiete mit Deutlichkeit zu Tage. Der Bannerträger des *revolutionären* Teiles, Enrico Ferri, hatte — und zwar nicht sowohl wegen der Parteidisziplin, als aus bewusster Neigung — für das liberale Ministerium gestimmt; desgleichen andere Abgeordnete, die

auf dem Parteitag in Imola als *Revolutionäre* auftraten. Noch schwieriger war auf theoretischem Gebiete der Gegensatz zwischen *Reformismus* und *Revolutionarismus* zu fassen. Einziger Unterscheidungspunkt schien die Frage der Zulässigkeit eines regierungsfreundlichen Votums zu sein: allein dieses Unterscheidungsmerkmal wurde in dem Augenblicke unklar und ungenügend, als die *Revolutionäre* zugestanden, dass das Proletariat nur durch eine Folge von Reformen, unter Ausschluss von Gewaltstreichern, zu seiner Befreiung gelangen könnte, und als sie weiter zugestanden, dass die sozialistische Fraktion für die Regierung in einer Anzahl von Fällen stimmen könnte, wenn gleichzeitig der Regierung eine im Sinne der Partei liegende Direktive gegeben würde. Es sei übrigens betont, dass alle *Reformisten* und *Revolutionäre* sich in Opposition zu den Ministerien befanden, die auf das erste Kabinett Zanardelli folgten; von den *Revolutionären* wurde sie freilich mit grosserem Wortlarm geführt. Wenn nun auch weder praktisch, noch theoretisch der Unterschied tief war, so wurde doch viel Eifer und viel Bitterkeit in den Streit der beiden Richtungen getragen. Es kam so weit, dass sich auf dem Parteitag von Bologna /1904/ die von Ferri geführte *revolutionäre* Richtung nicht scheute, sich, um die *reformistische* Richtung zu überwältigen, mit einer anderen Gruppe zu verbinden, die sich eben unter dem Zeichen halb anarchistischer Tendenzen konstituiert hatte. Es war die Gruppe, die sich später als die *syndikalistische* entwickelte. Auf dem Parteitag von Bologna begnügte sie sich, um sich mit der Richtung Ferri verbünden zu können, mit einer Resolution, in der der *Revolutionarismus* in einem Verbot für die Parlamentsfraktion, je zu gunsten eines Ministeriums zu stimmen, zum Ausdruck kam.

Wie männiglich bekannt, befand sich Ferri im strikten Gegensatz zum Beschluss von Bologna, als er neuerdings im Einverständnis mit den *Reformisten* die Fraktion bewog, für das neue Kabinett Sonnino zu stimmen, als der Ansturm seiner Gegner es schon beim ersten Auftreten, und ehe es sein Programm zu entwickeln vermocht hatte, zu vernichten drohte. So verwischte Ferri ersichtlich die einzige Trennungslinie zwischen ihm und den *Reformisten*, indem er ein Votum für das Ministerium zuliess, ja vorschlug. Es ist vergebene Mühe, wenn Ferri den Nachweis versuchte und noch versucht, dass er der Bologneser Resolution treu geblieben sei: seine ehemaligen Bundesgenossen haben leichtes Spiel, festzustellen, dass es zurzeit zwischen ihm und den *Reformisten* keine Differenz mehr gibt. Die Spaltung vollzog sich nun mit der grössten Heftigkeit. Die Fraktion erklärte sich einstimmig für Unterstützung des Ministeriums. Der Parteivorstand, der aus neun Mitgliedern bestehen soll, aber sich zufällig jetzt nur aus vier *revolutionären Syndikalisten* zusammensetzt, erklärte, dass die Fraktion gegen den Parteibeschluss rebelliert hätte, und bezeichnete deren Haltung und die des von Ferri geleiteten *Avanti* als Verrat. Die *revolutionär-syndikalistische* Gruppe hielt eine Zusammenkunft in Mailand ab, beschloss eine äusserst heftige Resolution gegen Fraktion und Zentralorgan, erliess einen Appell an die Partei und forderte die unverzügliche Einberufung eines Parteitages. Die Partei antwortete damit, dass die Mehrheit ihrer Sektionen zu gunsten der Fraktion Stellung nahm. Und der Parteitag wird erst im September stattfinden.

Nachdem wir so in gedrängter Kürze die Vorgeschichte der gegenwärtigen Krise erzählt haben, müssen wir jetzt zum besseren Verständnis der auswärtigen

Genossen kurz Gestalt und Charakter der *Richtungen* darlegen, die die sozialdemokratische Partei Italiens in ihrem Schosse birgt, und von deren Kämpfen und Kombinationen die Lösung eben dieser Krise abhängt. Wir wollen die zurzeit offizielle Nomenklatur beibehalten. Danach zerfällt die Partei in drei Teile oder Flügel: *Syndikalisten*, *Reformisten*, *Integralisten*. Zu den ersteren gehören Arturo Labriola, Walter Mocchi und Enrico Leone; zu den zweiten Turati, Prampolini und der Schreiber dieses; zu den letzten Cabrini, Morgari, Rigola und jetzt auch Ferri. Betrachten wir nunmehr die Unterscheidungsmerkmale dieser Gruppen.

Die jetzigen *Syndikalisten* unterschieden sich früher in nichts von den *Revolutionären* vom Typus Ferri. Jedoch in letzter Zeit nahmen sie eine ausgeprägtere Physiognomie an. Während Ferri der *Idec*, der durch eine Reihe von Reformen sich realisierenden proletarischen Revolution treu blieb, spitzt sich die *revolutionäre* Doktrin der *Syndikalisten* zu der Behauptung zu, dass »jede Reformtätigkeit unter einer bürgerlichen Regierung, selbst wenn sie durch den Druck seitens des Proletariats hervorgerufen werde, und sogar, wenn sie bis zur Parteilichkeit den Arbeitern günstig sei, immer unvollkommen sei und in keiner Weise den innersten Mechanismus der kapitalistischen Produktion berühre«. Während also Ferri sich stets als Anhänger der schrittweisen Evolution bekannte, kamen jene dahin, den Gebrauch der friedlichen Mittel herabzusetzen und vornehmlich auf die Anwendung von Gewalt hinzuweisen. Wie wir oben erwähnt haben, verzichtete Ferri — der vielleicht der *Reformistischste* der italienischen Sozialisten ist, und den nur äussere Umstände in einen *Revolutionär* verkleidet hatten — auf dem Parteitag von Bologna weder auf die Idee der friedlichen Reform, noch akzeptierte er die Gewalttheorie. Das Einverständnis zwischen Ferri und den anarchistelnden *Revolutionären* beschränkte sich auf die negative Idee der Nichtunterstützung einer Regierung. Die *Revolutionäre* bequemen sich zu der ihrer wahren Tendenz wenig entsprechenden Resolution nur, um die grossen praktischen Vorteile des Sieges zu geniessen. In der Tat erlangten sie als Folge ihres gemeinsam mit Ferri erfochtenen Sieges ihren Eintritt in den Parteivorstand, derart, dass sie die Mehrheit in diesem bildeten, sowie einen überwiegenden Einfluss auf die Redaktion des *Avanti*. Im Bewusstsein dieser ihrer starken Stellung erklärten sie der ganzen Methode der sozialistischen Partei den Krieg und nannten sich *revolutionäre Syndikalisten*.

Der deutsche Leser muss nun bei diesem *Syndikalismus* nicht an das ihm bekannte Gewerkschaftswesen denken. Dieses könnte man natürlich nicht, wie es jene Gruppe tut, gegen den Sozialismus ausspielen. Hängt nicht vielmehr gerade nach der sozialistischen Theorie die gesellschaftliche Umgestaltung, die das Ziel bildet, dem die sozialistische Partei zustrebt, von der Kraftanstrengung ab, die das Proletariat zum Zweck seiner eigenen Befreiung macht? Somit kann die Gewerkschaftsbewegung, soweit sie die selbständige Bewegung der arbeitenden Klasse zur Vertretung ihrer eigenen Klasseninteressen darstellt, als die Voraussetzung des Sozialismus und der sozialistischen Partei bezeichnet werden. Ganz anders aber steht es um den italienischen *revolutionären Syndikalismus*. Die Gewerkschaften fehlen, ihre Stelle wird von Cliques von Intellektuellen eingenommen; statt der realen Arbeiterinteressen herrschen da gemäss den Theorien der *Syndikalisten* anarchistische Vorstellungen, in selt-

samer Weise kombiniert mit Prinzipien des bürgerlichen Freidenkertums. In der Ideenwelt der intellektuellen *Leiter des revolutionären Syndikalismus* — zumeist Advokaten und Lehrer — erscheint der Klassenkampf auf die radikalste und ausschliesslichste Formel gebracht. Auf der einen Seite die Bourgeoisie, auf der anderen das Proletariat: jene hat ihre Regierung, hat ihr Parlament; dieses muss seine Organe, seine Institutionen ausserhalb und im Gegensatz zu den Organen und Institutionen der Bourgeoisie bilden. Zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen bürgerlichen und proletarischen Einrichtungen gibt es keinen Berührungspunkt. Daher ist der *revolutionäre Syndikalismus* seinem Wesen nach antiparlamentarisch. Wohl predigen nicht alle *revolutionären Syndikalisten* die Wahlenthaltung — die Logischsten unter ihnen haben schon diese Konsequenz gezogen —, aber auch die, welche die Beteiligung am parlamentarischen Leben zulassen, wollen sich des Parlaments nur als einer Tribüne mit starkem Resonanzboden bedienen, um von ihr aus die Klassengegensätze blosszulegen und mit mehr Nachdruck, als anderswo möglich, Aufrufe zur *direkten Aktion* zu erlassen. So reduziert sich schliesslich die ganze Methode der *revolutionären Syndikalisten* auf die *direkte Aktion*, also auf den Generalstreik. Jedwede sozialistische Betätigung, wo auch immer sie stattfindet, kann nur darauf hinauslaufen, den Generalstreik vorzubereiten. Diese Leute können sich den Triumph des Sozialismus nur als eine fortgesetzte Folge von Generalstreiks vorstellen. Durch diese Generalstreiks werden immer einträglichere Vorteile für das Proletariat errungen werden, bis dann endlich der entscheidende, der katastrophale Generalstreik kommen mag, der das Antlitz der Welt umgestalten wird.

Diesem Gedankengange genau entgegengesetzt ist der der *Reformisten*. Bemerket sei, dass die italienischen *Reformisten* wahre und echte Revolutionäre waren, als es sich darum handelte, die Freiheit und die demokratischen Staatsformen gegen die Anschläge der Reaktion zu verteidigen. Um dem Proletariat das freie Organisationsrecht zu erkämpfen, um es mit den Waffen zu versehen, mittels deren es sich den ihm zustehenden Einfluss im öffentlichen Leben erstreiten kann, haben die *Reformisten* alle, auch die gewaltsamsten und gefährlichsten Mittel angewandt. Als aber die Freiheit erobert und das Regime der Demokratie gesichert war, sahen die *Reformisten* ein, dass die alten revolutionären Methoden zu verlassen und alle Kräfte auf die Beförderung des schrittweisen Reifens des Proletariats und seines — nunmehr möglich gewordenen — Eindringens in die bürgerlichen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen zu verwenden wären. Mit dem Eintreten der Demokratie vermag das Proletariat, sich eine Vertretung in den bürgerlichen Parlamenten und auch in den bürgerlichen Regierungen zu schaffen. Mancher Programmpunkt beginnt nunmehr, aktuelle Bedeutung anzunehmen. Die Arbeiterbewegung gewinnt aus den legislativen Errungenschaften neue Kraft; sie schreitet zu neuen Eroberungen fort in dem Masse, wie sie Hand in Hand mit unablässiger Selbsterziehung in sich die Fähigkeiten zur Leitung der kollektivistischen Gesellschaft entfaltet. Rund herum um das in Bewegung begriffene Proletariat geraten auch die anderen mehr dem Proletariat, als der Bourgeoisie verwandten Klassen in Bewegung. Das Proletariat vermehrt, von diesen Klassen unterstützt, seine Kräfte; es dringt immer tiefer in die bürgerliche Gesellschaft ein und erobert immer grösseren Einfluss im politischen und sozialen Leben.

Naturgemäss entspringt dieser Auffassung eine taktische Methode, die der der *revolutionären Syndikalisten* genau entgegengesetzt ist. Während diese immer nur auf das äussere Pressionsmittel des Streiks hinweisen, bedient sich der *reformistische Sozialismus* ebensowohl der direkten Massenaktion, wie der parlamentarischen Aktion. Während der *Syndikalismus* bei jeder Gelegenheit den Staat bekämpft, benutzt der *reformistische Sozialismus* den Staat, indem er ihm Waffen zur Verteidigung des proletarischen Lebens und zum Schutz der proletarischen Organisation abfordert. Die *revolutionären Syndikalisten* wollten nur ins Parlament treten, um die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze zu proklamieren, während die *reformistischen Sozialisten* eintreten, um durch kluges Lavieren zwischen den verschiedenen bürgerlichen Fraktionen die grösstmögliche Summe an Vorteilen für das Proletariat zu erhalten. Endlich geben die *revolutionären Syndikalisten* im Einklang mit den anarchistischen Ursprüngen ihrer Doktrin nicht zu, dass das Regime der Bourgeoisie irgendwie durch Reformen modifiziert werden könne, und erwarten alles von dem *grossen Kladderadatsch*; für die *Reformisten* dagegen bedeuten die von der bewussten Kraft des Proletariats eroberten und behaupteten Reformen den Keim einer neuen Gesellschaftsformation. Man sieht, dass zwischen Auffassung und Methode der beiden Gruppen ein Gegensatz besteht, der vielleicht grösser ist, als der zwischen einander entgegengesetzten bürgerlichen Parteien.

Kann es nun zwischen den *revolutionären Syndikalisten* und den *reformistischen Sozialisten* einen Mittelweg, eine Art *Juste milieu*-Partei geben? Logischerweise nein. In der Praxis aber wurde der Versuch gemacht. Er ist misslungen: die Tatsachen beweisen das. Die hervorragendsten Männer dieser Partei, die sich als die dritte gab (die sogenannten *Integralisten*), haben immer genau wie die *Reformisten* gehandelt. Angiolo Cabrini, Rigola, Morgari waren stets bemüht, in den Arbeiterorganisationen und im Parlament an Gesetzentwürfen und Reformen aller Art zu gunsten der Arbeiterklasse mitzuarbeiten. Ferner befanden sich die *Integralisten* stets im vollen Einverständnis mit den *Reformisten*, wenn sie ihre parlamentarische Arbeit nicht auf negative Erklärungen beschränkten, sondern positiv handelten, indem sie die demokratischen Fraktionen des Bürgertums je nach Bedarf vorwärts drängten, anstachelten oder auch wohl unterstützten.

Welchen Daseinsgrund hat nun diese Mittelpartei, welchen Tendenzen entspricht sie? In der *Rivista Popolare* hat Genosse Ivanoe Bonomi dies höchst präzise und zutreffend analysiert. Er sagt da: »Der Daseinsgrund dieses *integralistischen* Zentrums zwischen der Linken und der Rechten des italienischen Sozialismus ist nicht in einer Abweichung der Auffassung und der Methode, sondern in einem psychologischen Erfordernis zu suchen. Die Scharen unserer Arbeiterorganisation sind noch nicht überall von den geistigen Gewohnheiten der demagogischen Phrase geheilt. Für sie ist die Regierung der Feind, und daher heisst für die Regierung stimmen das Volk verraten, die Autorität — wie sie auch immer sein mag — unterstützen den Idealen der Revolution Abbruch tun. Für so gerichtete Massen bedeutet die positive Auffassung des Sozialismus, welche durch kluge Taktik Reformen erringt und die Reformen als Waffen zur Erringung weiterer Erfolge benutzt, eine derart neue Erscheinung, dass sie sie nicht zu verstehen vermögen. So oft daher die Bedürfnisse der Taktik eine vorübergehende Allianz mit benachbarten Parteien

und ein Zusammengehen mit der Regierung erforderten, stellte diese *Neuheit* sich dar als ein *Ausnahmefall*, der nach ausserordentlichen Kriterien zu beurteilen wäre. Die ganze heutige Haltung des Zentrums, die ganze geniale Gewalt Enrico Ferris . . ., dieses Drehen und Wenden, der Massenbass gegen die Neuerungen, alles dies entspringt einer psychologischen Sachlage, über die sich die Männer des Zentrums wohl selbst noch keine Rechenschaft geben können. Wenn aber die gegenwärtige Krise überwunden sein wird, dann werden auch sie erkennen, dass der sogenannte *Integralismus* in seinem innersten Kern nichts ist, als ein nun einmal notwendiges und daher nützlich Mittel, um in den Massen den *reformistischen* Sozialismus oder, um es genauer auszudrücken, die in allen demokratischen Ländern Europas überwiegende Methode des Sozialismus heimisch zu machen.«

Die gegenwärtige Krise ist somit durch die Tatsache charakterisiert, dass die Parlamentsfraktion im vollen Einverständnis zwischen *Reformisten* und *Integralisten* mit dem Parteitagbeschluss von Bologna brach. Als Folge hiervon ergibt sich eine neue Gruppierung: auf der einen Seite die *revolutionären Syndikalisten*, auf der anderen die *Reformisten* und die *Integralisten*. An der Hand der Abstimmungsziffern des letzten Parteitages¹⁾ lässt sich leicht voraussagen, dass die *Syndikalisten* auf dem nächsten Parteitag unterliegen werden. In Bologna hatten die *Reformisten* 12 255 Stimmen, während die *revolutionären Syndikalisten* 7410 hatten. Vom *integralistischen* Zentrum stimmten 2589 mit den *Reformisten*, während 8894 sich mit den *Syndikalisten* verbanden und ihnen somit den Sieg verschafften. Wenn auf dem nächsten Parteitag die *integralistische* Phalanx mit den *Reformisten* stimmen wird, wird sie einen leichten Sieg über die *Syndikalisten* davontragen. Man kann sogar schon jetzt sagen, dass die Allianz oder, besser noch, die Fusion zwischen *Reformisten* und *Integralisten* eine vollendete Tatsache ist. Wie gesagt, ist der einzige — scheinbare — Unterscheidungspunkt verschwunden. Beide fanden sich, auf Ferris eigenen Vorschlag, zusammen zu einem Vertrauensvotum für ein bürgerliches Kabinett, nicht zu einem Votum, bei dem es sich um eine bestimmte Frage oder um einen einzelnen Gesetzesvorschlag handelte, sondern zu einem Votum, welches — nach der Erklärung der Abgeordneten — »dem gegenwärtigen Ministerium mindestens die Möglichkeit des Versuchs, seiner Existenz und seines Programms verschaffen sollte«. Kurzum: es handelt sich gerade um jenes allgemeine Vertrauensvotum, welches die *Integralisten* zu Bologna als prinzipienwidrig bezeichnet hatten.

Sicher werden sich die Folgen der Krise nicht auf das Überwiegen der einen oder der anderen Richtung auf dem Parteitag beschränken. Wenn nicht kleinliche *opportunistische* Erwägungen die Aufrichtigkeit umnebeln werden, so dürfte der Zusammenstoss zwischen den *revolutionären Syndikalisten* und der übrigen Partei eine offene und ehrliche Spaltung der Partei selbst zur Folge haben. Während, wie wir sahen, es nichts Natürlicheres gibt, als die Allianz und die Fusion zwischen *Reformisten* und *Integralisten*, die jetzt weder durch ihre Anschauungsweise, noch durch ihre Methode getrennt sind, hat sich ein wahrer Abgrund aufgetan zwischen *Reformisten* und *Integralisten* auf der einen und den *revolutionären Syndikalisten* auf der anderen Seite. Es sind

¹⁾ Vergl. Claudio Treves: *Der Parteitag in Bologna in den Sozialistischen Monatsheften*, 1904, I. Bd., pag. 367.

Anschauungen, die sich gegenseitig ausschliessen, Methoden, die einander aufheben. Die beiden Parteien — es sind jetzt in Wahrheit zwei Parteien — müssen jede ihre eigene Strasse wandeln. Da anzunehmen ist, dass jede der beiden Parteien ihr Teil vom Guten und vom Wahren in sich trägt, so ist es besser, dass jede durch eigene und selbständige Aktion dieses Gute und Wahre ans Licht zu fördern sucht, statt dass sie sich fruchtlos abnutzt und die Kräfte der anderen Partei im Gatter einer Einheit paralyisiert, die jetzt offenbar nur eine bürokratische, künstliche Einheit sein kann.

Es scheint, als ob die *revolutionären Syndikalisten* nicht nur die Mehrheit der Parteiorganisationen, sondern auch den Geist der proletarischen Massen gegen sich haben. In diesen Tagen fand in Bologna ein Kongress der Landarbeiter statt. Die *revolutionären Syndikalisten* lieferten auf diesem Felde eine Schlacht. Sie verlangten, dass das Landproletariat sich jede Stellungnahme zu dem vom neuen Landwirtschaftsminister vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die innere Kolonisation, enthielte; dass es aus Hass gegen den bürgerlichen Staat jede Vertretung im Obersten Arbeitsrat ablehnte; dass schliesslich der Initiativantrag der sozialistischen Fraktion, betreffend die Verhütung und Entschädigung der Arbeiterunfälle, zurückgewiesen und als illusorisch bezeichnet werden sollte. Nun, in allen diesen Punkten wurden die *Syndikalisten* gründlich aufs Haupt geschlagen. Das italienische Proletariat scheint jetzt der *revolutionären* Phraseologie müde und entschlossen zu sein, an die Verwirklichung der Revolution durch tägliche positive Arbeit zu gehen.

XX

WILHELM KOLB · BLOCKTAKTIK, BLOCKPOLITIK UND SOZIALDEMOKRATIE

AM ANCHE der Vorgänge, die sich in Baden bei den letzten Landtagswahlen, wie auch später in der zweiten Kammer abgespielt haben, sind in den grossen politischen Tageszeitungen Gegenstand der Erörterung gewesen. Die sozialdemokratische Presse freilich hat dazu noch keine Stellung genommen; aus welchen Gründen, entzieht sich meiner Kenntnis. Man wird indessen zugeben müssen, dass das Stichwahlabkommen zwischen den liberalen Parteien und der Sozialdemokratie und ferner die Wahl des Chefs der sozialdemokratischen Fraktion zum zweiten Vizepräsidenten der badischen Kammer Erscheinungen sind, die vom Gesichtspunkt der allgemeinen politischen Entwicklung aus einige Beachtung verdienen. Es liegt nicht ausserhalb des Bereichs der Möglichkeit, dass Baden — bekanntlich von je das *Musterländle* — auch jetzt wieder vorbildlich für die Gestaltung der Dinge in den anderen Bundesstaaten und schliesslich selbst im Reiche wird. Unter gewissen Voraussetzungen wird es in der Tat auch im übrigen Deutschland zu ähnlichen Konstellationen kommen, wie wir sie diesmal in Baden gehabt haben, und man wird dann zusehen müssen, ob man einen ähnlichen Weg einschlagen kann.

Die politische Situation Deutschlands wird gekennzeichnet durch den starken, keineswegs schon in den Beharrungszustand getretenen Einfluss des Zentrums auf die Politik des Reiches und verschiedener Bundesstaaten, der preussischen

Junker auf den grössten und massgebenden Bundesstaat. Der Liberalismus ist als Faktor von Bedeutung im Reiche ausgeschaltet, ebenso in den drei grössten Einzelstaaten Preussen, Bayern, Sachsen. Aber auch in Baden, wo er noch am längsten sich zu halten verstand, ist es zum mindesten mit seiner Vorherrschaft vorbei. Die letzten Landtagswahlen hätten auch hier sein Schicksal besiegelt, wenn nicht, gezwungen durch die äusserste Not, die Nationalliberalen sich dazu verstanden hätten, der Sozialdemokratie gegenüber eine völlig veränderte Haltung einzunehmen.

Nachdem das direkte Wahlrecht in Baden Gesetz geworden, war die Gefahr einer klerikal-konservativen Mehrheit im Landtag jedem mit den Verhältnissen des Landes vertrauten Politiker in greifbare Nähe gerückt. Das Zentrum hat die Fehler der nationalliberalen Politik Jahrzehnte hindurch geschickt auszunutzen gewusst und sich eine Position geschaffen, gegen die der in Baden einst allmächtige Nationalliberalismus mit eigenen Kräften nicht mehr aufkommen kann. Sobald der letzte Landtag geschlossen war, knüpften daher die Nationalliberalen Verhandlungen mit den linksstehenden Parteigruppen an, die schliesslich zu einem wahltaktischen Abkommen auf der Grundlage eines geschlossenen Vorgehens gegen das Zentrum führten. Anfangs waren die Nationalliberalen geneigt, auch die Konservativen in diesen Bund aufzunehmen, ihnen war es weniger um den prinzipiellen Kampf gegen die Reaktion, als vielmehr um die Zahl ihrer Mandate zu tun. Allein aus den Reihen der Jungliberalen heraus wurde gegen diese Taktik energisch Protest erhoben. Man nahm daher von diesem Versuch Abstand. Ihre Kampfesfront richteten die Nationalliberalen fast ausschliesslich gegen das Zentrum. Gegenüber der Sozialdemokratie beobachteten sie eine Zurückhaltung, wie noch nirgends sonst. Nicht nur, dass man die Sozialdemokratie als das *weitaus kleinere Uebel* bezeichnete, man entdeckte an ihr Eigenschaften, die man gerade liberalerseits ihr bisher stets abgesprochen hatte. In den Fragen der Kultur und des Fortschritts steht uns die Sozialdemokratie näher, als das Zentrum: solche und ähnliche Äusserungen konnte man jetzt in jeder liberalen Wählerversammlung hören. Die Sozialdemokratie wurde in aller Form als eine gleichberechtigte Partei anerkannt.

Der 19. Oktober zeigte, dass die Nationalliberalen alle Ursache gehabt hatten, ihre Stellung gegenüber der Sozialdemokratie in dieser Art zu ändern. Das Zentrum eroberte auf den ersten Hieb 28 von den 73 Mandaten, der liberale Block deren nur 15. Die Sozialdemokratie war mit 6 Mandaten aus dem ersten Wahlgang hervorgegangen, die Konservativen hatten mit Unterstützung des Zentrums nur 1 Mandat erobert. Von den 25 im ersten Wahlgang nicht erledigten Mandaten waren dem Zentrum mindestens 4 bis 5 ganz sicher, wenn es zwischen dem liberalen Block und der Sozialdemokratie zu keiner Verständigung kam; ferner konnte das Zentrum den Konservativen noch zu 3 bis 4 Mandaten verhelfen, so dass dann eine klerikal-konservative Mehrheit tatsächlich zu stande gekommen wäre. Bei einer derartigen Sachlage bedurfte es keiner langen Diskussion, um den Weg einer wahltaktischen Verständigung zwischen dem Block und der Sozialdemokratie zu finden. Die Bedingungen, unter denen das Stichwahlabkommen abgeschlossen wurde, erstreckten sich lediglich auf die Verteilung der Mandate. Darüber hinaus konnte man in diesem Stadium nichts mehr vereinbaren. Der Erfolg des Kompromisses war ein geradezu

überraschender. Das Zentrum konnte nicht ein einziges Mandat mehr hinzugewinnen. Es musste sich damit begnügen, den Konservativen noch 3 zu verschaffen. Der Block eroberte in der Stichwahl 14, die Sozialdemokratie 6 Mandate. Block und Sozialdemokratie verfügen also über $29+12=41$, das Zentrum und die Konservativen über $28+4=32$ Mandate. Die Sozialdemokratie bildet zwischen dem Zentrum und den Konservativen auf der einen und dem liberalen Block auf der anderen Seite das *Zünglein an der Waage*.

Diese Stellung der sozialdemokratischen Fraktion trat zunächst bei der Wahl des Präsidiums in die Erscheinung. Die liberalen Parteien bildeten zusammen eine Fraktion, die stärkste, und erhoben daher den Anspruch, den Präsidenten aus ihrer Mitte zu stellen. Dem Zentrum war gleichfalls viel an dem Präsidentenposten gelegen, und da es die Konservativen auf seiner Seite hatte, so wären seine Kandidaten gewählt worden, wenn nicht die Sozialdemokraten sich für den Kandidaten des Blocks entschieden hätten. Um die sozialdemokratischen Stimmen bei der Präsidentenwahl zu erhalten, akzeptierten die Nationalliberalen die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten für den Posten des zweiten Vizepräsidenten, lediglich unter der Bedingung, dass er sich *taktvoll* mit seinen Pflichten abzufinden habe. Dass ein Sozialdemokrat, so gut wie der Politiker einer jeden anderen Partei, die Pflichten, die ein solches Amt mit sich bringt, taktvoll erfüllt, ist ganz selbstverständlich. Das Zentrum stimmte gegen den sozialdemokratischen Vizepräsidenten: es forderte ausdrücklich die Anerkennung der *Repräsentationspflichten* gegenüber dem Hofe. Bei der Abstimmung wurde, wie bekannt, Genosse Geck gewählt.

So weit also hat die Taktik bei den Stichwahlen im Parlament eine Fortsetzung erfahren. Dabei ist es aber bis jetzt geblieben. Für die künftige Politik des Landes hat die Bildung des Blocks und das Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie zunächst noch keine besondere praktische Bedeutung, denn die Politik der Nationalliberalen ist im grossen und ganzen immer noch die alte. Es wird unter diesen Umständen der Sozialdemokratie ihre ausschlaggebende Stellung verhältnismässig leicht gemacht, es ist, um mit dem Genossen Bernstein zu reden, für sie zunächst noch gleichgültig, ob sie in ihrer politischen Arithmetik vor die Null ein Plus- oder ein Minuszeichen setzt. Allein dieser Zustand kann sich auch ändern. Der taktische Zusammenschluss der liberalen Parteien hat immerhin insofern auch jetzt schon politische Bedeutung, als die Nationalliberalen auf ihre linksliberalen Bundesgenossen Rücksichten nehmen müssen, deren sie früher völlig enthoben waren. Eine Sprengung des Blocks müssen sie unter allen Umständen zu vermeiden versuchen, denn sie wäre gleichbedeutend mit der Ausschaltung des Liberalismus überhaupt als Faktor in der badischen Politik. Es kommt ferner in Betracht, dass der Liberalismus auch als Block von sich aus nicht mehr die Kraft besitzt, massgebenden Einfluss auf die Politik des Landes zu gewinnen, er bedarf hierzu der Unterstützung der Sozialdemokratie. Das bedeutet für die Sozialdemokratie wiederum auch eine gewisse Veränderung ihrer Haltung, die eine intransigente nicht mehr sein kann. Die Intransigenz ist ja für eine Oppositionspartei unter manchen Bedingungen eine Notwendigkeit. Aber nur bis zu einer bestimmten Grenze. An einem gegebenen Punkte ihrer eigenen und der allgemeinen politischen Entwicklung angelangt, kann auch eine Oppositionspartei strengster Observanz der Mitverantwortlichkeit für den Gang des Staatslebens sich nicht mehr ent-

ziehen, sofern sie nicht dadurch, dass sie die volle Verantwortung auf andere Parteien abwälzt, diesen auch den unbeschränkten Einfluss garantieren will. Verharrt die Opposition in einer durch ihre Stärke und die Situation nicht mehr begründeten Intransigenz, so tritt eine an sich nicht notwendige Zuspitzung der Gegensätze ein, die eine fruchtbare Arbeit im Sinne einer fortschrittlichen Politik unmöglich macht oder stark behindert.

Die Stellung der badischen Sozialdemokratie ist, wie mir scheint, auch für die deutsche Sozialdemokratie überhaupt von Bedeutung. In Baden wird die Probe aufs Exempel zu machen sein, es wird sich hier zeigen, ob in Deutschland überhaupt die Möglichkeit eines zeitweiligen erfolgversprechenden Zusammenarbeitens zwischen einem bürgerlichen Block und der Sozialdemokratie für bestimmte Ziele, zu bestimmten Zwecken gegeben ist. In Baden steht der Liberalismus jetzt am Scheideweg. Hier hat er in der Tat noch etwas zu verlieren. Vorerst sind die Nationalliberalen noch eifrigst bemüht, allen wichtigen politischen Fragen, deren befriedigende Lösung nur durch ein Zusammenwirken von Liberalismus und Sozialdemokratie zu erhoffen ist, aus dem Weg zu gehen. Aber diese Art *Opportunitätspolitik* kann der Liberalismus nicht mehr lange fortsetzen, wenn er sich nicht den Todesstoss geben will. Was nützen zum Beispiel alle Deklamationen von den Übergriffen des Klerikalismus auf dem Gebiete der Schule, von dem Missbrauch der kirchlichen Privilegien zu politischen Zwecken, wenn man nicht den Mut hat, aus den Tatsachen die Konsequenzen zu ziehen! Die Nationalliberalen müssen für die Schul- und Kirchenpolitik, für die Gemeindewahlreform und anderes mehr Normen schaffen, die sowohl die Existenz des Blocks garantieren, wie eine positive parlamentarische Mitarbeit der Sozialdemokratie ermöglichen. Gewiss ist bis dahin noch ein weiter Weg. Vor allem fehlt es bei den Nationalliberalen vorerst noch an den politischen Individualitäten, die dazu fähig und willens wären: an die Spitze dieser Partei müssten andere Männer gestellt werden, die ihre erste Aufgabe darin erblickten, aus dem wahltaktischen einen auf programmatischer Grundlage ruhenden liberalen Block zu formen. Der Prozess in dieser Richtung hat auch bereits eingesetzt. Und die Sozialdemokratie hat wahrlich keine Ursache, ihm irgend welche Störung zu bereiten, sie kann vielmehr durch eine kluge, nicht nur auf den agitatorischen Augenblickserfolg gerichtete Taktik sehr viel zu dessen Beschleunigung beitragen. Auch sie muss aus der Erkenntnis, dass der parlamentarische Kampf die Methode des politischen Kampfes geworden ist, die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen ziehen, sonst kommt sie auf ein totes Geleise und steht nicht nur selber still, sondern bereitet auch noch der politischen Entwicklung Hindernisse.

In Baden ist die Zeit der *Ordnungskartelle* bei den grossen politischen Wahlen vorbei. Die Nationalliberalen haben sich selber der Waffen entledigt, die für die erfolgreiche Durchführung eines etwa dahinzielenden Versuchs erforderlich wären. Sie haben sogar schon für die kommenden Reichstagswahlen die Wiederholung der bei den Landtagswahlen befolgten Praxis prophezeit und für notwendig erklärt. Ob sich die Sozialdemokratie dazu bereit finden wird, steht noch dahin. Sie hat jedenfalls auch ein Interesse daran, dass die alte tote *Ordnungstaktik* für die badische Politik nicht mehr lebendig wird. Einzelne Episoden, wie die Szene, die der Minister Schenkel in den Märztagen in der badischen Kammer hervorrief, können und dürfen sie nicht irre machen. So

weit sind wir leider auch in Baden noch nicht, dass die Regierung die Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei anerkennt. Diese Anerkennung müssen wir uns eben noch erkämpfen. Aber am allerletzten wäre das bei einer klerikal-konservativen Regierung möglich. Die jetzige badische Regierung ist gewiss nicht liberal: wie sollte sie es auch sein, wo wir in Baden noch gar keine liberale Partei haben! Nichtsdestoweniger hat die Sozialdemokratie Ursache, zunächst den Konservativen und Klerikalen die Wege zu den Ministeresseln zu erschweren; denn auch unter den Regierungen des Klassenstaates gibt es grössere und kleinere Übel.

Noch liegt der Schwerpunkt der deutschen Politik in Preussen, und er würde auch dann nicht nach Baden verlegt werden, wenn dort die Dinge sich so gestalteten, wie ich, wie jeder Sozialdemokrat es von Herzen wünscht. Zunächst heisst es also gegen die preussische Reaktion ankämpfen. Ohne oder gar gegen die Sozialdemokratie ist die Bezwingung dieses Gegners nicht möglich. Darüber muss der Liberalismus sich ebenso klar sein, wie die Sozialdemokratie es begreifen muss, dass sie, wie die Dinge für absehbare Zeit liegen, allein dieser Aufgabe auch nicht gewachsen ist. Ich glaube, wir badischen Sozialdemokraten können den bedeutungsvollen Kampf, den unsere preussischen Genossen auszufechten haben, nicht besser und nicht wirksamer unterstützen, als indem wir die Entwicklung, die bei uns eingesetzt hat, so weit wie möglich fördern. Auch Baden hat als Einzelstaat das denkbar grösste Interesse an der Änderung der Dinge in Preussen, denn der politische Dualismus zwischen dem Norden und dem Süden des Reiches schädigt gleichermassen unsere ganze politische, wie auch unsere kulturelle und soziale Entwicklung. Dieser politische Dualismus ist es auch, der die deutsche Sozialdemokratie zu der von Jaurès auf dem Amsterdamer Kongress mit Recht so beklagten politischen Ohnmacht verurteilt, und der die in ihr vorhandene politische Intelligenz und Tatkraft zu einem nicht unerheblichen Teile lahm legt. Es wäre um die politische Zukunft des deutschen Volkes trostlos bestellt, wenn für eine positive praktische Arbeit der Sozialdemokratie dauernd keine andere Möglichkeit gegeben wäre, als die, mit der wir bis jetzt zu rechnen gewohnt waren. So sehr die augenblickliche Situation den Pessimismus nach dieser Richtung als gerechtfertigt erscheinen lässt: ich für meinen Teil möchte noch nicht alle Hoffnung schwinden lassen.

XX

EDUARD BERNSTEIN · DIE BEFESTIGUNG DER KLASSENWAHL UND DIE SOZIALDEMOKRATISCHE TAKTIK



MIT Eilzugsgeschwindigkeit, wie Albert Traeger es nannte, hat der preussische Landtag eine Regierungsvorlage auf Abänderung des bestehenden preussischen Wahlgesetzes erledigt, die in der zweiten Hälfte des Monats März das Licht der Welt erblickte. Am 23. März kam sie im Abgeordnetenhaus zur ersten Lesung, am 3. April ward sie von dieser Parodie einer Volksvertretung in dritter

Legung genehmigt. Drei Lesungen mit dazwischenliegender Kommissionsberatung haben gerade 12 Tage in Anspruch genommen.

Ausserlich ist dies Gesetzeswerk schon dadurch charakterisiert, dass selbst seine Urheber und Geburtshelfer nicht gewagt haben, es als ein Reformgesetz auszugeben, sondern zu seiner politischen Legitimierung nichts Besseres anzuführen wussten, als die Erklärung, es handle sich bei ihm um ein *Notgesetz*. Ein Kind der Not ist es in der Tat, aber was für eines! Nicht der Not an Zeit für ein wirkliches Reformwerk. Zeit für ein solches hätte die preussische Kammer schon, wenn sie wollte, denn ihr Mandat läuft noch über zwei Jahre. Aber sie will keine Reform des bestehenden Wahlsystems, und die von der Regierung beantragte und mit ganz unwesentlichen Abänderungen Gesetz gewordene Vorlage hatte nur den Zweck, die *Not* zu beseitigen, welche mit der Aufrechterhaltung all der Ungerechtigkeiten dieses Systems in einer Reihe von Wahlkreisen für diejenigen teils schon eingetreten ist und teils einzutreten droht, die von diesen Ungerechtigkeiten Vorteil ziehen und kraft ihrer zu Unrecht im preussischen Landtag *Volkvertretung* spielen. Dies der Zweck der Zerschlagung einiger der ins Riesenhafte angewachsenen Wahlkreise, dies der Zweck der Einführung der Frist- und Gruppenwahl und der Erweiterung der Vollmachten der Wahlkommissare. Man tut niemand unrecht, sondern ist in diesem Falle der Zustimmung der Schöpfer des Gesetzes. Minister von Bethmann-Hollweg voran, sicher, wenn man das Gesetz oder vielmehr den Gesetzeszwilling — denn es sind eigentlich zwei Gesetze, in die das Machwerk zerfällt — als Gesetze für die Fortentwicklung und Befestigung aller auf Fälschung des Volkswillens hinauslaufenden Bestimmungen des preussischen Dreiklassenwahlsystems bezeichnet. Als das hat in der Tat der preussische Minister des Innern in der Sitzung vom 23. März den Regierungsentwurf selbst charakterisiert. Seine Rede hat durch den kulturphilosophischen Anstrich, den er ihrem zweiten Teile gab, einen Augenblick selbst Leute geblendet, die sich für gewöhnlich nicht leicht durch Redensarten täuschen lassen. Mehr als schillernde Redensarten waren aber die Ausführungen des Herrn von Bethmann nicht, von irgend welchen konkreten Gedanken über die Grundzüge einer zukünftigen Wahlreform für Preussen findet man nichts darin. Der Minister gibt die »Unebenheiten«, wie er es euphemistisch nannte, des bestehenden Wahlsystems zu, will aber an ihnen nicht rütteln, weil — das Reichstagswahlrecht auch sein Bedenkliches habe. Dies, aus einer Fülle von Allgemeinheiten oft recht zweifelhafter Natur herausgeschält, der Kern seiner Rede. Als Probe der Unkleidung, mit der er ihn umgab, kann die Stelle dienen, wo es heisst, dass es zwar die grösste und edelste Aufgabe sei die Schwachen emporzuheben, dass aber parallel damit das Bestreben gehen müsse, die besten und idealsten Kräfte, welche die Menschheit zu produzieren vermag, zu Führern des Lebens zu machen. Es sei daher »hohe Zeit, dass die Kräfte, die nach aufwärts ziehen, wieder frei werden«. Das möchten diejenigen bedenken, die »so ungestüm nach einem neuen Wahlrecht rufen«. Wer in diesen Sätzen irgend einen fassbaren politischen Gedanken herausfinden kann, hat Anspruch auf einen Meisterpreis. Was sollen das für nach aufwärts ziehende Kräfte sein, die »wieder frei« werden müssen? Als der Minister von ihnen sprach, wurde er laut dem stenographischen Bericht durch ein »lebhaftes Bravo rechts«, man möchte fast sagen: bestraft. Die Junker

bezogen das *aufwärts Ziehen* offenbar auf sich, und dies mit einem Anstrich von Logik. Das preussische Dreiklassenwahlssystem ist mehr und mehr zum Bollwerk der Junkerherrschaft in Preussen geworden. Es befestigen heisst dem Junkertum zu neuen Streifzügen wider die Industrie und ihre Arbeiter die Schwingen freigeben. War es das wirklich, was Sie mit den Sätzen verkünden wollten, Herr von Bethmann? Wenn aber nicht, was konnten die Sätze für einen Sinn haben, in einer Rede, die der Befestigung des Dreiklassenwahlsystems galt?

Es ist nicht überall bekannt, verdient aber gerade deshalb, immer wieder betont zu werden, dass das preussische Dreiklassenwahlssystem heute noch plutokratischer ist, als zur Zeit seiner Schaffung. Es gab nämlich in Preussen — was prozentual zu berechnen die amtliche Wahlstatistik sich geschämt hat —

	1849		1903	
	absolut	%	absolut	%
Urwähler erster Klasse	153 808	4,73	238 845	3,36
„ zweiter „	409 945	12,59	856 914	12,07
„ dritter „	2 691 950	82,68	6 006 204	84,57
Gesamtwählerzahl	3 255 703	100,00	7 101 963	100,00

Die Wähler der ersten Klasse machten 1849 noch 4,73 %, 1903 aber nur 3,36 % aller Urwähler aus. Anders ausgedrückt, 1849 bildeten sie nahezu $\frac{1}{20}$, 1903 aber nur noch $\frac{1}{30}$ aller Wähler. Das heisst, die Wahlmacht des Wählers erster Klasse ist heute um über 25 % stärker, als 1849. Auch das Gewicht der Stimme des Wählers zweiter Klasse hat zugenommen, wengleich nicht im selben Masse. Nur das Gewicht der Stimme des Wählers dritter Klasse ist geringer geworden. Ganz abgesehen also davon, dass andere Ursachen, wie zum Beispiel die politische Klassenentwicklung, die Wähler der dritten Klasse heute erheblich ungünstiger stellen, als dies 1849 der Fall war, ist auch die rein ziffernmässige Gruppierung der Wählerklassen heute eine ganz erheblich plutokratischere, als zur Zeit der Schaffung des Dreiklassenwahlsystems. Kein Wunder, da der Reichtum der ganz Reichen in höherem Masse zugenommen hat, als das Einkommen der mittleren und unteren Einkommensklassen.

Welcher Hohn lag daher nicht schon, rein sachlich betrachtet, in den Worten des Herrn von Bethmann-Hollweg — gleichviel, was er selbst sich darunter gedacht hat —, man müsse die Kräfte, die nach aufwärts ziehen, »wieder« frei machen! Wenn es sich nicht darum handelt, die schon oben Stehenden noch höher nach aufwärts zu ziehen, so gibt es keinen Faktor, der mehr darauf hinarbeitete, die Gesellschaft als Ganzes geistig und materiell auf eine höhere Stufe zu heben, als die moderne Arbeiterbewegung, das heisst die Sozialdemokratie. Und gerade sie wird durch das Dreiklassenwahlgesetz ihres legitimen Einflusses auf die Entwicklung der Dinge beraubt, die grösste kulturelle Kraft unserer Tage ist durch dieses System brutal eingekettet. Es ist eine kaum zu überbietende Verhöhnung der sozialdemokratischen Bestrebungen, die gesetzliche Befestigung des plutokratischsten aller bestehenden Wahlsysteme als Befreiung der Kräfte, die nach oben ziehen, zu feiern.

Der Hohn wurde dadurch noch gesteigert, dass die Vorlage in unmittelbarem Anschluss an eine grosse Demonstration der sozialistischen Arbeiterschaft Preussens gegen das Dreiklassenwahlssystem dem Landtag vorgelegt und von ihm sanktioniert wurde. Am 21. Januar und am 18. März hatten in allen

Städten und Industriorten Preussens Protestversammlungen, zum Teil grossartigster Natur, gegen das preussische Wahlsystem stattgefunden, von dem noch kein Politiker zu sagen gewagt hat, dass es Fühlen und Wollen der Wähler in nur einigermaßen proportionaler Weise in der Landesvertretung zum Ausdruck gelangen lässt, das vielmehr ein Gesetz zur Unterdrückung der Volksmeinung und zur Ausübung von Gesinnungszwang ist, und am 19. März erscheint im *Staatsanzeiger* der Wortlaut einer Regierungsvorlage zur Verewigung des Gesetzes. Eine solche Antwort auf eine grosse Reformagitation der breiten Volksmasse ist in der modernen Geschichte ohne Beispiel. Anderswo hat man wohl Reformforderungen demonstrierender Massen lange Zeit unerfüllt gelassen oder mit Scheinreformen beantwortet, dass man aber auf eine grosse Volksbewegung gegen ein verrottetes politisches Gesetz mit einer Vorlage zur Befestigung dieses Gesetzes antwortet, dafür gibt es, soviel mir bekannt ist, in der Geschichte keines Landes ein Beispiel. Ich gebrauche das Bild nicht gern, aber es ist hier unabweisbar: die Vorlage und ihre Erhebung zum Gesetz waren Faustschläge von Regierung und Landtag ins Gesicht der Sozialdemokratie, die an krasser Deutlichkeit kaum überboten werden können.

× × ×

Und wie hat die Sozialdemokratie, wie hat die politisch denkende Arbeiterschaft Preussens sie aufgenommen? Es ist das, ich will nicht sagen, ein sehr trauriges, aber jedenfalls ein zum Nachdenken sehr herausforderndes Kapitel.

Sowohl die Sozialdemokratie als Partei, wie die Arbeiterschaft als gesellschaftliche Klasse, hat die ihr gewordene Herausforderung unerwidert gelassen. Selbstverständlich hat die sozialdemokratische Parteipresse über das Regierungswerk und das Verhalten des Landtages zu ihm scharfe Artikel gebracht. Aber wenn auch da gar manches kräftige Wort gesagt wurde, so ist doch im ganzen selbst in dieser Hinsicht die Parteipresse in Preussen meines Erachtens hinter dem zurückgeblieben, was vom preussischen Parteitag am 31. Dezember 1904 als für solche Fälle geboten erklärt worden war, nämlich: »jedesmal, wenn im preussischen Landtag Anträge zur Verhandlung gestellt werden, die irgend welche Abänderung des bestehenden Landtagswahlsystems fordern oder in sich schliessen, an hervorragender Stelle wiederholt Protestartikel zu veröffentlichen, die in schärfster Weise den reaktionären Widersinn und die empörenden Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlsystems blosslegen und die arbeitenden Volksmassen zu erneutem energischen Protest gegen dieses Machwerk einer brutalen Reaktion und zum unablässigen Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufzufufen«.

Wie Schreiber dieses damals als Antragsteller sich die Sache gedacht hätte, hätte bei einem Anlass, wie der vorliegende, die Parteipresse täglich an erster Stelle scharfe Protestartikel und Aufrufe bringen müssen. Das ist indessen nicht geschehen. Durchgängig hat man es bei ein paar mehr oder weniger lebhaft gehaltenen Artikeln bewenden lassen, nirgends ist man in bemerkenswerter Weise aus der alltäglichen Routine herausgetreten. Das ist sicherlich nicht geschehen, ohne dass man in den verschiedenen Redaktionen und Parteikreisen ernsthaft mit sich selbst über die Sache zu Rate gegangen ist. Man wird sich gesagt haben, dass solche gesteigerte Protestaktion in der Presse wenig zu bedeuten habe, wenn ihr nicht eine entsprechende Aktion in Versammlungen oder sonst seitens der Masse zur Seite gehe oder unmittelbar

folge, auf eine solche aber nicht zu rechnen sei. So wenigstens wird das Verhalten der Presse begreiflich, und auch ich muss sagen, dass mir flammende Ergüsse in der Presse wenig Sinn zu haben scheinen, wenn man nicht weiss oder will, dass sie ein entsprechendes Feuer entzünden werden. Sie werden alsdann wirklich, wie ein auf dem Parteitag gefallenes Wort lautet, zu blossem *Gekreisch*. In diesem Empfinden hatte ich in Verbindung mit dem zitierten Zusatz einen zweiten beantragt, der für solche Anlässe Massendemonstrationen grössten Stils forderte. Er wurde vom Parteitag abgelehnt, und ich tröstete mich über diese Kastrierung meiner Resolution mit dem Gedanken, dass die Logik der Tatsachen gegebenenfalls Remedur bringen werde. Die Logik der Tatsachen hat das besorgt. Freilich nicht, indem sie der Ausführung des ersten Teils meiner Resolution die des zweiten folgen liess, sondern indem sie den ersten Teil dem zweiten in den Orkus nachschickte. Auf das *U* folgte nicht das *W*, wie's will die Ordnung im *ABC*, sondern das *W* zog nach sich das *U*, und alles verlief in beschaulicher Ruh'.

Damit hat der Teil meines Artikels *Das vergrabene Pfund und die Taktik der Sozialdemokratie* im vorigen Hefte dieser Zeitschrift, der mir eine Strafvorlesung von der Redaktion des *Vorwärts* eingetragen hat, eine sehr drastische Bestätigung von geradezu zwingender Beweiskraft erhalten. Ich hatte in jenem Artikel ausgeführt, dass die von verschiedenen ausländischen Sozialisten getadelte oder als unbegreiflich empfundene Passivität der deutschen Sozialdemokratie gewissen Massnahmen der Regierung gegenüber nicht auf spießbürgerliche Engherzigkeiten der führenden Mitglieder der Partei zurückzuführen sei, sondern ihre entscheidende Erklärung in der Tatsache finde, dass der Deutsche eben nicht revolutionär sei, wie sich dies unter anderem 1849 in Preussen bei Oktroyierung des Dreiklassenwahlsystems gezeigt habe. Das hat der Redaktion des *Vorwärts* sehr missfallen, und sie gibt mir ihre Missbilligung dadurch zu fühlen, dass sie — in höflicher Form, wie ich gern anerkenne — diese meine Ausführungen für »allerlei ideologische Betrachtungen« erklärt. Womit sie für jeden rechtgläubigen Marxisten natürlich vernichtet sind.

Ich will mich mit der Redaktion des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie in keine längere Auseinandersetzung über Wesen und Begriff der *Ideologie* verlieren. So viel sollte ihr immerhin klar sein, dass es so etwas wie eine Volkspsychologie gibt, die, wie materialistisch sie sich auch ableiten lassen mag, doch darum ein realer Faktor in der Geschichte bleibt. Wenn sich Peter und Paul unter ganz den selben äusseren Umständen völlig verschieden verhalten, so bleibt schliesslich nichts übrig, als den Grund dafür in der Verschiedenheit der geistigen Dispositionen von Peter und Paul zu suchen, ohne dass man deshalb an eine mystische Erklärung dieser Verschiedenheit zu glauben braucht. Übrigens hat der Meister selbst, nämlich Marx, des öftern sich im Sinne der Völkerpsychologie, das heisst eben der Feststellung von Verschiedenheiten in der geistigen Anlage, dem Temperament etc. der Völker vernehmen lassen. Aber es geht mit der Marxschen Geschichtstheorie, wie mit anderen Doktrinen: sobald ihre Lehrsätze und Begriffe sich zu Schlagworten verdichten, die in den alltäglichen Gebrauch übergehen, und namentlich, wenn sie politischen Zwecken dienstbar gemacht werden, hören sie auf, Wissenschaft zu sein, und es trifft auf sie das Wort Platens von den Klöstern zu, dass sie

z aussäen Dummheit und Verderb, die einst streuten Wissen und Geist aus«. Oder, um es höflicher auszudrücken, dass sie einen in die schönste Sackgasse führen können.

Der *Vorwärts* glaubt meinen Hinweis auf das wenig revolutionäre Verhalten der grossen arbeitenden Masse Deutschlands im Jahre 1848-1849 mit der Bemerkung abtun zu können, dass diese Masse, Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, damals mit verschwindenden Ausnahmen »im geistigen Banne der Bourgeoisie gestanden« hätte. Aber, verehrtestes Zentralorgan, das ist ja zunächst eine — ideologische, und nicht eine materialistische Erklärung. Denn der Zusatz, dass »die heutige Klassenscheidung und das Klassenbewusstsein erst in ihren Anfängen vorhanden waren«, ist hier ganz nichtssagend, da es nicht darauf ankommt, ob die »heutige« Klassenscheidung damals schon bestand, sondern, ob überhaupt eine erhebliche Klassenscheidung zwischen der Bourgeoisie und den anderen Klassen vorhanden war, und das letztere war in der Tat der Fall. Sie war 1849-1849 in Deutschland mindestens so entwickelt, wie 1789-1794 in Frankreich, wo sich Kleinbürger und Arbeiter in den kritischen Tagen der Revolution so wenig von der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen liessen. Kleinbürger und Arbeiter waren eben — und sind zum Teil heute noch — drüben von einem anderen politischen Temperament, als hüben. Wie diese Unterschiede geschichtlich geworden sind, ist eine Sache für sich. Für die Erklärung und Bestimmung der heutigen Taktik der Parteien handelt es sich vor allem darum, sie selbst, die politische Psychologie der arbeitenden Volksklassen hüben und drüben, überhaupt erst zu erkennen.

Wer aber in dieser Hinsicht bei uns noch Zweifel hatte, dem müssen sie die letzten Wochen genommen haben. Hätte unser Volk ein politisch revolutionäres Temperament, so hätte es die Wahlraubsbefestigung unmöglich so ruhig, man könnte fast sagen: so stoisch, über sich ergehen lassen, wie es dies faktisch getan hat. Der eine oder andere wird vielleicht sagen, die Führer hätten eben keine Parole des Widerstands ausgegeben, und die Presse habe nicht genügend Lärm geschlagen. Aber damit wäre sehr wenig erklärt. Die Presse hat genügend Lärm geschlagen, um die Arbeiter darüber unterrichtet zu halten, was vorgeht. So geflissentlich schnell die Sache durch das preussische Parlament gejagt wurde, die arbeitende Bevölkerung der Hauptstadt und der übrigen grossen Zentren Preussens wusste rechtzeitig genug von ihr, um sich zu eindrucksvollen Protestbewegungen zu regen, sofern sie den Antrieb dazu in sich verspürt hätte. Daran aber hat es gefehlt, und das ist das Entscheidende. Revolutionen oder revolutionsähnliche Manifestationen der Volksmasse sind fast nie auf Parolen von Führern hin erfolgt, sehr oft dagegen im direkten Gegensatz zu solchen Parolen. Ihr Erfolg, ihre Wucht beruhte gerade auf ihrer Spontaneität. Der Mangel jeder spontanen Regung der Arbeiterschaft aber ist das Bezeichnende der Sache. Man denke: zweimal im kurzen Zeitraum von acht Wochen ist die Arbeiterschaft Preussens in grossen Protestversammlungen auf den Kampf gegen das Dreiklassenwahlssystem geradezu eingeschworen worden. Eine in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitete Presse hat in flammenden Artikeln gezeigt, wie das System die Arbeiter entrechtet, und wie die politische Entrechtung sich in ökonomische Niedertaltung umsetzt, feurige Protestreden sind vor einer Zuhörerschaft, die zusammen nach Hunderttausenden zählt, gehalten und begeistert aufgenommen wor-

den, und am Morgen nach der zweiten dieser angesagten Demonstrationen kommt eine Regierungsvorlage, die zu ihr passt, wie die Faust aufs Auge, und sie kann in drei Lesungen vom Abgeordnetenhaus erledigt werden, ohne dass die eben noch begeisterte Masse aus sich selbst heraus auch nur ein kleines Zeichen spontaner Aufwallung zu erkennen gibt.

Man wird vielleicht sagen: die Masse hatte eben gerade tags zuvor demonstriert, sollte sie nun gleich wieder demonstrieren? So schnell hinter einander mache sich das nicht. Indes, diesen Einwand niederschreiben, heisst ihn widerlegen. Ein Volk, dessen Spannkraft durch eine in aller Form Rechtens veranstaltete Manifestation so vollständig erschöpft werden kann, dass erst wieder etliche Zeit vergehen muss, bis es zu einer neuen die Stimmung findet, sei die politische Provokation auch noch so gross, ein solches Volk mag alles Mögliche sein, aber revolutionär ist es nicht.

In den Tagen, wo die Wahlrechtsvorlage der Regierung in der Kammer verhandelt wurde, hielten die Barthschen Freisinnigen in Berlin und Vororten einige Wahlrechtsversammlungen ab. Sie waren, wie der *Vorwärts* höhrend konstatierte, nur mangelhaft besucht. Gewiss, es stellt das der Kraft des Freisinns, seiner politischen Leistungsfähigkeit als Partei in Berlin ein schlechtes Zeugnis aus, darin hat der *Vorwärts* recht. Aber nun weiter. Die Schläffheit, die Imbezillität des liberalen Spiessbürgers ist nachgerade nichts Neues. Dass von den liberalen Bourgeois nur etliche Dutzend weisser Raben in die Versammlungen kamen, kann niemand verwundern. Schliesslich war es doch nur in bedingtem Umfang ihre Sache, die dort verhandelt wurde. Was aber verwundern muss, ist, dass auch die Arbeiterschaft in jenen Versammlungen nur spärlich vertreten war, obwohl sie durch öffentliche Anschläge bekannt gegeben und jedem zugänglich waren. Unter anderen Verhältnissen mag es begreiflich oder oft sogar ratsam sein, dass die Arbeiter gegnerische Parteien ihre Versammlungen allein abhalten lassen. Aber dass in solcher Situation Versammlungen, die zur Erörterung der Wahlrechtsfrage einberufen waren, nicht ganz von selbst zu wuchtigen Demonstrationen gegen den Klassenwahlunfug wurden, ist weit mehr, als für das liberale Bürgertum, für die sozialistische Arbeiterschaft Berlins beschämend. Möge der *Vorwärts* die Sache einmal unter diesem Gesichtspunkt betrachten und ein wenig nachdenken. Vielleicht wird er alsdann doch zur Erkenntnis kommen, dass in seiner Rechnung etwas nicht stimmt.

× × × ×

Der *Vorwärts* will es nicht wahr haben, dass zwischen der offiziellen Sprache und dem faktischen Verhalten der deutschen Sozialdemokratie ein Widerspruch bestehe, und bestreitet auch, dass die Sprache der Partei von irgend welchem Einfluss auf das Verhalten der Gegner sei. Nicht darauf, was die Partei sage, sondern darauf, was sie tue, komme es an. Wenn sie in meinem Sinne suchen sollte, grösseren Einfluss auf die Gestaltung der Dinge zu gewinnen, würde sie nicht die Sprache, sondern ihre Taktik und ihr Ziel zu ändern haben. Da ich letzteres aber nicht wolle, sei auch meine ganze Weisheit *pour le roi de Prusse*.

Der Einwand ist mir nicht neu, er ist mir schon vor Jahren vom Orakel des *Vorwärts* entgegengehalten worden. Aber so wenig, wie damals, kann er mir heute imponieren. Dazu ist er viel zu simplistisch. Er unterstellt ein uto-

pistisch fixiertes, statt eines als Ergebnis einer Entwicklung begriffenen Ziels. Er unterstellt eine fossile, ein für allemal festgesetzte Taktik, während die Partei ihre Taktik im Laufe der Zeit wiederholt modifiziert hat und durch diese Modifikation, durch die Anpassung der Taktik an die veränderten Verhältnisse, zu ihrer heutigen Stärke gelangt ist. Er unterstellt eine Unveränderlichkeit der Sprache der Partei, die ebenfalls durch die Geschichte der Partei widerlegt wird, und er unterstellt schliesslich eine Unveränderlichkeit und Geschlossenheit der Gegner, die gleichfalls nur in der Phantasie existiert. Ausserdem lässt sich Sprache und Tun nicht in der Weise trennen, dass man sagen könnte, nicht auf die Sprache, sondern auf das Tun komme es an. Die Sprache ist in der Politik selbst ein Tun, sie erklärt je nachdem die praktischen Massnahmen und lässt sie und unsere Absichten ein anderes Mal in falschem Lichte erscheinen. Das wäre allerdings von geringer Bedeutung, wenn die uns gegenüberstehenden Parteien und Klassen eine geschlossene Einheit wären. Sie sind das aber so wenig, dass vielmehr die fortschreitende Entwicklung des Wirtschaftslebens bei ihnen immer wieder neue Gegensätze und damit neue Gruppierungen schafft. Um nur ein Beispiel zu wählen: Welche tiefgreifenden wirtschaftlichen und damit auch wirtschaftspolitischen Gegensätze hat nicht allein die Entwicklung der Syndikate und Kartelle in die bürgerlichen Klassen hineingetragen, Gegensätze, die sich schliesslich auch notwendig im parteipolitischen Leben geltend machen müssen! Der simplistische Ökonomismus folgerte aus dem Aufkommen des Kartellwesens eine zunehmende Zusammenschweissung der bürgerlichen Interessen; er sah eben nur die eine Seite der Entwicklung. Die Wirklichkeit hat zwar auch Zusammenschweissung, aber neben ihr oder zugleich mit ihr neue Zerklüftung von Interessen gebracht, so dass das Endresultat das Gegenteil jener Vereinfachung der Verhältnisse und Fragen ist, die sich ursprünglich anzuzeigen schien und in unsere Zukunftsberechnungen eingesetzt wurde.

Das konnte unsere Taktik nicht unbeeinflusst lassen und hat sie auch nicht unbeeinflusst gelassen. Wer sich die Mühe nimmt, das Verhalten der Parteivertreter in den Gesetzgebungs- und Verwaltungskörpern bei Steuer-, Handels- und sonstigen wirtschaftspolitischen Fragen zu studieren, wird das unschwer herausfinden. Er wird die sozialdemokratischen Abgeordneten ohne Unterschied der Abtönung immer wieder als Sachwalter bestimmter bürgerlich-wirtschaftlicher Interessen gegen andere bürgerlich-wirtschaftliche Interessen auftreten sehen, und zwar nicht etwa um opportunistischer Stimmenfängerei willen, sondern geleitet von der Einsicht in die Natur der wirtschaftlichen Entwicklung, die ganz unvermeidlich zeitweilige bedingte Interessengemeinschaften zwischen der Partei der Arbeiterklasse und den einen oder anderen Unternehmergruppen mit sich bringt. Selbst, wenn wir es nicht wollten, könnten wir nicht anders, als für die eine oder andere bürgerliche Gruppe agieren. Denn wo wir eine Kraft repräsentieren, heisst Stimmhaltung jeweilig Unterstützung der einen oder der anderen gegnerischen Gruppe. Hier gibt es ein Gesetz der Konsequenzen, dem sich niemand entziehen kann. Die starre Klassenkampfdoktrin, die die Phrase von der *einen reaktionären Masse* absolut nimmt und die Taktik danach bestimmen will, führt mit Notwendigkeit zum Antiparlamentarismus und je nachdem Anarchismus. Wir finden denn auch in allen Ländern die sozialistischen Gruppen, die den Klassenkampf so

unhistorisch-antievolutionistisch auffassen, in immer stärkere Abhängigkeit von der anarchistischen Phraseologie geraten.

Es gilt hier, bestimmte Stellung zu nehmen, zwischen dem evolutionistischen und dem absolutistischen Prinzip die Entscheidung treffen. Denn das ist der Gegensatz, um den es sich wirklich handelt, nicht aber einer von Evolution und Revolution, der nur dann konstruiert werden kann, wenn man entweder unter *Evolution* Passivität oder unter *Revolution* willkürliche Gewaltpolitik versteht. Der *Vorwärts* ist vollständig im Irrtum, wenn er mit der *Kreuzzeitung*, die darin vorangegangen ist, annimmt, dass es sich mir um Abschwören jedes revolutionären Gedankens handelt. Die Revolution ist je nachdem Phase oder Resultat der Evolution, aber kein prinzipieller Gegensatz zu ihr. Ihr Gegensatz ist vielmehr das absolutistische, entwicklungswidrige Eingreifen im Interesse irgend welcher materiellen Interessen oder ideellen Liebhabereien. Der Sozialismus kann ebenso evolutionsfeindlich sein, wie irgend welcher orientalische Despotismus oder theokratische Absolutismus, sobald er, wie diese, Herrschaftsinteressen oder aprioristisch fixierte Gesellschaftseinrichtungen, unbekümmert um die durch den Entwicklungsstand der Gesellschaft und Gesellschaftsklassen bedingten Anforderungen, gewaltsam einzuführen sucht. Dieser Gefahr ist er aber ausgesetzt, oder er erweckt den Schein der Gefahr und nährt ihre Möglichkeit, wenn er es ablehnt, überkommene Leitsätze, Schlagworte, Programmbestimmungen gemäss den veränderten Bedingungen in Politik und Wirtschaft zu modifizieren. Wir sehen das heute an den Krisen und Konflikten der sozialistischen Bewegung in fast allen Ländern: hier die Tendenz, in Botmässigkeit unter das anarchistische Dogma zu gelangen, und dort das Bestreben, zwar die Praxis den veränderten Bedingungen anzupassen, aber in den programmatischen Kundgebungen die rechte Hand nicht wissen zu lassen, was die linke tut.

Wie man mit den überlieferten marxistischen Schlagworten grundverschiedene politische Massnahmen vertreten kann, je nachdem man sie absolutistisch oder evolutionistisch anwendet, dafür liefert die Stellung der russischen Sozialdemokraten zu den *Dumawahlen* geradezu ein Schulbeispiel. Bekanntlich gibt es in der sogenannten *Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei* zwei Fraktionen: beide bezeichnen sich als *revolutionär*, beide leiten sich theoretisch von Marx-Engels ab, beide operieren fast nur mit marxistischen Schlagworten und Begriffen, und mit marxistischen Schlagworten und Begriffen operiert auch der russische *Jüdische Arbeiterbund*, der wieder eine andere Taktik vertritt, sowie die Fraktion der terroristischen *Sozialisten-Revolutionäre*. Nun kann man gewiss auf Grund ein und der selben Theorie zu abweichenden Folgerungen hinsichtlich der Zweckmässigkeit von taktischen Massnahmen kommen, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse und die aus ihnen sich ergebenden Möglichkeiten verschieden beurteilt. Indessen gibt es doch auch da eine Grenze. Eine Theorie, wie die marxistische, also eine Gesellschaftstheorie, muss ihre Bestimmungskraft auch bei der Abschätzung gesellschaftspolitischer Möglichkeiten bewahren. Wenn also im Angesicht der heimtückischen Verkläusulierungen, welche das *Dumagesetz* hinsichtlich der Arbeiterwahlen vorsieht, und die aus dem Wahlakt eine Art Lotterie machen, russische Sozialdemokraten sehr wohl darüber differieren konnten, ob es zweckmässig oder zweckwidrig sei, sich als Partei mit eigenen Kandidaten an diesen Wahlen

zu beteiligen, können weitgehende Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Aufgaben die Arbeiterschaft Russlands in dessen gegenwärtiger Revolution zu erfüllen und welche Änderungen sie vor allem ins Auge zu fassen hat, unter russischen Sozialdemokraten, welche die wirtschaftliche Struktur ihres Landes kennen, nur dann möglich sein, wenn die einen oder die andern das *ABC* der Theorie, die die Gesellschaft als einen sich in Übereinstimmung mit ihrer Produktionshöhe entwickelnden Organismus auffasst, entweder nicht begriffen oder zum alten Eisen geworfen haben. Nur, wer die marxistischen Begriffe, wie *Klassenkampf*, *Organisation des Proletariats als Klasse*, *proletarische Revolution* etc., statt unter dem Gesichtspunkt des sozialen Entwicklungsgedankens, dogmatisch-absolutistisch auffasst, kann darüber unklar sein, dass die gegenwärtige russische Revolution unmöglich schon die Herrschaft des Proletariats und die proletarisch-sozialistische Umwälzung der Gesellschaft bringen kann, kann übersehen, dass sie für Russland im wesentlichen das zu erfüllen hat, was die Revolution von 1789 für Frankreich und, in Verbindung mit der Revolution von 1848, für das übrige West- und Mitteleuropa mehr oder weniger verwirklicht hat: die Herstellung eines modernen Verfassungslebens auf demokratischer Grundlage. So war die politische Stellung der russischen Sozialdemokratie in den parlamentarischen Kämpfen der Revolution von selbst vorgezeichnet: wo sie als selbständige Partei auftreten konnte, als treibende Kraft neben dem radikalsten Flügel der bürgerlichen Demokratie, wo ihr zur selbständigen Aktion die Möglichkeit fehlte, als Stütze dieser bürgerlichen Demokratie. Das war so selbstverständlich, dass mir kein namhafter europäischer Sozialdemokrat bekannt ist, der die Mission der russischen Sozialisten anders aufgefasst hätte.

Unter diesen Umständen ist kein Wort zu scharf, die Art und Weise zu kennzeichnen, wie im *Vorwärts* der Sieg der Demokraten bei den *Dumawahlen* behandelt wurde. Ich schreibe ausdrücklich: im *Vorwärts*, weil ich nicht annehmen kann, dass die Redaktion selbst das Zeug von unverdauten marxistischen Phrasen zusammengeschrieben hat, das in den Tagen des russischen Wahlkampfes und nachher an erster Stelle des ersten Organs der deutschen Sozialdemokratie über dies bedeutungsvolle Ereignis zum besten gegeben wurde, sondern den Verfasser lieber in irgend einem Bernau suchen zu dürfen glaube. Während so eingewurzelte Verfechter des Marxismus in Russland, wie Axelrod, Plechanow etc. eine zeitweilige Kooperation mit der demokratischen Partei oder Unterstützung dieser unter bestimmten Bedingungen als etwas ganz Natürliches behandelten, bekam der treffliche Mitarbeiter des *Vorwärts* es fertig, zu schreiben, dass Unterstützung der Demokraten im Wahlkampf für die *Duma* weiter nichts hiesse, als für die Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer holen, und zur Folge haben werde, dass die Arbeiter ins Schlepptau der Bourgeoisie geraten. Ist es erst nötig, die ganze Lächerlichkeit dieser Deduktion aufzudecken? Braucht man erst daran zu erinnern, dass Marx 1848 sich mit radikalen bürgerlichen Demokraten verbündete, dass Lassalle noch 1863, als er schon mit der Fortschrittspartei in hellem Kampf lag, in seiner Solinger Rede die Parole ausgab, bei der kommenden Wahl trotz alledem für die Fortschrittskandidaten zu stimmen? Dass Liebknecht noch später mit der bürgerlich demokratischen Volkspartei eine Koalition einging? Und die russischen Demokraten sind durchgängig Männer, die mit dem grössten Mut der

Gefahr trotzen, nach Belieben der politischen Polizei ins Gefängnis wandern zu müssen. Die bürgerliche Demokratie ist in Russland bei dessen gegenwärtiger Klassenstruktur ein absolut unentbehrlicher Faktor. In diesem Sinne hat unter anderen die Wiener *Arbeiterzeitung* — gewiss eine unverdächtige Stimme — in ihrer Nummer vom 13. April den Wahlsieg der russischen Demokraten gewürdigt und ihr Bedauern darüber ausgesprochen, dass infolge des — im *Vorwärts* so glorifizierten — Wahlboykottbeschlusses den Demokraten in der *Duma* ein Antreiber zur Linken fehlen wird. Ganz richtig sagt sie, der russische demokratische Konstitutionalismus sei »geistig genährt von sozialistischen Ideen, verdankt ihnen den Zauber der Anziehung und, soweit sie vorhanden, die Kraft seines politischen Handelns«. In der Tat sind viele der *Kadetten*, wie der Spitzname der Partei lautet, durch die Schule des Sozialismus gegangen. Schon das zeigt, wie wenig im vorliegenden Fall mit dem Schlagwort *Bourgeoisie* gesagt ist. Die Partei der demokratischen Konstitutionalisten Russlands ist so wenig Klassenpartei der Bourgeoisie, wie es die *Montagnards* im Konvent von 1793 und die demokratische Partei in der Berliner Nationalversammlung von 1848 war, wo entschiedene Sozialisten neben demokratischen Kleinbürgern und Bauern sassen.

Nicht mehr lächerlich, sondern schon mit einem sehr viel schärferen Ausdruck zu bezeichnen ist es, wenn im *Vorwärts* vom 17. April die Weigerung der Führer der *Kadetten*, ihren Feldzugsplan für die *Duma* durch einen Interviewer der *Petersburger Zeitung* der zarischen Regierung in den Details bekannt zu geben, als beginnender *Verrat am Proletariat* bezeichnet wird. Hat denn die Redaktion unseres grössten Parteioorgans gar keinen Begriff von dem Ernst der Situation in Russland und den Schwierigkeiten des Kampfes in der *Duma*, dass sie die Reproduktion so infamer Kindereien zulässt? Weiss sie wirklich nicht, dass die *Duma* noch kein Parlament ist mit geregelter Geschäftsordnung und gesicherten Vollmachten, wie die französische Deputiertenkammer und das englische Unterhaus, sondern dass das alles erst zu erkämpfen sein wird? Hat sie keine Ahnung davon, dass ein grosser Teil der *Duma*abgeordneten aus den ländlichen Kreisen noch unbeschriebene Blätter sind, von denen sich erst zeigen muss, wes Geistes Kinder sie sind, und was man von ihnen erwarten, was man ihnen zumuten kann? Dass also mindestens erst abgewartet werden muss, ob die *Duma* sofort in absoluten Konflikt mit der Regierung geraten wird, oder ob die Demokraten vorerst in der *Duma* gegen den aus Reaktionären, Mittelparteilern und Farblosen gebildeten andern Teil werden anzukämpfen haben? All das ist noch unbestimmt, und da sollen die demokratischen Führer sich hinstellen und ihren Gegnern von vornherein anzeigen: seht, das ist unser Feldzugsplan! Als ob die Geschichte nicht überreich an Beispielen wäre, wo solche Vorheranzeigen sich sehr bitter bezahlt gemacht haben!

Mit dem Zusammentritt der *Duma* beginnt sozusagen die zweite Phase der russischen Revolution, und dass sie nicht minder ernst sein wird, als die erste, untersteht keinem Zweifel. Schon rüstet sich im Moment, wo dies geschrieben wird, die zarische Regierung zum Kampf mit der *Duma*, der ein Kampf wider die *Personen* in der *Duma* sein wird. Es ist schwerlich zu viel gesagt, dass über dem Haupte jedes von ihnen, der zur Opposition zählt, buchstäblich das Schwert des Damokles hängt. Und doch, ohne dass man es uns vorher gesagt

hat, glaube ich, es als sicher vorauserkennen zu können, dass die *Duma* sehr bald dazu übergehen wird, statt sich von der Regierung ihr Programm zudiktieren zu lassen, den Kampf um ihr Recht als Volksvertretung in den Vordergrund zu stellen. Sie wird es tun, weil sie es tun muss. Es liegt in der ganzen Situation, der erste kleine Geschäftsordnungskonflikt kann den Anlass dazu bieten. Dann wird es ein bitterer, hartnäckiger, ernster Kampf werden

Und wir diesseits des Njemen? Das Frühjahr 1906 hat mit Gewerkschaftskämpfen von seltener Schärfe und Ausdehnung begonnen. Die Arbeiterschaft ist in weiten Kreisen in ziemlicher Erregung. In Breslau hat die aufgeregte Schutzmannschaft in einem Anfall von Beriberkerwut wie rasend in eine, zum grössten Teil ganz harmlose, Volksmenge eingehauen. Unter diesem Zeichen steht der 1. Mai. Er ist in Preussen zu erneuten Demonstrationen gegen das Klasesnwahlssystem bestimmt. Für dieses Mal kommen sie leider verspätet — Senf am Ende der Mahlzeit. Hoffen wir, dass sie darum nicht minder eindrucksvoll ausfallen!

XX

JAMES RAMSAY MACDONALD · DIE NEUE ARBEITERPARTEI IM ENGLISCHEN PARLAMENT

BEREITS in der ersten Session des neugewählten Unterhauses ist der britischen Arbeiterpartei der Erfolg, mit dem sie bei den Wahlen ihr Dasein begann, treu geblieben. Die Fraktion besteht aus 30 Mitgliedern in einem Haus, das deren 670 zählt. Die liberale Regierung verfügt über eine Majorität, die gross genug ist, um ihr eine absolute Unabhängigkeit vor jeder nur möglichen gegen sie etwa auftretenden Konstellation zu sichern. Ungerechtem Zwang ist die Regierung daher gewachsen, und welchen Einfluss die Arbeiterpartei auf das Unterhaus immer haben mag, er wird einzig und allein der Geschicklichkeit ihrer parlamentarischen Taktik und der Macht, auf die sie sich im Lande stützt, zu danken sein.

Das Parlament trat am 13. Februar zusammen, und von der ersten Sitzung an erhob sich die Arbeiterpartei zu einem massgebenden Faktor in allen Fragen der Arbeit und der Menschlichkeit. Dank ihren Erfolgen bei den Wahlen konnte die Partei die Frage der Arbeitsbedingungen in den Docks und den Militärwerkstätten aufwerfen. In Zukunft haben die Vorsteher dieser grossen Arbeitsressorts das Gewerkschaftsprinzip anzuerkennen; Deputationen der Arbeiter müssen durch Amtsvertreter, die von den Arbeitern bestimmt werden, empfangen, die gewerkschaftlichen Forderungen müssen beachtet werden; bei allen drohenden Schwierigkeiten, auch wegen der kontraktlichen Bedingungen bei Lieferungen durch private Unternehmer, wird eine Kommission, die zum Teil aus Gewerkschaftern, zum Teil aus Regierungsvertretern besteht, über die strittigen Punkte zu entscheiden haben. Die Partei hat ferner eine Resolution eingebracht, welche die Regierung auffordert, an alte arme Personen Pensionen zu bezahlen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, und die Partei hat der Regierung zu verstehen gegeben, dass sie bei der nächsten Session auf praktische Anerkennung dieser Resolution dringen wird. Weiter wurden in Sachen der Qualifikation der Fabrikinspektoren Schritte getan. Seit

einigen Jahren herrschte im Ministerium die Tendenz vor, die Prüfung, welcher die Inspektorkandidaten unterworfen sind, in einer Weise auszugestalten, die es jedem Nichtakademiker unmöglich machte, Inspektor zu werden. Diese Inspektoren wurden dann von einem Stab von Inspektionsassistenten, die aus den arbeitenden Klassen hervorgingen, unterstützt; aber bei dem Geist der Exklusivität, der in unserem Zivildienst so sehr vorherrscht, wurde es für diese Assistenten immer schwieriger, bis es ihnen zuletzt einfach unmöglich gemacht wurde, zu dem Rang eines eigentlichen Inspektors empor zu steigen. Das Resultat war vom Gesichtspunkt der Wirksamkeit aus nicht befriedigend, aber auch hiervon abgesehen, empfindet die Arbeiterpartei es natürlich als eine Ungerechtigkeit, wenn ein wichtiger Zweig des Zivildienstes, der von Natur den fähigen Elementen der industriellen und gewerblichen Erfahrung gehört, für den bürgerlichen Mittelstand reserviert wird. Gleich zu Beginn der Session wurde diese Frage vom Schreiber dieses Artikels aufgerollt, und zwar mit dem Erfolg, dass der Staatssekretär des Innern nunmehr die Sachlage nachgeprüft hat und die Fabrikinspektion den Männern der Arbeit und der praktischen Erfahrung öffnen will.

Ihren grössten Triumph in direkten Arbeiterfragen hat, aber die Partei im Zusammenhang mit dem Gesetz über Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis errungen. Die deutschen Leser, die unsere Arbeiterbewegung verfolgt haben, wissen, dass bis vor einem oder zwei Jahren, als das berühmte *Taff Vale*-Urteil gefällt wurde, die allgemeine Annahme dahin ging, dass das Vermögen einer Gewerkschaft nicht zur Entschädigung eines Unternehmers herangezogen werden kann, dessen Interessen bei vorkommenden Differenzen durch das Vorgehen der Gewerkschaftsangestellten geschädigt wurden, gleichviel, ob dieses Vorgehen gesetzlich oder ungesetzlich war. In der *Taff Vale*-Angelegenheit entschied das Oberhaus anders, und seitdem verlangten die Gewerkschaften einmütig eine Änderung der Gesetze, um ihre Gelder vor den Ansprüchen der Unternehmer zu schützen. Die Kontroverse drehte sich um den Punkt, ob die Gewerkschaften die Verantwortung für die Handlungen der Angestellten, welche vom Zentralvorstand gesandt und instruiert werden, übernehmen, oder ob sie gerechterweise eine völlige Immunität gegenüber diesen Handlungen verlangen sollten. Im Jahre 1902 beauftragten das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses, die Leitung des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes und der Vorstand des *Arbeitervertretungsbundes* (welcher jetzt den Namen *Arbeiterpartei* angenommen hat) je zwei ihrer Mitglieder, eine Kommission zur Erwägung der Lage und zur Ausarbeitung eines Gesetzes zu bilden. Dieses Gesetz wurde 1903, 1904, 1905 eingebracht und begegnete jedesmal einer immer wachsenden Unterstützung im Unterhause. Das Gesetz war auf der einfachen und ehrlichen Grundlinie errichtet, die Gewerkschaft als ein Ganzes nicht für die Handlungen ihrer einzelnen Angestellten haftbar zu machen. Auf den ersten Blick mag das als eine unvernünftige Forderung erscheinen. Ziehen wir aber in Betracht, dass die Agenturgesetzgebung, wenn sie auf die Gewerkschaften überhaupt angewendet werden soll, nur zu einer langen Reihe von Prozessen führen kann; dass sie in ihren Folgerungen eine Ungerechtigkeit für die koalierte Arbeit bedeuten müsste; dass sie der Gewerkschaft eine korporative Persönlichkeit unterstellt, welche die Gewerkschaft faktisch nicht besitzt; und dass sie, obwohl sie auf dem Papier

ebenso gut die Unternehmervverbände, wie die der Arbeiter, betrifft, doch tatsächlich nur zur Bestrafung der letzteren dienen wird — ziehen wir alles dies in Betracht, so wird klar, dass die Forderungen der Gewerkschaften nicht so unvernünftig sind, wie es auf den ersten Blick scheinen konnte. Andererseits geben diejenigen, die die Anwendung der Agenturgesetzgebung auf die Gewerkschaften herbeisehnen, zu, dass diese Gesetze auf die Gewerkschaften eine besondere und begrenzte Anwendung finden müssten. Treibt man diese Leute aber zur Vorbringung von Einzelheiten, so findet man, dass ihre Vorschläge nur auf die Schaffung einer schwerfälligen Maschinerie hinauslaufen, die leicht zu ungehen sein wird, und die also eine Prämie auf die Unehrlichkeit der Gewerkschaften setzt und den Unternehmern nur eine illusorische Sicherheit gewährt.

Es ist bekannt, dass gewisse Führer der liberalen Partei — besonders Asquith, ein Jurist, früher Minister des Innern und jetzt Justizminister, und Fowler, einer der grössten Feinde des modernen Fortschritts, früher Präsident der monopolistischen Telephongesellschaft, ein Mann, der die kommunale Bewegung offen und heimlich bekämpfte — sich den gewerkschaftlichen Forderungen entgegenstellten und die Prinzipien des *Taff Vale*-Entscheids begünstigten. Die vorige Regierung hatte nun eine Kommission eingesetzt, um Erhebungen zu einem Gesetz über den Gegenstand zu machen; aber obwohl diese Kommission eine Vertretung der Unternehmer in sich aufgenommen hatte, verweigerte sie die Aufnahme einer Arbeitervertretung. Das Resultat war, dass keine Arbeiterorganisation des Landes vor der Kommission etwas aussagen wollte, und dass ihr Bericht, der soeben erschien, von jedem Arbeiterführer mit Geringschätzung aufgenommen wird. Wir hörten aber von verschiedenen Seiten, dass die Regierung mit der Absicht umging, auf Grund dieses Berichtes ein Gesetz zu schaffen, und wir liessen sie wissen, dass in diesem Falle die Regierung auf unsere kräftigste Opposition zählen könnte. Die Vorlage wurde dann eingebracht, und die Gerüchte bestätigten sich. Der Regierungsvertreter, welcher den Entwurf zu begründen hatte, gewährte sehr schnell, dass er das ganze Haus gegen sich hatte, und dass die Mehrheit der liberalen Partei durch ihre Wähler so fest auf unsere Vorlage verpflichtet war, dass sie uns sogar gegen die Regierung unterstützen musste. Es ist im Unterhaus, ausser unter ganz besonderen Umständen, nicht Sitte, die erste Lesung einer Vorlage zurückzuweisen. Wir enthielten uns deshalb der Abstimmung und liessen die erste Lesung ohne Opposition vor sich gehen, wenngleich Shackleton, der in unserem Namen sprach, keinen Zweifel darüber liess, dass wir in einem späteren Stadium der Verhandlung schon opponieren würden. Das war an einem Mittwoch, und dann kam der Triumph der Partei. Sie war wieder glücklich bei den Wahlen gewesen, und am nächsten Freitag — der Freitag ist für die Initiativanträge reserviert — brachte sie ihr eigenes Arbeitsstreitgesetz ein. Wäre die Regierung uns entgegengetreten, so hätte sie eine Niederlage erlitten. Aber anstatt uns entgegenzutreten, teilte der Ministerpräsident dem Hause mit, dass er schon für unsere Vorlage gestimmt hätte, und dass er keinen Grund sähe, warum er nicht wieder für sie stimmen sollte, dass zwischen der Regierungsvorlage und der unsrigen kein Unterschied in den Prinzipien, sondern nur in der Methode sei, und dass die Regierung es dem Hause anheimstelle, selbst zu entscheiden, ob es die Verantwortlichkeit der Angestellten in der Art, wie die Regierungsvorlage sie statuierte, oder die offene Ablehnung

solcher Verantwortlichkeit, wie unsere Vorlage sie enthielt, annehmen wolle. Unsere Vorlage kam mit einer überwältigenden Majorität von mehr als 350 Stimmen in die zweite Lesung. Dies ist der augenblickliche Stand der Angelegenheit. Nach den Ferien muss die Regierung zur zweiten Lesung ihrer Vorlage schreiten, aber das ganze Haus räumt ein, dass die Arbeiterpartei einen gewaltigen Vorsprung errungen hat.

Ausser diesen direkten Arbeiterfragen waren wir in der Lage, eine andere Angelegenheit von höchster Wichtigkeit für die arbeitenden Klassen zu fördern. Seit einer Reihe von Jahren hat sich die Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteien Grossbritaniens der Frage der physischen Entartung zugewendet, und unter den praktischen Vorschlägen, die gemacht wurden, war besonders der einer Ernährung der Schulkinder auf öffentliche Kosten zu beachten. Als die Agitation für diesen Gedanken einsetzte, schien sie den Widerspruch des Mittelstandsindividualismus im ganzen Lande heraufzubeschwören, aber zur rechten Zeit wurde sie vom Gewerkschaftkongress und vom Parteitag der Arbeiterpartei gebilligt, und schon im vergangenen Jahre wurde eine den Gegenstand betreffende Vorlage von einem unserer Mitglieder, deren wir damals 4 im Unterhaus hatten, eingebracht. Sie hatte nicht einmal die Aussicht, in die zweite Lesung zu kommen. Als wir sie aber vor etwa zwei Monaten wieder einbrachten, wurde die Vorlage nach einer trefflichen Diskussion ohne Abstimmung, und nachdem ein Antrag auf Ablehnung keine Unterstützung gefunden hatte, einer besondern Kommission überwiesen. Nun wussten wir, dass nach der Arbeitsmethode unseres Parlaments die Überweisung einer Vorlage an eine besondere Kommission nicht viel mehr als ein Begräbnis bedeutet; aber ehe wir diesem Vorschlag, der von der Regierung ausging, zustimmten, hatten wir aus dem Ministerium die Zusicherung erhalten, dass der Entwurf, sobald er aus der Kommission an das Haus zurückgelangt, wie eine Regierungsvorlage behandelt werden würde. Die zur Bearbeitung des Entwurfs gewählte Kommission ist ausgezeichnet zusammengesetzt und macht gute Fortschritte. Endlich sei noch das Schulgesetz erwähnt, das dem Parlament kürzlich vorgelegt wurde. Es hat uns Gelegenheit gegeben, vor dem Lande unsere Stellung zur religiösen Erziehung darzulegen, und in einem späteren Stadium der Beratung werden wir unser Mögliches tun, um eine unzweideutige Entscheidung zu gunsten der weltlichen Erziehung herbeizuführen. Sicher werden wir dabei unterliegen, aber unsere Haltung wird das Publikum zwingen, mehr über den Gegenstand nachzudenken, als es bisher geschah, und die beträchtliche Unterstützung, die wir innerhalb des Hauses zu finden sicher sind, wird unsern Einfluss weiter ausdehnen.

In internationalen Angelegenheiten waren wir auch im stande, uns ein bisschen zu betätigen. Die Kongodebatte haben wir veranlasst, und der Kampf mit dem Minister des Innern, ehe er die Handhabung des Fremdenrechtes korrigierte, welche politische Flüchtlinge des Asylrechts in unserem Lande beraubte, wurde hauptsächlich von den Bänken der Arbeiterpartei ausgeführt. Die grauenhafte Erschiessung von zwölf Eingeborenen in Natal unter Kriegsgesetz wurde gleichfalls infolge eines vom Schreiber dieses gestellten Antrages vor das Haus gebracht.

Diese Parlamentsarbeit zweier Monate hat unzweifelhaft die grosse Masse der Gewerkschafter überzeugt, dass die politische Aktion ihre Hauptwaffe in der

Zukunft sein muss. Die Blätter aller Richtungen erkennen den Erfolg unserer Partei an. In den Osterferien ist es üblich, dass die Zeitungen erörtern, was die Mitglieder des Parlaments besonders Hervorragendes geleistet haben. Es war nicht uninteressant, zu bemerken, dass die angesehenen, grossen Blätter fast einstimmig sich dahin aussprachen, dass der eine oder der andere aus unserer Partei am besten abgeschnitten hätte. Wir haben natürlich viel Schwierigkeiten vor uns, und vielleicht ist unser guter Anfang nicht ein zuverlässiger Beweis dafür, wie wir enden werden. Aber jedem Tag muss das Gute genügen, was an ihm getan ist, und niemand kann bestreiten, dass durch die Arbeit unserer Partei im Unterhaus die politische Arbeiterbewegung zu einer Macht im Lande geworden ist.

XX

OLAV KRINGEN · DIE AUFLÖSUNG DER SKANDINAVISCHEN UNION UND DIE STAATSFORM NORWEGENS

ES ist ganz natürlich, dass die Demokraten in ganz Europa als unmittelbare Folge der Unionsauflösung die Errichtung einer Republik in Norwegen erwarteten. Und doch gingen wir hin und beschlossen mit gewaltiger Mehrheit die Schaffung eines Königtums! Es ist ebenso selbstverständlich, dass die Enttäuschung bei den schwedischen Demokraten besonders gross ist. Sie sehen sich um den Preis der Hilfe betrogen, die sie uns bei der Unionsauflösung geleistet haben. Aber gewiss ist die Enttäuschung auch in den uns ferner stehenden Ländern sehr gross, denn was wir getan haben, hat vielleicht die Reaktion überall gestärkt. Das Beispiel wirkt. Hätten wir die Republik vorgezogen, so wäre das ein ausnehmend scharfer Sporn für die starken republikanischen Kräfte in Schweden bei ihrem Kampf gegen die Reste des alten Absolutismus gewesen. So, wie die Unionsauflösung jetzt vor sich gegangen ist, nachdem sie mit der Wahl eines Königs abgeschlossen wurde, wird sicherlich Norwegen wenig wahre Freunde mehr in Schweden haben. Stolz auf unser Vaterland sind wir schliesslich alle, und dieser Stolz der Schweden wurde durch die Unionsauflösung verwundet, denn sie hatten sich uns gegenüber doch stets als Herren gefühlt. Auch die, die früher in Schweden aufrichtig unsere Freunde waren, bekamen nicht einmal die Stütze, die ihnen eine norwegische Republik geboten hätte. Durch die Errichtung des Königtums in Norwegen ist also eine Mauer zwischen uns entstanden, und es wird sehr viel Geduld und Arbeit von beiden Seiten erforderlich sein, ehe die Mauer wieder abgetragen ist. Wir haben so viele Privilegien weggeräumt, uns so viele freiheitliche Institutionen geschaffen und so viel Kultur angeeignet, dass unser kleines Land in vielem ein Land des Fortschrittes gewesen ist. Und jetzt, wo die wichtige Frage *Monarchie oder Republik?* uns vorgelegt worden ist, haben wir doch das reaktionäre Prinzip gewählt! An dieser Entscheidung sind die Demokraten ganz Europas in hohem Masse interessiert, und mit Recht fordern sie von uns Sozialdemokraten Rechenschaft über unsere Handlungsweise.

Die Frage, ob man innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die monarchische

oder die republikanische Staatsform vorzuziehen hat, ist an und für sich keine sozialistische Prinzipienfrage. Trotzdem werden gewiss alle sozialistischen Parteien, wenn sich ihnen die Gelegenheit dazu bietet, sich für die Republik entscheiden und mit voller Kraft für sie kämpfen. Wir hatten die Gelegenheit dazu im letzten Sommer und nahmen sie in vollem Masse wahr. Ich brauche mich nur selber als Beispiel zu nehmen. Zweifellos war es die Absicht der Regierung, dass über die künftige Staatsform Norwegens der *Storthing* beschliessen sollte, ohne Volksabstimmung. Hier setzten wir ein: Ich fuhr kreuz und quer durch das Land und hielt Vorträge, und überall wurden danach Resolutionen angenommen, in denen die Volksabstimmung über die zukünftige Regierungsform gefordert wurde. Nicht unser *Storthing*, das ganze Volk sollte die Antwort auf diese Frage *Republik oder Monarchie?* geben. Das setzten wir auch durch. Die kurze Zeit, die wir nun bis zur Volksabstimmung noch für unsere Agitation bekamen, nutzten wir im Kampfe für die Republik aufs äusserste aus. Die Frage wurde vom Volke beantwortet — und wir unterlagen. Die Hauptgründe, die das norwegische Volk veranlasst haben, sich für das Königtum zu entscheiden, habe ich bereits in dieser Zeitschrift angeführt.¹⁾ Dass diese Gründe für Sozialdemokraten bestimmend sein könnten, habe ich nie behauptet. Wir bekämpften sie ja und suchten sie in unserer Agitation zu entkräften. Aber unsere Gründe fanden kein Gehör. Die Royalisten hatten den richtigen volkpsychologischen Augenblick gewählt. Das Volk war von der Zeit politischer Hochspannung, die es durchlebt hatte, vollständig müde und abgespannt. Es trachtete vor allem darnach, das Gewonnene festzuhalten, und hatte nicht mehr die Kraft, neue politische Fragen zu lösen. Darum fiel unsere Volksabstimmung so aus, wie die napoléonischen Plebiszite. Aber unsere Stellung als Nation unter den Nationen Europas ist von der Frankreichs grundverschieden, und unser Königtum hat einen anderen Charakter, als das französische Kaisertum. In Frankreich war unter dem Kaisertum die republikanische Agitation für alle Radikalen selbstverständlich; bei uns würde eine solche Agitation nur stärker revolutionierendem Wirken im Wege stehen. Die norwegische Sozialdemokratie schreitet daher nicht zum Kampf gegen das einmal errichtete norwegische Königtum. Ich konstatiere hier nur eine Tatsache und spreche keinen Wunsch aus.

Unsere Agitation hatte also bewirkt, dass unsere künftige Regierungsform durch das Volk, und nicht vom *Storthing*, bestimmt wurde. Daher darf man der späteren formellen Abstimmung im *Storthing* über die Wahl des Königs keinerlei Gewicht beilegen. Das Volk hatte sich ja für das Königtum entschieden unter der Voraussetzung, dass Prinz Karl von Dänemark König werden sollte. Vom rein demokratischen Standpunkte aus kann man sogar sagen, dass die Abgeordneten nicht einmal das Recht hatten, anders zu stimmen, als sie taten. Die Abgeordneten sind ja die Vertreter der verschiedenen Wahlkreise, und ausnahmslos alle Wahlkreise hatten sich für den Prinzen Karl entschieden. Ihre Repräsentanten hatten also in dieser Frage nicht freie Hand; sie mussten so stimmen, wie die Mehrheit in ihren Wahlkreisen beschlossen hatte. Durch die Abstimmung im *Storthing* und ihre Motivierung trat auch klar zu Tage, dass wir unsere republikanische Agitation damit als abgeschlossen betrachteten.

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Monarchie oder Republik?* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 64 ff.

Diese Abstimmung im *Storthing* hat aber im Auslande einiges Aufsehen erregt, und besonders unsere vier Genossen im *Storthing* sind, weil sie mit *Ja* stimmten, sehr scharf angegriffen worden. So schreibt der schwedische Genosse Wilhelm Janssen unter anderm folgendes:

„Das wird noch weiter bestätigt durch das Eingeständnis Castbergs gegenüber dem Vertreter des Stockholmer *Social-Demokraten* einige Tage nach der bewussten Abstimmung im *Storthing*, dass er nämlich eine Dummheit gemacht habe, über die aber nicht hinweg zu kommen war, weil sonst die Fraktion der vier Parteigenossen im *Storthing* gespalten gewesen wäre. Eriksen war nämlich der Tonangeber, dem die anderen folgten.“⁵⁾

Castberg hat mir mitgeteilt, dass er niemals von einem Vertreter des schwedischen *Social-Demokraten* interviewt worden ist, und dass er auch niemals das gesagt hat, was Janssen ihm in den Mund legt. Übrigens hätte Eriksen gewünscht, bei der Abstimmung *Nein* zu sagen, aber die übrigen drei wollten mit *Ja* stimmen, und daraufhin schloss sich auch Eriksen ihnen an. Castberg begründete für sich und die übrigen Republikaner ihre Abstimmung dadurch, dass er erklärte, die Frage sei für sie durch die Volksabstimmung erledigt, und sie würden sich nach dieser richten. Der erwähnte Artikel Janssens ist, abgesehen von dem historischen und statistischen Teil — was hat der übrigens mit dieser Abstimmung zu tun? —, auch in allen seinen anderen Ausführungen so entstellend, wie in dem oben erwähnten Beispiel. Auf die den Artikel einleitende Anmerkung der Redaktion der *Neuen Zeit*, die auch auf einem Missverstehen beruht, brauche ich nicht einzugehen; sie findet ihre Antwort in dem Gang der russischen Revolution.

Für uns Sozialdemokraten gilt es, das Volkspsychologische, das den Ereignissen zu Grunde liegt, zu verstehen. Wir können nicht gegen eine harte Steinmauer mit den Köpfen anrennen und sie uns blutig schlagen, bloss weil wir glauben, dass die Mauer von Stroh sei. Wir müssen uns zu jeder Arbeit das beste Werkzeug suchen. Wenn man überhaupt von einem Ereignis wie der skandinavischen Unionsauflösung sprechen will, ist es für einen intelligenten Sozialdemokraten die erste Pflicht, dass er zunächst zu verstehen sucht, was überhaupt geschehen ist, und warum es geschehen ist. Da sehen wir uns vor die Tatsache gestellt, dass das norwegische Volk beinahe hundert Jahre lang in einer Union gelebt hat, unter der es jeden neuen Tag als eine neue Schmach empfand. In dieser Zeit hat es immer und immer wieder darüber nachgedacht, wie es aus der Union herauskommen könnte. Alles, was von der Union herkam, hat die Norweger geschmerzt, wie Nadelstiche. Am tiefsten wirkten natürlich die schwedischen Versuche, Norwegen zu einem Schweden untergeordneten Staate zu machen. Einen unmittelbaren Versuch nach dieser Richtung hin unternahm die Boströmsche Regierung kurz vor der Unionsauflösung. Die Empörung hierüber verdichtete sich zur Tat des 7. Juni, da das norwegische *Storthing* die Union mit Schweden für aufgelöst erklärte. Das war ein durchaus revolutionärer Akt. Aber auf jede glücklich durchgeführte Revolution folgt eine Art von Reaktion. Das bewirkt schon das Streben, das Erreichte festzuhalten. Diess Streben, das eine gewisse Selbstbescheidung in sich schliesst, wog am schwersten für die Monarchie; nicht etwa der Chauvinismus oder starke nationa-

⁵⁾ Vergl. Wilhelm Janssen: *Das Ende der skandinavischen Unionsstragoda*, in der *Neuen Zeit* 1905-1906, I. Bd., pag. 733.

histische Elemente — die eifrigsten Nationalisten hatten wir vielmehr auf unserer Seite im Kampfe für die Republik.

Jetzt haben wir jedenfalls in Norwegen das Königtum: wie stellt sich nun die norwegische Sozialdemokratie dazu? Ich hatte persönlich meine volle Kraft in dem Kampfe für die norwegische Republik eingesetzt, und meine Haltung wird in diesem Punkte jeder *revolutionären* Kritik stand halten. Aber trotzdem hatte ich bei meiner Arbeit nicht einen Augenblick das Gefühl, dass ich der Sozialdemokratie einen Dienst geleistet hätte. Ja, ich war im Gegenteil darauf vorbereitet, mich bei der internationalen Sozialdemokratie dafür entschuldigen zu müssen, dass ich so meine ganze Kraft in den Dienst einer bürgerlichen Sache gestellt hatte. Das konstitutionelle norwegische Königtum gehört zu den neuesten Staatsformen Europas, ist viel neuer, als alle Republiken der Welt. Es gewährt uns volle Freiheit für die weitestgehende sozialistische Agitation, die radikalsten Reformen. Ist es da nicht richtiger, dass die norwegische Sozialdemokratie, anstatt eine unfruchtbare bürgerlich-republikanische Agitation zu betreiben, weiter an der Sozialisierung der Gesellschaft arbeitet? So werden wir eine neue Staatsform schaffen, die — das können wir versichern — keine bürgerliche Republik werden wird.

Wenn wir jetzt zu den sogenannten *radikalen* Sozialdemokraten in Deutschland gingen und sie fragten, was wir tun sollen, so würden wir wohl, das kann ich mir denken, als Antwort bekommen: Agitiert, agitiert gegen das neue Königtum! Republik, Republik vor allem! Ohne Einsicht, ohne Ziel, ohne Hoffnung! Gingen wir aber zu den sogenannten *revisionistischen* Sozialisten, so würden sie uns antworten: Versucht, zu begreifen, was geschehen ist, und nützet alle Umstände aus, um die grosse Idee des Sozialismus vorwärts zu bringen! Fördert sie innerhalb der Staatsform, die ohne eure Verantwortung ins Leben getreten ist! Räumt alles fort, was euch im Wege steht, und arbeitet weiter auf den Sozialismus hin, aber vergendet nicht eure Kraft in der unfruchtbaren Arbeit für eine bürgerliche Republik!

Aber das Schlimme ist: Hier kann uns keiner raten; wir müssen uns schon selber helfen. Vielleicht ist es auch das beste. Es ist doch wunderbar schön, dass der Sozialismus etwas Menschliches ist und kein Stück Nürnberger Spielzeug, das Janssen und Kautsky auseinandernehmen können, um sich dann wegen der Einfachheit der Zusammensetzung zuzulächeln.

XX

ERNST DEINHARDT · EIN NACHWORT ZUR BEAMTENFRAGE IN DEN GEWERKSCHAFTEN

FORTGESETZT wird das Interesse der organisierten Arbeiter durch die Gewerkschaftsbeamtenfrage in Anspruch genommen. Zunächst wurde der Streit zwischen Partei und Gewerkschaft nach dem Cölner Gewerkschaftskongress und auch in den letzten Wochen wieder seitens einiger Parteiblätter zu besonderen Angriffen auf die Gewerkschaftsbeamtenhierarchie benutzt, was die Aufmerksamkeit der Arbeiterpublizistik immer wieder auf die Beamtenfrage in den Gewerkschaften lenkte. Das geschah mehr noch durch einige unliebsame, für die prekäre Lage der Gewerkschaftsbeamten

aber bezeichnende Vorkommnisse innerhalb der Gewerkschaften. Und nicht zuletzt gab mein Artikel in dieser Zeitschrift¹⁾ der Gewerkschaftspresse Veranlassung zu einer Erörterung über die Stellung der Beamten innerhalb der Gewerkschaften.

Von allen Auslassungen erwähnen wir nur die des Genossen J. Döring in *Hafenarbeiter*.²⁾ Döring, der Vorsitzende des Hafenarbeiterverbandes, unterschreibt meinen Artikel in fast allen seinen Einzelheiten; stellenweise hätte ich noch einen viel zu grossen Optimismus bekundet. Gerade im Hafenarbeiterverband sei die »Abneigung gegen das *Beamtentum*« oft in verhängnisvoller Weise zum Vorschein gekommen:

»Auf allen Verbandstagen hat diese Frage eine Rolle gespielt; noch jedes einzelne Mal haben die Beamten um die Erringung einer Position, einer Stellung kämpfen müssen, die der Natur ihrer Beschäftigung und Betätigung entsprechend und ihrer selbst als Person würdig war. Gewiss, auch in unserer Organisation bricht sich allmählich die Erkenntnis Bahn, dass die Beamten, wenn sie auch im Dienste der Organisation stehen, damit aber nicht Bediente der einzelnen Mitglieder sind. Früher war die Auffassung anders: das geht schon aus der Stellung hervor, in die der erste im Hauptbureau angestellte Beamte hineingepresst wurde. Es wurde ihm tatsächlich die Stellung eines Hausknechts zugewiesen: die Möglichkeit zum selbständigen Handeln und Arbeiten, zur Entfaltung einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Betätigung war durch den Anstellungsmodus von vornherein ausgeschlossen. Es war also ein Beamter, und dem mussten die Zügel straff gehalten werden . . .«

Von ähnlichen Erfahrungen im ersten Jahrzehnt ihrer Beamtenlaufbahn konnten alle älteren Gewerkschaftsführer berichten.

× ×

In der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinspresse ist mein Artikel in der Hauptsache referierend, teilweise auch zustimmend wiedergegeben worden. In dem *Gewerkverein* wird behauptet, ein Teil der Gewerkschaften habe eine ungewöhnlich grosse Zahl von Beamten; im Verhältnis zur Mitgliederzahl sei sie bei den Gewerkvereinen durchweg kleiner. »Es hängt dies auch damit zusammen, dass in den Gewerkvereinen durchweg die Beiträge noch niedriger sind, als in den Gewerkschaften.« Der Artikel schliesst: wenn es möglich sein werde, die Ansprüche nach »mehr Beamten« in den Gewerkvereinen in den Grenzen einer gesunden Entwicklung zu halten und die Beiträge zu erhöhen, werde es auch den Gewerkvereinen möglich sein, die Zahl der Beamten den Anforderungen der neuen Zeit entsprechend zu erhöhen. »Vorwärts muss es gehen!« Davon ist nur richtig, dass die Beiträge der Gewerkvereine niedriger sind, als die der Gewerkschaften. Die Zahl der Beamten dürfte verhältnismässig ebenso gross sein, teilweise sogar noch grösser; hat doch beispielsweise der für 116 000 Hirsch-Dunckersche Gewerkvereiner eingesetzte *Zentralrat* ebenso viele Beamte, wie die *Generalkommission* der freien Gewerkschaften, die 14½ Millionen Mitglieder zählen. Sicher ist, dass jetzt schon einige Gewerkvereine durch ihren Beamtenstab weit über ihre Leistungsfähigkeit finanziell belastet sind.

Von den Äusserungen der christlichen Gewerkschaftsblätter interessiert uns vor allem die der *Westdeutschen Arbeiterzeitung*, des für die christlichen Ge-

¹⁾ *Das Beamtenelement in den deutschen Gewerkschaften in den Sozialistischen Monatsheften*, 11. Bd., pag. 1015 ff.

²⁾ Auf die schätzenswerten Ausführungen des *Korrespondenten für Deutschlands Bushdrucker* über die Stellung der Gewerkschaftsredakteure in der Bewegung näher einzugehen, ist hier nicht der Raum. Es kommt mir hier in erster Linie darauf an, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Beamten innerhalb der Gewerkschaften zu erörtern. Auf die vom *Korrespondenten* angeschnittene Frage soll ein andermal zurückgekommen werden.

werkschaften in vieler Hinsicht tonangebenden Organs. Nach einer mehr resümierenden Wiedergabe des Artikels wird gegen meine Feststellung Einspruch erhoben, die christlichen Gewerkschaften hätten »in den ersten Jahren ihres Bestehens gern auf die bezahlten Agitatoren, auf die die Arbeitergroschen verprassenden Beamten der freien Gewerkschaften hingewiesen, um durch diesen den Unternehmern abguckten demagogischen Kniff sich bei den Arbeitermassen besser einzuschmeicheln«. Dazu bemerkt das Blatt des Herrn Giesberts: »Zunächst ist die Behauptung, die christlichen Gewerkschaften hätten mit den oben gekennzeichneten Kniffen Agitation betrieben, in dieser Allgemeinheit falsch und un wahr. Mit solchen Mitteln haben sich die christlichen Gewerkschaften ihr Dasein nicht erkämpft. Wohl hörten wir jene Aussprüche da und dort von unberufener Seite, wohl fanden wir sie im Waffenarsenal dieses oder jenes Provinzblättchens, das auch in sozialen Fragen absolut eine Meinung haben wollte, als billigen Schlagler gegen die Sozialdemokratie. Die christlichen Gewerkschaften aber haben nicht zum kleinsten Teil dazu beigetragen, dass mit derartigen Anschauungen über das Beamtenelement in der Öffentlichkeit aufgeräumt wurde. Im übrigen wäre es interessant, zu erfahren, wo die sozialdemokratischen Gewerkschafter selbst ihre *schlechte Meinung* von den Beamten herholten. Hatten sie diese den Unternehmern abguckt oder den *kleinen Organisationen* der christlichen Gewerkschaften?»

Die *Westdeutsche Arbeiterzeitung* scheint mit den Agitationsmethoden der christlichen Gewerkschaftler in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit wenig vertraut zu sein, oder aber sie will diese unangenehmen Dinge in Vergessenheit bringen. Tatsächlich haben die christlichen Gewerkschaften in den ersten Jahren ihres Wirkens aus dem Umstand, dass sie keine Beamten hatten, während die freien Gewerkschaften nach ihrer Schilderung ein Heer von Beamten durchfüttern mussten, weidlich Kapital für sich zu schlagen sich bemüht. In den christlichen Gewerkvereinen der Bergarbeiter, Textilarbeiter, Bauarbeiter, Kellner u. s. w. verstanden es die Brust, Systemisch, Driesen und Gesinnungsgenossen vortrefflich, gegen die *sich von den Arbeitergroschen mästenden Agitatoren* der sozialdemokratischen Gewerkschaften vom Leder zu ziehen; darin wurden sie allerdings von der Zentrumspresse, und nicht nur von »diesem und jenem Provinzblättchen«, reichlich unterstützt. Diese Art Agitation wurde erst aufgegeben, als die christlichen Gewerkschaften selbst zur Anstellung von Beamten schreiten mussten; von diesem Zeitpunkt an hat man allerdings in der Gewerkschaftspresse selbst gegen die Verhetzung der Massen durch jene Schlagworte entschieden Stellung genommen, und auch die *Westdeutsche Arbeiterzeitung* hat in anerkennenswerter Weise Verständnis über die schwierige Stellung der Gewerkschaftsbeamten zu verbreiten versucht. Was die Gewerkschaftsführer vom Schläge August Brusts nicht hinderte, gelegentlich in der althergebrachten Weise gegen die Gewerkschaftsbeamten zu hetzen.

Ich will nur an zwei Tatsachen erinnern, die für diese Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zur Beamtenfrage in hohem Masse bezeichnend sind. Auf der Generalversammlung des christlichen Bergarbeiterverbandes, die im Jahre 1898 in Gelsenkirchen tagte, bekämpfte Vikar Brauns die geplante Anstellung Brusts mit den Worten, Brust müsste bei der Grubenarbeit bleiben, da er sonst die Achtung der Kameraden verlöre. Ein Jahr später liess sich Brust allerdings nichtsdestoweniger anstellen; gegen den Einwand, dass die Äusserung Brauns' ein Ausspruch von *unberufener Seite* sei, möchten wir aber doch geltend machen, dass dieser Dr. Brauns heute noch unter den christlichen Gewerkschaftern grosses Ansehen genießt, dass er heute noch dazu ausersehen

ist, die christlichen Gewerkschaftsbeamten auf der Agitationsschule in München-Gladbach mit den Heilswahrheiten christlicher Gewerkschaftsagitationsmethoden vertraut zu machen. Und auf dem Frankfurter christlichen Gewerkschaftskongress verurteilten einige Redner entschieden das auch in ihren Reihen übliche Ausschlagen der *Arbeitergroschen* als eine niedrige Kampfweise, die den christlichen Gewerkschaften keine Ehre einbrächte. Es kann als ein Zeichen einer erfreulichen Entwicklung bezeichnet werden, dass der christlichen Presse diese Tatsachen jetzt unangenehm sind, und dass sie sie deshalb am liebsten vergessen machen will.

Interessant ist, dass die christlichen Gewerkschaften — wie die *Westdeutsche Arbeiterzeitung* bei dieser Gelegenheit mitteilt — zurzeit etwa 130 Beamte zählen. Das würde, gemessen an der Mitgliederzahl, eine annähernd doppelt so hohe Beamtenziffer sein, wie sie die freien Gewerkschaften aufweisen. In der Tat sind denn auch die christlichen Gewerkschaften durch den verhältnismässig grossen Beamtenapparat ausserordentlich stark belastet. Das äussert sich dann in recht bedenklichen Handlungen, wie beispielsweise dem Streikbruch in Cöln. Denn wie ein im Herbst von der Zahlstelle Cöln des christlichen Holzarbeiterverbandes herausgegebenes Flugblatt feststellt, hat »die Freistellung des Lokalbeamten [für rund 500 Mitglieder] die Lokalkasse derart belastet, dass bei dem bisherigen Beitrag in normalen Zeiten die Ausgaben gerade von den Einnahmen gedeckt werden können«. So dass, wie ich hinzufügen muss, zu Streikzwecken keine Mittel flüssig waren, und die christlichen Holzarbeiter den Streik systematisch brechen mussten. Man kann des Guten auch zu viel tun; das scheint bei den christlichen Gewerkschaften der Fall zu sein, die bei ihrer Beamtenanstellung nach dem Grundsatz *Die Masse muss es bringen* zu handeln scheinen.

× × ×
Zwei Vorkommnisse aus der letzten Zeit mögen hier kurz gewürdigt werden, weil sie bezeichnend sind für die ungünstige Lage, unter der jetzt noch der grösste Teil der Gewerkschaftsbeamten zu leiden hat. Der Vorsitzende des Handschuhmacherverbandes hat seine Stellung gekündigt, um in die Redaktion einer Parteizeitung einzutreten. Das kann die gewerkschaftliche Bewegung wieder als Verlust verbuchen; für der genannten, allgemein geschätzten Gewerkschaftsführer ist aber dieser Übertritt in eine Parteistellung der Abschluss eines widerwärtigen Kapitels. Anfang Herbst des letzten Jahres war er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender seiner Organisation genötigt, in Halberstadt in einen aussichtslosen Lohnkampf einzugreifen. Das brachte die durch die Beendigung des Streiks betroffenen Mitglieder des Handschuhmacherverbandes in Harnisch, sie stellten gegen ihren Vorsitzenden, der doch nichts anderes als seine Pflicht getan hatte, in aller Form die Vertrauensfrage. Die unerhörtesten Angriffe wurden gegen den verdienten Beamten laut, und wenn die übrigen Verbandsmitgliedschaften ihn auch in Schutz nahmen, so musste ihm doch durch diese Hetze die Freude an seiner Organisationstätigkeit vergällt werden.

Er ist nicht der erste, der auf diese Weise von der Gewerkschaft zur Partei hinüberwechselt, und er wird nicht der letzte sein: schon sein Vorgänger, der das Amt des Vorsitzenden des Handschuhmacherverbandes seit 1891 bekleidet hatte, schied 1902 unter ähnlichen Gründen aus. Eine Reihe von Mitgliedschaften erblickten in dem Verbandsvorsitzenden nur den bezahlten

Diener des Verbandes, erklärte er im Fachorgan; sie hielten ihm das Gehalt (von 1800 Mark) als *Pfründe* vor, die ihn hindere, zu empfinden, wie einem Arbeitslosen oder Gemassregelten zu Mute sei, sie verlangten, er solle die Arbeit des zweiten Beamten mit übernehmen, um so zu sparen. In der Parteistellung sind ihm solche Vorwürfe jedenfalls erspart geblieben; der Parteibeamte wird nun einmal besser behandelt und gewürdigt, er wird auch besser entlohnt, als der Gewerkschaftsbeamte.

Und noch ein zweiter Fall, der die Beamtenmisere in den Gewerkschaften grell beleuchtet. Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Holzarbeiterverbandes — die zu neun Zehntel aus nichtangestellten Verbandsmitgliedern besteht — beschloss einstimmig, der Generalversammlung der Mitgliedschaft folgende Gehaltsregelung vorzuschlagen: dem Bevollmächtigten, dem Obmann der Schlichtungskommission und den Kassierern ist ein Grundgehalt von 2000 Mark zu zahlen, steigend jährlich um 90 Mark bis zum Höchstbetrage von 2500 Mark, den Hilfsarbeitern ein Grundgehalt von 1800 Mark, steigend in Jahresraten von 120 respektive 90 Mark bis zum Höchstbetrage von 2400 Mark. Eine gewiss bescheidene Gehaltsregulierung, bedenkt man, dass zurzeit seitens der Parteiorganisationen, auch in Berlin, Verwaltungsbeamte, ähnlich denen der Gewerkschaften, mit einem Grundgehalt von 2400 Mark angestellt werden. Nichtsdestoweniger fand der Vorschlag der Verwaltung in der Generalversammlung der Berliner Mitgliedschaft des Holzarbeiterverbandes entschiedenen Widerspruch: Die Beamten fühlten sich nicht als Berufskollegen, sondern als Angehörige einer Beamtenkaste; es wäre angesichts der in den Gewerkschaften und in der Partei hervortretenden Tendenz, eine Beamtenhierarchie grosszuziehen. Vorsicht am Platze; der Verband würde seine sozialen Verpflichtungen im vollsten Masse erfüllen, wenn er den Angestellten ein Existenzminimum gewähre durch gleichmässige Festsetzung eines Gehalts von 2000 Mark für alle ohne weitere Steigerung. So und ähnlich wurde gegen die Vorlage der Ortsverwaltung operiert. Die Beamten, die auf eine, teilweise mehr als zehnjährige, aufopfernde Tätigkeit im Dienste der Organisation zurückblicken können, die die Organisation in vielen und schweren Kämpfen erfolgreich geführt hatten, wurden von der Versammlung nicht angehört.³⁾ Die Gehaltsvorlage wurde endlich den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet, und nach den bedauerlichen Vorgängen in der Generalversammlung, die oben nur kurz angedeutet sind, muss leider mit ihrer Ablehnung gerechnet werden.

Es ist beschämend für die deutsche Arbeiterbewegung, dass die *Cölnische Volks-*

³⁾ Zum bessern Verständnis der Angelegenheit sei noch gesagt, dass für die 23 000 Mitglieder zählende Zahlstelle Berlin des deutschen Holzarbeiterverbandes 9 Beamte angestellt sind. Diese müssen unter anderem den umfangreichen paritätischen Arbeitsnachweis mit versehen, durch den im letzten Jahr 11 319, und den Verbandsnachweis, durch den 4137 Stellen besetzt wurden; sie müssen die Lohnbewegung und den Kleinkrieg leiten — 1905 waren in 345 Werkstätten 229 Bewegungen zu erledigen, ungerechnet die vielen Konflikte, in die die Ortsbeamten eingreifen mussten —. Sie müssen die Agitation betreiben — 1905 fanden neben den zahlreichen Verwaltungs- und Vertrauensmännersitzungen allein 4939 Werkstattsitzungen statt —, ihnen liegen die umfangreichen inneren Verwaltungsgeschäfte ob, beispielsweise die Verwaltungsarbeiten der Krankenunterstützung und die Arbeitslosenkontrolle, die Erledigung der Kassengeschäfte, die Verwaltung einer Bibliothek von 3050 Bänden und einer Entleihsziffer von 12 238 Bänden im letzten Jahre. Die ersten Beamten, die vor rund 10 Jahren angestellt wurden, erhielten — 28 Mark Wochenlohn. Erst langsam hat sich die Entlohnung etwas gebessert. Jetzt erhalten die ältesten Beamten 2000 Mark, die jüngsten 1800 Mark im Jahr. Im September 1905 verdienten in Berlin die Tischler auf Innenausbau (Akkord) 36,26, auf Sitzmöbel (Akkord) 35,34 Mark, die Bautischler (Akkord) 35,10, die Modelltischler 36,30 bis 36,63 Mark im Durchschnitt pro Woche.

zeitung, und zwar mit Recht, feststellen kann, dass in den christlichen Gewerkschaften, die früher doch so sehr auf die *bezahlten Agitatoren* losgelassen wurden, bisher niemals ähnliche Ausschreitungen der Mitglieder gegen die Beamten der Gewerkschaft vorgekommen sind. Und es ist beschämend, dass einzelne Parteiorgane auf diese Entwicklung der Dinge in den freien Gewerkschaften nicht ganz ohne Einfluss gewesen sind. Diese Übertreibung der Allüren des Unternehmertums, um mit dem *Vorwärts* zu reden, deren sich die Berliner Holzarbeiter gegen ihre Angestellten schuldig machten, ist zu einem guten Teil nichts anderes, als der Niederschlag der Hetze gegen die Gewerkschaftsführer, die seitens einiger Parteiorgane nach Cöln beliebt wurde. Die Arbeiter haben in ihrem Parteiorgan etwas von der *Beamtenhierarchie* in den Gewerkschaften gelesen, von dem reaktionären Geist, der durch die Gewerkschaftsbeamten in die Arbeiterschaft hineingetragen werde; auch von den *gehobenen Existenzen* und von dem *gesunden Sinn der Massen* ist in diesem Zusammenhange die Rede gewesen. Das hat sich bei der Masse der organisierten Arbeiter festgesetzt, sie haben sich in eine förmliche Erbitterung gegen ihre Führer hineinreden lassen und hineingeredet, und all der Groll gegen die Beamten, der sich so bei ihnen angesammelt hat, macht sich denn bei solchen Gelegenheiten Luft, wo es gilt, über das Wohl und Wehe der Angestellten zu entscheiden. Da wird ihnen einfach der Brotkorb höher gehängt.

Dem Parteiangestellten kann das so leicht nicht passieren, obwohl er ein um die Hälfte höheres oder doppelt so hohes Gehalt bezieht, wie der Gewerkschaftsangestellte; auf die Regelung seiner Gehaltsverhältnisse hat die Masse ja zu meist gar keinen Einfluss. Deshalb auch mit das häufige Hinüberwechseln von Gewerkschaftsbeamten in Parteistellungen. Es ist nur eigentümlich, dass diese so verfeimten Gewerkschaftsbeamten, die kleinlich, rückständig, von Krämergeist beseelt sind, damit, dass sie ihr Gewerkschaftsamt aus- und ihr Parteiamt angezogen haben, nun auf einmal allen Verstand ihres Amtes und das so lange entbehrtete Ansehen bei der Masse wieder erlangen, dass ihnen, denen in ihrer früheren Stellung aus allen möglichen Gründen, nicht zuletzt im Interesse ihres proletarischen Empfindens, geringe Lohnerhöhungen verweigert wurden, jetzt, als wenn es selbstverständlich wäre, eine bedeutend günstigere Entlohnung wird . . .

×

×

×

Auf der letzten Konferenz der Gewerkschaftsvorstände ist, wie ich bereits berichtet habe,⁴⁾ fast einhellig die Meinung zum Ausdruck gekommen, die Gewerkschaftspresse müsse unberechtigte Angriffe der Parteipresse rasch und entschieden zurückweisen, sie müsse auch gegenüber dieser Presse von dem Rechte freier Kritik künftig ebenfalls mehr Gebrauch machen. Die *Bremer Bürgerzeitung* hat darauf geschrieben:

„Wer diese aufgehauchten Mitteilungen im *Korrespondenzblatt* [über die Behandlung der Frage *Partei und Gewerkschaft* auf der Gewerkschaftsvorstandskonferenz] liest und von den Dingen, wie sie wirklich liegen, keine Ahnung hat, muss zu dem Glauben kommen, dass zwischen Partei und Gewerkschaften ein ständiger Kampf und Streit herrsche. Die Kritik in der Parteipresse hat sich nie gegen die Gewerkschaften allgemein, sondern nur gegen besonders klug sein wollende Strategen, die durch ihre Seitensprünge die ganze Arbeiterbewegung diskreditierten, gewendet. Zum

⁴⁾ Vergl. die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung* der Rundschau in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 334-335.

Glück sind Anschauungen in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht immer die ihrer Beamten, das hat manche Generalversammlung nach dem Cölnener Gewerkschaftskongress bewiesen.

Ach ja, das bewies die Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter, das bewiesen auch die Vorgänge im Handschuhmacherverband, dass die Anschauungen der Arbeiter nicht immer die der Beamten sind; sie bewiesen auch, dass die von der *Bremer Bürgerzeitung* so schön umschriebene Hetze gegen die Gewerkschaftsbeamten nur gar zu sehr ihre Früchte trägt. Wenn nur die Parteiorgane, die so wirksam den Gegensatz zwischen Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsmitgliedern betonen, sich bei dieser niedlichen Stimmungsmache gegen die Gewerkschaftsangestellten nicht ins eigene Fleisch schneiden!

Bei der Protestbewegung, die vor drei Jahren im Holzarbeiterverband in Szene ging, wurden die Aussprüche zweier verdienter Kollegen, die sich in Parteistellungen befanden, gegen die Beamten des Verbandes weidlich ausgenutzt. Und zum diesjährigen Verbandstag, der ja unter dem Eindruck der letztjährigen Agitation gegen die Beamten steht, sind neben den zahlreichen gegen die Gewerkschaftsbeamten gerichteten Anträgen auch eine Reihe solcher gestellt, die sich gegen das Arbeiterbeamtentum überhaupt richten. Da ist unter anderem auch beantragt, dass Beamte, welche eine Tätigkeit ausserhalb der Organisation ausüben, zum Verbandstag nicht gewählt werden dürfen. Nächstens erleben wir womöglich noch eine Hetze gegen die Parteibeamten, gegen besonders klug sein wollende Strategen [der Partei], die durch ihre Seitensprünge die ganze Arbeiterbewegung diskreditieren. Die grosse Ausdehnung der Parteibewegung, die Ausdehnung der Parteipresse, wie der Parteiorganisationen, macht von Woche zu Woche mehr Parteibeamte notwendig, und die Zeit ist nicht fern, wo die Zahl der Parteibeamten der der Gewerkschaftsbeamten gleichkommt. Es trägt nicht zur Erleichterung der Aufgaben der Parteibeamten bei, wenn man durch Erzeugung von Misstrauen gegen die Gewerkschaftsbeamten einen Widerwillen der Masse gegen das Arbeiterbeamtentum überhaupt aufs neue nährt. Die Parteipresse sollte deshalb von einer Kampfweise absehen, die ihr selbst und der Entwicklung der Arbeiterbewegung nur schädlich sein kann, und die vor allen Dingen unsere Sache selber herabwürdigt.

XX

EMMA IHRER · FORM ODER INHALT? · ZUR ARBEITERINNENORGANISATION



MIT einiger Zeit wird von bürgerlichen Sozialpolitikern und Frauenrechtlerinnen die Frage erörtert, welche Organisationsform die für Arbeiterinnen geeignetste sei. Wären diese Debatten rein theoretische geblieben, nur zu dem Zweck, um in bürgerlichen Kreisen Klarheit über die Sachlage zu schaffen, so läge für uns kein Grund vor, diese für die Arbeiterschaft von ihr selbst längst gelöste Frage erneut zu besprechen. Doch es lassen sich auch an sich überflüssige Vorschläge nicht immer ignorieren, zumal wenn sie geeignet sind, in irgend einer Weise verwirrend zu wirken.

In neuester Zeit ist man an die *Generalkommission*, an mehrere Gewerkschaften

und an einzelne Personen, welche seit Jahren in den freien Gewerkschaften tätig sind, mit dem Verlangen herangetreten, sich an Beratungen zur Vorbereitung von regelmässig alle zwei Jahre wiederkehrenden Arbeiterinnentagen zu beteiligen. Diese Arbeiterinnentage sollten, so hiess es in dem betreffenden Zirkular, politisch neutral gehalten sein und einzelne für die Frauen besonders aktuelle sozialpolitische Fragen behandeln, zum Beispiel die Verkürzung des Maximalarbeitstages von 11 auf 10 Stunden, die Vereinheitlichung der deutschen Arbeiterversicherung mit besonderer Berücksichtigung der Mutterschaftsversicherung und anderes mehr. In der Hauptsache sollte beraten werden, wie die Arbeiterinnen zum Zusammenschluss in einen allgemeinen Frauengewerkschaftsverband zu bewegen seien. Die Vorschläge gingen von einer Gruppe bürgerlicher Frauen aus, die sich *Zentralstelle für Arbeiterinnenorganisation* nennt. Von diesen Befürworterinnen der Arbeiterinnen-sonderorganisationen hatten einige sich früher bemüht, die Arbeiten der gewerkschaftlichen Organisationen kennen zu lernen, und hierbei seitens der freien Gewerkschaften bereitwillig Entgegenkommen gefunden; sie hatten auch oft Gelegenheit genommen, sich über diese Gewerkschaften und die Art ihrer Kampfesarbeit anerkennend auszusprechen. Dann aber entdeckten sie, dass die Arbeiterinnen innerhalb der für Männer und Frauen gemeinsamen Organisationen nicht genügend geschult würden, dass sie nur selten zum Worte kämen und auch auf Tagungen nicht ihrer Zahl entsprechend vertreten waren. Und diese Momente, so behaupten sie, seien der Anstoss zu dem Vorschlag der gesonderten Schulung weiblicher Arbeiter. Besonders legen sie darauf Wert, dass eine Beeinflussung der Arbeiterin in der Wahl der Organisation nicht stattfinden dürfe, die *freie Wahl*, wohin sie sich wenden wolle, müsse jeder Arbeiterin gesichert sein.

Bereits im vorigen Jahr war man mit ähnlichen Vorschlägen hervorgetreten, und es hatten auch bereits mehrere Arbeiterinnen in Wort und Schrift deren Undurchführbarkeit und Wertlosigkeit dargetan. Ihre klaren und bündigen Ausführungen scheinen die Damen jedoch nicht davon überzeugt zu haben, dass es ein Ding der Unmöglichkeit sei, die Arbeiterinnen aller Richtungen zu gemeinsamer Arbeit unter einen Hut zu bringen. Die Mitglieder oder Anhängerinnen der freien Gewerkschaften, der Kampforganisationen, will man mit denen der Hirsch-Dunckerschen und christlichen zusammen, gesondert von ihren männlichen Kollegen, seitwärts von ihrer Organisation, lehren und schulen, welcher Waffen und Mittel man im Kampfe bedarf, und wie man sie gebrauchen muss! Diese Vorschläge verraten eine ungläubliche Naivetät, wenn sie nicht ganz anderes in sich bergen. Allgemein ist man im bürgerlichen Lager noch immer der Ansicht, dass die Arbeiterschaft der weisen Führung bürgerlicher Elemente nicht entraten könne, dass mindestens die Arbeiterinnen noch geleitet und gelenkt werden müssen, jedenfalls, um sie vor allzu grosser Selbständigkeit zu bewahren und ihr Handeln in bestimmte Bahnen zu lenken. In Bahnen, die abseits führen müssen von der Marschroute und der grossen Heerstrasse, welche die Arbeiterschaft ziehen muss, will sie frei und unabhängig werden.

Um eine völlige Klarstellung unseres Standpunktes in dieser Beziehung zu erreichen, geben wir zunächst einen kleinen Ausschnitt aus der Geschichte der Gewerkschaften, der geeignet sein dürfte, denen, die über Form und Art der

Organisierung der Arbeiterinnen im unklaren sind, zu zeigen, dass für die freien Gewerkschaften längst kein Zweifel mehr darüber besteht, was auf diesem Gebiet nicht nur richtig, sondern auch notwendig ist.

Mehr als 1½ Jahrzehnte ist es her, dass Vertreter und Vertreterinnen der Arbeiter aller Branchen in Berlin zusammentraten und zum erstenmal gemeinsam über die Form berieten, die für den Zusammenschluss aller Arbeiter und Arbeiterinnen geeignet wäre. Wenn auch im allgemeinen die äussere Form den Kern einer Sache wenig berührt, so ist es ein anderes bei der Organisation der Arbeiter; hier konnte es nicht gleichgültig sein und bleiben, ob die Form ein Ganzes oder nur einen Teil des Ganzen umfasst. Man war unter dem Druck des Sozialistengesetzes, von dem die Gewerkschaften bekanntlich schwer betroffen wurden — durch gänzliche Auflösung der Organisationen oder doch durch äusserste Einengung und Behinderung ihrer Bewegungsfreiheit in der Agitation — allmählich dazu übergegangen, nur lokale Vereinigungen zu bilden, welche nach dem preussischen Vereinsgesetz oder doch dessen Auslegung als politische Vereine betrachtet werden. In diesen Vereinen konnten Arbeiterinnen keine Aufnahme finden, weil Frauen durch § 8 des genannten Gesetzes der Anschluss an politische Vereine untersagt ist. Schon damals wurde auf jener Gewerkschaftskonferenz von einem der bedeutendsten Gewerkschafter der Vorschlag gemacht, Industrieverbände zu gründen. Sie sind zweifellos die weitestgehende Form der Arbeitervereinigungen, die sich ja auch mehr und mehr notwendig macht aus äusseren und inneren Gründen, und der sich einzelne Verbände, zum Beispiel die der Holzarbeiter und der Metallarbeiter, mehr und mehr nähern. Damals aber bedeutete bereits der Ausbau und die weitere Gründung von Zentralverbänden für ganz Deutschland, hauptsächlich gegenüber den vielen kleinen Lokalvereinen, einen gewaltigen Fortschritt. Gemeinsames Arbeiten und Kämpfen ermöglichte aber erst die Einsetzung der *Generalkommission* im Jahre 1890, der gleich von der Gründung an eine Frau angehörte.

Die rege Teilnahme der Arbeiterinnen — es waren auf der ersten Konferenz fast alle Berufe durch weibliche Delegierte vertreten — gab den Anstoss zu energischem agitatorischen Vorgehen; die Vorstände der bestehenden Vereinigungen wurden durch Zirkulare aufgefordert, ihre Statuten dahin abzuändern, dass der Aufnahme der Arbeiterinnen in die Organisationen nichts im Wege stände. Nur wenige waren es, die auf ihren Generalversammlungen erst die Zweckmässigkeit der Neuerung diskutierten und den alten Einwand erhoben, man solle lieber die Möglichkeit der politischen Betätigung innerhalb der Gewerkschaften offen lassen, was durch Aufnahme weiblicher Mitglieder unmöglich gemacht werde. Es ist das der selbe Einwand, den man gegen die weitere Zentralisierung der Gewerkschaften seitens der Lokalisten erhob und hier und da noch erhebt. Der grösste Teil der Gewerkschaften kam aber jener Aufforderung ohne weiteres nach, da man einsah, dass das immer weitere Vordringen der Arbeiterinnen in alle Berufe auch die gemeinsame Organisation bedinge. Und der erste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu Halberstadt /1892/ nahm die folgende Resolution an:

•In Erwägung, dass bei der grossen, täglich wachsenden Bedeutung der Frauenarbeit auf allen Arbeitsgebieten sich die energische Inangriffnahme der Organisierung der selben als ein Gehot der Selbsterhaltung erweist, beschliesst der heutige Kongress, die Vorstände der bestehenden Organisationen aufzufordern, dahin zu

wirken, dass die Statuten der selben derart umgestaltet werden, dass auch den im Berufe beschäftigten Arbeiterinnen der Beitritt zu den selben möglich ist. Die Agitation für Ausbreitung der Organisation hat sich bei allen Berufen, in welchen Frauen tätig sind, auch auf deren Heranziehung zu erstrecken, da nach § 152 der Gewerbeordnung hierin keinerlei Hindernisse bestehen.

Es dürfte wohl kaum einen Gewerkschafter geben, der darüber heute anderdächte, als damals. Die Momente, welche für gemeinsame Organisation sprechen, haben sich im letzten Jahrzehnt eher noch verstärkt.

Bevor wir uns nun der kritischen Widerlegung jener Argumente zuwenden, welche die Frauenrechtlerinnen für die Sonderschulung der Arbeiterinnen ins Feld führen, wollen wir nicht unterlassen, die in der *Sozialen Praxis* wiedergegebenen Ansichten einer Zentrumsanhängerin hier anzuführen. Diese wendet sich gegen Sonderorganisationen der weiblichen Arbeiter, aber nur um der momentanen Zweckmässigkeit willen, nicht aus allgemeinen Erwägungen. Sie sagt: »Wenn wir grosse, leistungsfähige, gut fundierte Frauengewerkschaften hatten, hege ich die Zuversicht, dass die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern so gut wie beseitigt sein würden. Die bekannte grössere Geschmeidigkeit der Frau, ihre überragende List wird den rechten Augenblick und das rechte Mittel finden, um, ohne Gewaltmassregeln, von den Unternehmern zu erlangen, was diese den aufbegehrenden Männern verweigern. Und wirklich starke, leistungsfähige, weibliche Organisationen werden durch ihre geschulten, selbstbewussten Mitglieder einen solchen Einfluss auf die gesamte Frauenwelt der Arbeiterklasse erlangen, dass sie durch diese auch die Männer in der Hand haben werden. Dann wird die geeinte starke Frauenwelt, mit den Männern im Rücken, Reformen unschwer erlangen, nach denen die Männer, allein vergeblich, trachteten. Odysseus kommt noch heute weiter, als Ajax. Alles dies ist nicht nur möglich, sondern höchst wahrscheinlich, wenn — wenn die Arbeiterinnen anders wären, als sie sind. Mit abgehetzten, erschöpften, in geisttötendem Einerlei stumpf gewordenen Frauen, und das sind unsere Arbeiterinnen, lässt sich eine solche verlockend geplante Organisation nicht erreichen.«

Dieses Bekenntnis einer Jesuitenschülerin ist zugleich das treffendste Argument gegen die Sonderorganisation oder -schulung der Arbeiterinnen. Fast möchte man es als einen Glücksumstand für die Arbeiterinnen ansehen, dass man im Zentrumslager so fest von der Stumpfheit der weiblichen Arbeiterschaft überzeugt ist; im anderen Falle also würde man sich der Mühe unterziehen, sie zum Widerstand gegen die um ihre Menschenrechte kämpfenden Arbeiter zu drillen. Man würde die niedrigen Instinkte zu entwickeln versuchen, um mit deren Hilfe *Reformen* zu erreichen, die den weiteren Kampf der Arbeiterschaft erschweren oder unmöglich machen sollen.

Nach den Aussagen der Zentrumsanhängerin sind also Arbeiterinnen, welche sich das Zentrum als Hort und Stütze wählen, zu stumpf und völlig unselbständig, als dass man mit ihnen allein irgend welche grossen Probleme lösen könnte. Jedoch, das trifft eben nur auf die rückständigen Elemente zu, die gewöhnt sind, sich führen und leiten zu lassen, auch wenn es zum eigenen Schaden wäre. Die intelligenten und denkfähigen wenden sich anderen Organisationen zu, die die Arbeiter dahin aufklären, dass sie nur durch gemeinsame Selbsthilfe Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage erwarten können. Und dass auch bei den Arbeiterinnen die Zahl der intelligenteren überwiegt, das zeigen die Zahlen der in den verschiedenen Vereinigungen organisierten weiblichen Mitglieder. Bei den freien Gewerkschaften ist ihre Zahl auf 58 000 gestiegen, während sich den christlichen 7624 und den Hirsch-Dunckerschen bisher nur 1160 anschlossen. Mit der Befürwortung, dass man in einem Frauengewerkschaftsbund allen Ar-

beiterinnen freie Wahl lasse, welcher Richtung sie sich zuwenden wollten, ist auch zugegeben, dass man diese drei Richtungen von seiten der Frauenrechtlerinnen als gleichwertige ansieht. Es dürfte jedoch nicht allzuschwer sein, die grossen Unterschiede herauszufinden, die ja auch die trennenden Momente eben der drei bilden. Bei der christlichen Richtung bedarf es vielleicht keiner tiefgründigen Deduktion, um darzutun, was ihr als Hauptaufgabe vorschwebt. Nicht die wirtschaftliche Hebung der Arbeitenden und ihre geistige Aufklärung ist es, sondern das Streben, sie der einen oder anderen Religion zu erhalten, sie dem Kapital versöhnend zu stimmen und möglichst jeden Kampf mit diesem zu vermeiden. Das wird ja so klar von jener Zentrumsanhängerin ausgesprochen: die wirtschaftlichen Kämpfe würden vermieden werden, könnte man die List der Frau gegen den Mann ausspielen; dann hätte man die Arbeiter in der Hand, um sie zu formen als Mittel zur Erhaltung des Klassenstaates, zur Bekämpfung des *Umsturzes*. Wir dürfen annehmen, dass diese deutliche Sprache die Urteilsfähigen belehrt, wohin die Arbeiterinnen kämen, wollten sie sich der christlichen Richtung anschliessen. Und was die Hirsch-Dunckersche betrifft: wer will uns glauben machen, dass die Gewerkvereine, die, ihrem Statut entsprechend, jedes neu eintretende Mitglied auf sein politisches Glaubensbekenntnis hin prüfen und davon die Aufnahme abhängig machen, den selben Wert haben für die Arbeiterinnen, wie die Kampforganisationen der freien Gewerkschaften? Jene erstreben die Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, diese erklären ein harmonisches Verhältnis für unmöglich, solange die Unternehmer ihren Nebenmenschen nur als Mittel zum Zweck, zur Erlangung eigenen Reichtums ausnutzen; darum bekämpfen sie die heutige Produktionsform. Man kann tolerant sein, aber nicht gegensätzliche Richtungen und Elemente zu gleichem Tun vereinen und fördern wollen. Wäre es zum Beispiel nicht sehr merkwürdig, wenn Bekenner aller Religionen eine gemeinsame Zentralstelle für religiöse Propaganda errichten wollten? Die *freie Wahl*, der wir gewiss im weitesten Sinne das Wort reden, dürfte bei der Gründung eines Frauengewerkschaftsbundes eine Gefahr für diesen selbst werden. Der Bund soll der eingehenderen Aufklärung der Arbeiterinnen dienen; in welchen Bahnen soll diese sich bewegen, wenn die Führerinnen des Bundes selbst jede eine andere individuelle Überzeugung haben?

Die von den Sonderbundspropagandistinnen angeführte Tatsache, dass auf Kongressen und sonstigen grossen Veranstaltungen immer nur verhältnismässig wenige weibliche Delegierte erscheinen und die Arbeiterinnen allgemein seltener das Wort ergreifen, scheint mir ihre ganz natürliche Ursache in der geringen Zahl der organisierten Arbeiterinnen zu haben. Denn in den freien Gewerkschaften, bei denen wir deren weitaus grössten Teil finden, verschwinden diese 58000 eben doch unter 1½ Millionen Organisierter. Dass eine kleine, weniger vorgeschrittene Minderheit sich stets schüchterner hervorwagt, ist eine bekannte Tatsache, die hier keiner Erklärung bedarf. Die Frauen treten allgemein im öffentlichen Leben noch nicht besonders hervor, warum sollte gerade die Arbeiterin hier eine besondere Fortgeschrittenheit aufweisen?

Wir vermögen auch nicht einzusehen, dass die Verkürzung des Arbeitstages eine die Arbeiterinnen speziell berührende Frage ist, die man gesondert von den männlichen Kollegen beraten müsse. Wir sind der Überzeugung, dass der gemeinsame Kampf um den Achtstundentag die beste Propagierung der verkürzten

Arbeitszeit ist. Es handelt sich nicht allein um das Wohl der Arbeiterin, sondern um das Wohl des Ganzen, der Gesamtarbeiterschaft, der Familien, und man übersieht, dass die Verkürzung der Arbeitszeit des einen Teils notwendig die Verkürzung der Arbeitszeit des anderen Teils im Gefolge haben muss. Mit diesem Sonderstreben für die Arbeiterinnen könnten wir höchstens erreichen, was jetzt schon vielfach zutrifft, dass nämlich die Arbeitszeit für Arbeiterinnen mit dem Elfstundentag eine viel längere ist, als die der meisten männlichen Arbeiter, welche sich durch starke Organisation einen 9- bis 9½stündigen Arbeitstag errungen haben. Der gesetzliche Elfstundentag für weibliche Arbeiter ist ein sehr starkes Hindernis, für Arbeiterinnen eine weitere Verkürzung zu erreichen. Gerade dieser Widerspruch ist ein Beweis mehr für die Wichtigkeit gemeinsamer Beratung innerhalb der gemeinsamen Organisation.

Wenn man gar als notwendigen Beratungsgegenstand für einen Arbeiterinnenbund die Herbeiführung der Vereinheitlichung der Versicherungsgesetze anführt, so haben wir dazu nur zu sagen, dass für die Arbeiterklasse nicht die Vereinheitlichung die Hauptsache ist, sondern die Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung, ein gewisses Aufsichtsrecht bei der Anwendung und Ausführung der Gesetze. Gewisse Kreise scheinen aber gerade gelegentlich jener geplanten Vereinheitlichung den Versuch machen zu wollen, diese Mitbeteiligung der Arbeiter an der Verwaltung zu beseitigen. Von welchem unheilvollen Einfluss auf die weitere Gestaltung könnte hier die grosse Zahl der falsch belehrten Arbeiterinnen sein, die, in Verkennung der tatsächlichen Sachlage, ihre Stimme für jene Konzentrierung in die Wagschale legten und damit die teilweise Selbstverwaltung der Arbeiterschaft preisgäben!

Und nun zuletzt: Was kann eine Sonderorganisation, wie die der Heimarbeiterinnen oder der im *Kaufmännischen Verband für Handelsangestellte* Vereinigten, allein schaffen? Wir hatten bisher nur den Eindruck, dass ein Verband, wie der letztgenannte, wahrhaftig nicht geeignet sei, selbständige Persönlichkeiten zu erziehen; sind in ihm doch die Prinzipale die Wortführer! Das Elend im Handelsgewerbe wird durch diesen Verband nicht aus der Welt geschafft. Wardort erreicht wurde, sind kleine Reformen, welche aber häufig genug nicht zur Durchführung gelangen. Im übrigen erwächst nur den Prinzipalen der Nutzen, besser geschultes Personal zu Schundlöhnen zu erhalten. Anders wird es erst werden, wenn Gehilfen und Gehilfinnen **gemeinsam** für Besserstellung eintreten, wie es im Handlungsgehilfenverband jetzt schon geschieht. Und ähnlich verhält es sich mit den Heimarbeiterinnen, die getrennt von den Fabrikarbeitern des selben Berufs organisiert werden. Eine enge Verbindung zwischen beiden Kategorieen ist nötig, im Interesse beider, um annähernd gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben und erreichen zu können. Jede Absonderung von einander erschwert ihre Verständigung oder macht sie ganz unmöglich.

Jede Sonderorganisation birgt die Gefahr in sich, dass man eine Organisation gegen die andere ausspielen kann, wenn zwischen beiden nicht engste Fühlung besteht oder aus einem Missverständnis heraus eine Verstimmung irgend welcher Art vorhanden ist. Weder ausschliessliche Arbeiterinnenvereinigungen, noch konfessionelle oder nationale Gewerkschaften oder *Harmonievereine* mit bürgerlichen Führerinnen an der Spitze können den Arbeiterinnen die nötige Schulung garantieren. Die gemeinsame Arbeit von Mann und Frau, gemeinsame Leiden

durch Unterdrückung und Rechtsschmälerung bedingen auch die gemeinsame Beratung und Schulung für den Klassenkampf. Wie aber können Verteidigerinnen des Klassenstaates Klassenstaatbekämpferinnen erziehen? Der dringende Wunsch nach Gründung von Sonderorganisationen lässt fast den Verdacht zu, dass im Hintergrunde noch ein anderes Streben vorhanden ist, nämlich das, einen bestimmenden Einfluss auf die Arbeiterinnen zu gewinnen, der bei gemeinsamer Organisation mit den Männern unmöglich ist. Den Untergrund aller dieser und ähnlicher Bestrebungen bildet gewöhnlich die offene oder versteckte Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie und gegen das Verlangen der organisierten Arbeiter, die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung zu erreichen. Dass dieses Streben aber nur auf die freien Gewerkschaften zutrifft, ist nicht ihre Schuld. Dass es bei ihnen ganz zutrifft, ist ihr Verdienst und zugleich auch der Grund für alle gegnerischen Quertreibereien.

Was den Arbeiterinnen an Schulung für dieses Streben fehlt, das werden sie lernen innerhalb, und nicht ausserhalb der Gewerkschaften. Die Lehrkurse, die von den Gewerkschaften eingerichtet und im September dieses Jahres eröffnet werden sollen, stehen Arbeitern, wie Arbeiterinnen offen und dürften die geeignetste Stätte sein, um Klassenkämpfer zu erziehen. Gemeinsame Arbeit bedingt gemeinsame Organisation, die frei ist von jeder Bevormundung, und ferner gemeinsame und einheitliche Schulung für den wirtschaftlichen und den politischen Kampf; das nur ist es, was wir für die Arbeiterinnen zu erstreben haben. Die Interessen aller, auch der rückständigen und willensschwächeren Arbeiterinnen sind am besten gewahrt in den freien Gewerkschaften.

XX

RICHARD WAGNER · GLOSSEN ZUM POSTETAT

IN der diesjährigen Beratung des Postetats beschäftigte man sich fast ausschliesslich mit der Personalfrage. Der Staatssekretär des Reichspostamts, Herr Kraetke, wurde dabei von den Vertretern aller Parteien gar sanft angefasst, obwohl er im neuen Etat eine Aufbesserung der in den unteren Stufen ganz ungenügenden Unterbeamtengehälter nicht vorgesehen hatte und sich gegen verschiedene Eingriffe in die staatsbürgerlichen Rechte seiner Beamten verteidigen musste. Aber die Majorität stand seinem Einwande, dass er zur selben Zeit, wo die Steuerkommission sich abmühe, einige Hundert neuer Millionen zur Deckung der Flottenverstärkung aufzubringen, nicht die Überschüsse der Postverwaltung zu gunsten des Personals um viele Millionen schmälern könne, ziemlich wehrlos gegenüber, während der Hinweis auf den Generalstreik der Post- und Telegraphenbeamten in Russland zu genügen schien, um sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, den deutschen Postbeamten gesetzlich und verfassungsmässig garantierte Rechte vorzuenthalten. So lau auch die Debatte war, so glücklich sich auch der Staatssekretär aus der Diskussion herauszog, er hat doch den Eindruck nicht verwischen können, dass innerhalb der Reichspostverwaltung in mancher Beziehung merkwürdige Zustände existieren, und dass der moderne Geist, der angeblich das Reichsverkehrsinstitut durchwehen soll, eigentlich recht altertümlich aussieht. Wer allerdings, wie zum Beispiel die Zentrumsabgeordneten, es für ganz in der Ordnung hält, dass die Dienststundenzahl der schlechter

bezahlten Unterbeamten bedeutend länger ist, als die der besser bezahlten Beamten, kann das Unbegreifliche begreiflich finden.

Ich erinnere mich, dass ich im Jahre 1889 als Posteleve bei dem Postamt in Giessen im Packkammerdienst, mit dem all- 4 Tage ein 12stündiger, überaus anstrengender Nachtdienst verbunden war, wöchentlich 70 Stunden Dienst zu leisten hatte, das waren also mit Ausschluss des Sonntags fast 12 Stunden täglich. Wieviel Dienststunden damals die Unterbeamten der Packkammer hatten, ist mir nicht mehr gegenwärtig; doch weiss ich noch, dass ihre Dienststundenzahl erheblich länger war, als die der Beamten. Inzwischen haben sich die Verhältnisse für die Beamten wesentlich gebessert. Als ich im Jahre 1895 als Beauftragter der Oberpostdirektion Darmstadt die für das Postamt in Giessen erforderliche Beamtenzahl festzustellen hatte, legte ich der Berechnung eine wöchentliche Leistung von 54 Dienststunden zu Grunde. Der Neunstundentag ist denn auch bisher als Normalleistung für die Beamten im Betriebsdienste angesehen worden, während man die Beamten im Bureaudienste der Oberpostdirektionen nur 42, höchstens 48 Stunden wöchentlich arbeiten lässt. Da die Beamten im Betriebsdienste — wie ich mich in einer 14jährigen Postdienstzeit, in der ich in allen Zweigen des Postdienstes beschäftigt war, persönlich überzeugen konnte — unvergleichlich mehr angestrengt sind, als die Beamten im Bureaudienste der Oberpostdirektionen, sollte man eigentlich das umgekehrte Verhältnis bei der Ausmessung der Dienststundenzahl erwarten. Aber die Beamten im Betriebsdienste der Postämter sind vornehmlich Assistenten, die im Bureaudienste der Oberpostdirektionen dagegen vornehmlich Oberpraktikanten. Auch hier ist der Grundsatz massgebend gewesen, dass der Beamte mit höherem Rang und besserer Bezahlung weniger angestrengt werden dürfte, als der mit niedrigerem Rang und schlechterer Bezahlung. Eine wunderliche Logik; aber, wie es scheint, für die preussisch-deutsche Beamtenhierarchie unanfechtbar.

Während für die Assistenten wenigstens der Neunstundentag anerkannt worden ist, müssen die Unterbeamten noch immer ihre 60 bis 69 Stunden wöchentlich arbeiten. Dabei gibt die Statistik — der jeder Postbeamte, weil er weiss, wie solche Statistiken gemacht werden, nur sehr bedingt Glauben schenkt — selbst zu, dass auch das Mass von 69 Stunden noch überschritten wird. Man dürfte die Verhältnisse noch günstig ansehen, wenn man annimmt, dass die Postunterbeamten im grossen ganzen den Elfstundentag haben, also täglich 2 Stunden, wöchentlich 12 Stunden, jährlich 600 Stunden mehr Dienst tun müssen, als die meistbeschäftigten Beamten. Nun ist aber der Unterbeamtendienst, der in den gehobenen Stellen gewisse Zweige des Beamtendienstes übernommen hat, in der Hauptsache durchaus nicht leichter, als der Beamtendienst, meistens aber noch viel anstrengender. In der Packkammer zum Beispiel ist der Unterbeamte der verantwortliche, ja sozusagen der kommandierende Teil. Der Beamte ist hier eigentlich nur der Schreiber des Unterbeamten. Jeder an ein fremdes Postamt neu versetzte Beamte muss sich, wenn er in der Packkammer beschäftigt wird, von dem Unterbeamten *anlernen* lassen.

Überhaupt sind in vielen Zweigen des technischen Postdienstes die Unterbeamten die Lehrmeister der Beamten. Ein Beamter, der zu einem Bahnpostamt versetzt wird, kann beispielsweise bei den Fahrten im Bahnpostwagen, wenn ihm keine anderen Beamten zur Seite stehen, der Hilfe eines gut ein-

gefahrenen Bahnpostschaffners gar nicht entraten. Dieser ist ihm als lebendiges Geographielexikon ganz unentbehrlich. Ebenso würde in den Briefpostexpeditionen alles drunter und drüber gehen, wenn dort nicht alte, erfahrene Unterbeamte die Mahner bei der Zeiteinhaltung machten und beim Einpacken der Sendungen in die Säcke die Arbeit der jüngeren Beamten stillschweigend einer Kontrolle unterzögen. Die Unterbeamten werden eben selten, die Beamten häufig versetzt, und jede Versetzung macht ein oft recht mühsames Einlernen in neue Verhältnisse erforderlich. Auch bei der Paketannahme ist der Unterbeamte die Hauptperson. Der Beamte würde schliesslich durch eine mechanische Schreibmaschine zu ersetzen sein. Noch auffallender ist das Verhältnis im Bahnpostdienst. Der Bahnpostbeamte sortiert nämlich nur die Briefe; der Bahnpostschaffner hat in den sogenannten *Schaffnerbahnposten* den ganzen Dienst allein zu versehen. Er ist hier gleichzeitig Beamter und Unterbeamter. Ich bin in den Jahren 1893 und 1894 auf den Strecken des Bahnpostamtes 28 in Constanz als Bahnpostbeamter gefahren und konnte die Erfahrung machen, dass jeder dort beschäftigte Unterbeamte den Dienst der Beamten tadellos hätte versehen können, dass es dagegen den Beamten doch gar sauer geworden wäre, wenn sie einmal den Unterbeamtendienst hätten verrichten sollen. So ist es auch bei der sogenannten *Geldausgabe*. Der Beamte, der am Schalter die Beträge auf Postanweisungen auszahlt, tut genau das selbe, wie der Geldbriefträger. Der Beamte sitzt aber ruhig hinterm Schalter, während der Unterbeamte die ganze Stadt durchlaufen muss. Der Landbriefträger nun gar ist, wie ihn die Postverwaltung selbst nennt, eine wandelnde Postanstalt, er bestellt Sendungen jeder Art und nimmt Sendungen jeder Art in Empfang, er verkauft Wertzeichen jeder Art, selbst Invalidenmarken, und zahlt sogar die Invaliden- und Unfallrenten an die Landbewohner aus. Dabei hat er täglich einen Marsch von 26 bis 28 Kilometern zurückzulegen.

Nach alledem lassen sich dafür, dass man den Unterbeamten jährlich 600 Stunden mehr Dienst tun lässt, als den Beamten, Gründe nicht geltend machen. Ein Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit lässt sich hierbei ebenfalls nicht konstatieren, da geistige und körperliche Arbeit im technischen Postdienste so in einander fliessen, dass keine Beamtenarbeit ohne körperliche, keine Unterbeamtenarbeit ohne geistige Anstrengung ist. Von mechanischem Arbeiten kann überhaupt im technischen Postdienste nicht die Rede sein, da er ein ausserordentlich scharfes Aufpassen, eine peinliche Zeiteinhaltung u. s. w. erfordert und dadurch auf Beamte und Unterbeamte gleich nervenzerrüttend wirkt. Der Bureaudienst dagegen, der mit der geringsten Stundenzahl bedacht ist, entbehrt nicht einer gewissen Gemütlichkeit und fliesst sanft und ruhig dahin.

Ist schon die verschiedene Zumessung der Dienststundenzahl eine Ungerechtigkeit, so ist die komplizierte Rang- und Gehaltsverschiedenheit noch unbegreiflicher. Die Tätigkeit des der Assistentenklasse angehörigen Postverwalters ist genau die selbe, wie die des Postmeisters, der im Range der Obersekretäre steht. Und die Tätigkeit des Postdirektors eines kleineren Postamtes erster Klasse ist in keinem Punkte schwieriger, als die eines Postmeisters. Bei grösseren Postämtern hat der Postdirektor vor dem Postmeister sogar noch das voraus, dass dieser nebenbei die Hauptkasse führen muss, während jenem hierzu ein Postinspektor gestellt wird. Allerdings müsste der Vorsteher eines

grossen Postamtes einen weiteren praktischen Blick besitzen, als der eine-kleinen; aber diesen praktischen Blick verleiht nur die Praxis und kein Examen. Es ist auffallend, wieviel vorzügliche Praktiker unter den Postverwaltern und Postmeistern, wie wenige dagegen unter den Postdirektoren zu finden sind. Ich habe unter den vielen Postdirektoren, die ich dienstlich kennen lernte, nur einen tüchtigen Praktiker, ein wirklich organisatorisches Talent gefunden; dieser aber war aus der Thurn- und Taxisschen Verwaltung übernommen, hatte nur die Volksschule besucht und sich seine schriftliche Fertigkeit vor Eintritt in den Postdienst als Lohnschreiber bei einem Steuereinnahmer erworben.

Während die Reichspostverwaltung, wenn sie nur praktische Erwägungen gelten liesse, eigentlich zur Aufhebung der die Beamtenschaft spaltenden Schranken kommen müsste, hat sie im Gegenteil diese Schranken vertieft und die Praktikanten schon durch äussere Titelgebung vollständig von den Assistenten und Sekretären geschieden. Die Praktikanten werden bei der Post gewissermassen als geborene Gesetzgeber, ihr Maturitätsexamen als eine Art göttliche Begnadigung betrachtet, was zur Folge hat, dass aus den massgebenden Stellen immer mehr der praktische Geist verschwindet und einem ungelenkten Bürokratismus Platz macht, während die Kollegialität der Postbeamtenschaft durch den Assessorismus der meist reserveleutnantlichen Praktikanten, Oberpraktikanten u. s. w. vollständig zerrissen wird. Doch nicht genug damit, auch die Assistentenschaft ist auseinandergerissen worden. Wenn nun einmal den Rang- und Titelvorrurteilen Konzessionen gemacht werden mussten, so hatte man doch einfacherweise die Assistenten nach Abdieneung einiger Jahre in die Rang- und Gehaltsklasse der Sekretäre aufrücken lassen sollen. Die Sekretäre werden nämlich im grossen ganzen genau so beschäftigt, wie die Assistenten. Ich bin in Stellen beschäftigt gewesen, in denen Sekretäre, Assistenten, Gehilfen und Praktikanten genau den selben Dienst versahen. In Hanau wurde noch im Jahre 1903 in einer Obersekretärstelle ein Assistent beschäftigt, während ein alter Sekretär unter der Aufsicht dieses Assistenten arbeitete. Die Stelle eines Oberpraktikanten, die ich dort inne hatte, wurde, wenn ich erkrankt oder in Urlaub war, von einem Assistenten verwaltet. Wenn man jetzt die Beförderung der Assistenten zu Sekretären von dem Bestehen eines Examens abhängig macht, so verlangt man also von ihnen, dass sie die Befähigung zu einem Dienste nachweisen, den sie schon Jahre lang versehen haben. Das Sekretar-examen ist ein bürokratisches Monstrum, das nur dann einen Sinn hat, wenn es die Postverwaltung dazu benutzt, die gut Angeschriebenen von den minder Beliebten zu sondern, es ist eine maskierte Zuchtrute für das Assistententum; denn, da in diesem Examen nicht Dinge geprüft werden, die ein Sekretär wissen muss, sondern knifflige Doktorfragen, die in Wirklichkeit kaum vorkommen, aber eine aufreibende Einpaukerey erfordern, hat es die Postverwaltung ganz in der Hand, die Prüflinge nach ihrem Gutdünken bestehen oder durchfallen zu lassen. Es ist ein höchst überflüssiges Sieb, das den Assistenten aus der versprochenen Wohltat zu einem gewiss von ihnen nicht gewollten Disziplinierungsmittel für die nach Meinung der Verwaltung nicht ganz gesinnungstüchtigen Elemente geworden ist.

In der Debatte über die Postpersonalverhältnisse wurde ganz besonders der Postboten und Landbriefträger gedacht. Der Staatssekretär gab es selbst zu, dass ein Unterbeamter im Westen 8 bis 9, im Osten 14 bis 15 Jahre Postbote und

Landbriefträger sein muss, bis er als Postschaffner mit einem bei bescheidenen Verhältnissen halbwegs ausreichenden Einkommen angestellt wird. Der Anwärter für den Unterbeamtendienst ist durchschnittlich 23 Jahre alt, er wird also im Westen 32, im Osten 38 Jahre alt, bis er zum Postschaffner avanciert. Der Postbote erhält ein nach dem Dienstalder und den Teuerungsverhältnissen von 1,80 bis 2,70 Mark steigendes Tagegeld. Er hat also 8 bis 9 oder gar 14 bis 15 Jahre — auch der Landbriefträger erhält nicht mehr, als der Postbote — für einen Wochenlohn von durchschnittlich 17 bis 18 Mark zu dienen, was bei wöchentlich 66 Dienststunden einen Stundenlohn von 27 Pfennig darstellt, einen Hungerlohn, den das Unternehmertum kaum noch den Heimarbeitern zu zahlen wagt. Dass der Postbote, dessen Dienst übrigens von dem der angestellten Briefträger und Schaffner gar nicht verschieden ist, mit 27 Pfennig Stundenlohn keine Familie ernähren kann, liegt auf der Hand. Im Oberpostdirektionsbezirk Cassel hat man denn auch — wenigstens war es in den Jahren 1900 und 1901 der Fall — die neu angenommenen Postboten auf das Zölibat verpflichtet und sie einen Revers unterschreiben lassen, in dem sie sich damit einverstanden erklärten, dass sie aus dem Dienste entlassen würden, wenn sie sich einfallen lassen sollten, während ihrer Postbotenzeit zu heiraten. Ich war als Oberpostdirektionssekretär damals selbst mit der Annahme der Postboten betraut, spreche also aus eigener Erfahrung.

Der Staatssekretär des Reichspostamts hat in der Debatte über den Postetat jedem Wunsch der Abgeordneten auf Gehaltserhöhung oder Tarifverbilligung die Rechnung der dann aus dem Überschuss fortfallenden Millionen entgegengestellt und Ersatz verlangt, wenn der Reichstag darauf bestehe, dass er solchen Wünschen entgegenkomme. Der Abgeordnete Kaempf bemerkte treffend, dass die 62 Millionen Überschuss eigentlich nichts weiter seien, als eine dem Verkehr auferlegte Steuer. Wenn man die jämmerliche Entlohnung der Postboten sieht, die im Vergleich mit den sonst üblichen Stundenlöhnen 8 bis 9 oder gar 14 bis 15 Jahre fast nur die Hälfte von dem ihrer Leistung zukommenden Lohne erhalten, könnte man sogar sagen, dass die Überschüsse der Postverwaltung zu einem grossen Teil durch eine den schlechtest bezahlten Unterbeamten auferlegte Kopfsteuer aufgebracht werden.

Die Postboten sind aber noch immer nicht die untersten Postproletarier, unter ihnen stehen noch die Postillone und die Posthilfsboten. Herr Kraetke hat sich zwar im Reichstage eingehend über die *gute* Bezahlung (2,50 Mark pro Tag) der Postillone ausgelassen, aber er meinte damit nur die Postillone der reichseigenen Posthalterei in Berlin. Reichseigene Posthaltereien sind indessen überaus selten. Im allgemeinen sind die Posthaltereien an Privatunternehmer vergeben, die Postverwaltung schreibt diesen nur die Zahlung eines Tagegeldes von 2 Mark an die Postillone vor und bekümmert sich nicht im geringsten darum, wie lange der Posthalter die Postillone für diese 2 Mark arbeiten lässt. Dass ein Postillon von morgens 5 bis nachts 10 Uhr Tag für Tag auf dem Bocke sitzt, ist nach meiner persönlichen Erfahrung etwas ganz Alltägliches. Die in der Reichstagsdebatte gefallene Bemerkung, dass Postillone wöchentlich 80 Dienststunden hätten, erscheint mir deshalb durchaus glaubhaft.

Nicht an Überlastung mit Dienst, wohl aber an Mangel an Lohn leiden die Posthilfsboten, die sich fast noch schlechter stehen, als die Postillone. Diese Posthilfsboten gelten als nicht voll beschäftigt, weil sie 5 bis 7 Stunden täglich

Linie. Dieses durch und durch problematische Geschlecht umfasst und stellt die Spätlinge der deutschen Bourgeoisie dar, die Nachfahren der Achtundvierziger, deren Dichten und Trachten nach einer schwarz-rot-goldenen Reichseinheit seinen zureichendsten Ausdruck auf den Märzbarrikaden gefunden hatte, deren Enkel aber, mit der ganzen ererbten Ideologie ballenweise belastet, gerade noch Blut und Glut genug im Leibe hatten, um eine Revolution in der Literatur anzustreben. Allerdings schoss ihr Radikalismus seine Pfeile weiter, nach einer grossen kulturellen Revolution — sie erwarteten wohl alles erst von einer *absoluten Umstülpung aller Verhältnisse*, doch die sollte nicht als ein Ausfluss oder eher ein Ausbruch der am Horizont gewitternden sozialen Fragen daherkommen, sondern ihre Lösung nur gerade so mit umspannen. Denn unheilbare Ideologen waren all diese Stürmer und Dränger, die in sehr einseitiger Weise die gesamte Umwelt auf ihr eigenes gigantisch gerecktes und doch so winziges Ich bezogen, im besten Fall ihr Ich mit dem Welt-Ich zu identifizieren suchten und darum ein rechtes Verhältnis zur Wirklichkeit nicht gewinnen konnten. Weil ihr ausgesprochener und bisher noch nicht dagewesener Wirklichkeitssinn ihnen nur erlaubte, das Auge auf Einzelheiten und immer wieder auf das Detail einzustellen, kamen sie fast ausnahmslos über das Negative nicht hinaus, blieb die Analyse ihr eigentliches Feld, und die Synthese ihnen unerreichbar fern.

Als die meisten dieser gärenden Köpfe zum Bewusstsein erwachten, war die Reichseinheit schon seit einem guten Dutzend Jahre in Erfüllung gegangen, aber damit nicht der blondgelockte und blauäugige Kyffhäusertraum vom germanischen Imperium verwirklicht, das Frieden nach aussen und Eintracht nach innen mit ehernen Klammern zusammenhalten sollte. Das Geschlecht, das selber die Muskete nach Frankreich hineingeschleppt hatte, konstatierte das weniger, als das nachfolgende, in dessen Knabenträume die Siegesdepeschen von Metz und Sedan und Paris fanfarengleich geschmettert hatten, und dem nun der Bart ums Kinn spross, als die Gründerkrachs schreckhafte Detonationen im Entwicklungsprozess des Kapitalismus markierten. Und staunen musste dieses junge Geschlecht sehen, wie es mit der Eintracht und Einheit nicht weit her war, wie die durch die fünf Milliarden losgebundenen kapitalistischen Energien die Klassenscheidung und Klassenfeindschaft innerhalb der Nation stets gegensätzlicher zu Tage treten liessen, wie die ganze Zeitlage nur äusserlich glänzend und krafttaumelnd war, innerlich aber mit schweren Kontrasten und sich aus ihnen ergebenden Konflikten schwanger ging. Vor allem drängte sich ihnen die Tatsache auf, dass das Bürgertum, der kleine Mittelstand, aus dem sie fast alle herausgewachsen waren, zwischen zwei Reibflächen geraten und unrettbar verloren war. Aber in die Gehirnwindungen dieser ebenso ideologisch, wie idealistisch veranlagten Jünglinge bohrte sich das *maskierte Zersetzungsleud* des Kleinbürgertums nach Gemässheit seiner geistigen oberflächlichen Erscheinungsformen; die politische und kulturelle Verlotterung ihrer Klasse wurden sie wohl gewahr, ohne sie doch einzig und ausschliesslich auf die Stellung des Bürgertums eben als Klasse zurückzuführen, ohne überhaupt einen Begriff von dem Wort *Klasse* zu haben als einer völkischen Schicht, der im wirtschaftlichen Produktionsprozess eine besondere Aufgabe zugefallen ist. Weil ihnen eben der Einblick in die wirtschaftlichen Grundformen fehlte, konnten sie auch den soziologischen und kulturellen Sinn der Arbeiterbewegung

nicht in ihrem vollen Umfange erfassen. Momente rein ausserlicher Natur mögen da mitgesprochen haben, etwa, dass die Form, in der die durch Sozialistengesetz und Polizeischikanen scheinbar niedergehaltene Sozialdemokratie in die Erscheinung trat, dem Machthunger und auch dem ästhetischen Empfinden dieses Geschlechts nicht Genüge leisten konnte, aber andererseits ist es sicher, dass ihre ideologische Voreingenommenheit sie niemals zu einem klaren Erkennen der ökonomischen Gesamtlage zuließ, dass sich ihnen deshalb nie die wahre Bedeutung des Proletariats erschloss, mochten sie dem Herzen nach sich noch so sehr mit den sozialistischen Bestrebungen im Einklang fühlen. Dass dies der Fall war, bewiesen die Romane und Gedichte, in denen sich die sozialen Probleme nur so häuften. Doch samt und sonders waren sie nicht von innen, sondern von aussen aufgefasst, vom Mitleidsstandpunkt aus gelöst oder beweint.

Von ihrer bürgerlichen Klasse hätten diese Menschen sich gern losgesagt, aber gerade die Untergangssymptome, die sie selbst nur in mehr vergeistigter Gestalt aufwiesen, schmiedeten sie unlöslich an die Bourgeoisie fest. Und weil sie auf der anderen Seite die Morgenluft witterten, die ihnen in reinen Schwaden aus der aufsteigenden Arbeiterklasse entgegenblies, und doch nicht loskonnten, prägte sich an ihnen am schroffsten die Lage der mittleren Bourgeoisie aus, das Hangen und Bangen zwischen zwei Klassen, das *Nicht-wahr-Wissen*, der Übergangscharakter, der Untergangscharakter! So fahren sie denn in die Welt hinaus, als echte ideologische Deutsche, als echte Nachfahren der Achtundvierziger mit grossem titanischen Willen, dem die Kraft nicht zureicht, Wind und Ideale in den Segeln, und strecken in wilden Sehnsüchten die Arme aus nach fern schimmernden Sonnenküsten, die sie nie erreichen können. Und versinken früh mit einem wehen, irren Gelächter . . . Die nachfolgende Generation hat auch bereits den Willen verloren, die Sehnsuchte vergessen und verabscheut selbst das Suchen, das Tasten, das Kämpfen, das diesem gezeichneten Zeittypus eignet.

Dieser Zeittypus ist allerdings nicht erschöpft, wenn man eine Handvoll Namen aus der Literaturgeschichte jener Tage herausgreift. Er ist nicht begrenzt durch die Schar, die sich enger an Conradi anschloss, nicht durch die jungen Literaten, die unter seiner und Wilhelm Arents Führung im Spätjahr 1884 die *Modernen Dichtercharaktere* herausgaben, nicht durch alle, die mit wildem Kriegsgeheul der Moderne präludierten. Der Geist, der den besonders und merkbar hervortretenden Köpfen Leuchtkraft spendete, glomm auch in all denen, die dunkel im Dunkel geblieben, einsam verdorben und gestorben sind oder, was schlimmer, aller Problematik entsagten und heute als behagliche, würdevolle Herren unter uns wandeln. Aber alle Elemente, die den jeweils charakteristischen Zug des einzelnen ausmachten, vereinigte Hermann Conradi; die verstreut schwingenden Klänge hatten sich bei ihm zum einheitlichsten, machtvollsten und darum auch künstlerisch wertvollsten Rhythmus gebunden. Conradi ist der berufene Repräsentant der ganzen Generation.

Sein äusserer Lebensgang schmiegte sich eng seiner inneren Struktur an. Philister werden urteilen und verurteilen, dass er nie über den verbummelten Studenten hinausgekommen ist. Zu Jessnitz in Anhalt erblickte er am 12. Juni 1862 das Licht einer Welt und einer Zeit, an deren Enträtselung er zu Grunde gehen sollte, verbrachte die üblichen Jahre in der Gymnasialfron in

Dessau und Magdeburg und studierte dann mit faustischem Erfasserdrang in Leipzig, München und Würzburg in vielerlei Wissenschaften herum: Philosophie, Nationalökonomie, Germanistik und Staatswissenschaften. Doch er produzierte fast mehr, als er konsumierte. Als Dreiundzwanzigjähriger gab er mit Johannes Bohne ein *Faschingsbrevier* heraus, leitete dann neben Karl Henckell die *Modernen Dichtercharaktere* mit einem Vorwort ein, in dem die Sturmglocken einer neuen Zeit läuteten. In diesem Sammelwerk traten neben den bedeutend älteren Wildenbruch und Bleibtreu lauter junge Brauseköpfe und Schwarmgeister zum erstenmal vor die Öffentlichkeit, kaum Zwanzigjährige, eine buntlappige Gesellschaft, verschieden an Talent, Charakter und Temperament, aber einig in der quälenden Unzufriedenheit mit der Gegenwart und in der Sehnsucht nach einer vollsaftigen grossen Zukunft, einig in dem Wunsch, der glänzenden äusseren Form des neuen Reichs einen gleichwertigen kulturellen Inhalt einzufügen, in dem naiven Glauben an eine germanische Zukunft und vor allem einig in dem Suchen und Tasten und Schwanken auf dem Weg nach dieser Zukunft. Charakteristisch ist, dass nur zwei dieser literarischen Revolutionäre, Arno Holz und Karl Henckell, sich annähernd in die Gefühlswelt des Sozialismus einlebten, und nur ein einziger, Georg Gradnauer, der mit messianischen Hymnen vertreten war, auf positiv sozialistischen Boden trat, der Literatur abschwor und sich als Wirklichkeitskämpfer dem sozialdemokratischen Heerbann einreichte.

Dass diese ganze Generation damals mit Haut und Haar auf dem Standpunkt der bürgerlich-ideologischen Geschichtswissenschaftler stand, die Geschichte und Menschheitsentwicklung von dem Wirken einzelner begnadeter Köpfe abhängig machen, zeigte sich vollauf, als Wilhelm I. und Friedrich III. ihren Posten an der Spitze des Reichs einem Jüngeren überliessen, einem, wie diese Stürmer glaubten, aus ihrer Generation. Da schrieb in dem unklaren Gefühl, dass nun die germanische Weltwende eintrete, Conrad Alberti seine Broschüre *Was erwartet die deutsche Kunst von Kaiser Wilhelm II.?* und Conradi die ungleich wertvollere *Wilhelm II. und die junge Generation*, eine zeitpsychologische, kritisch-analytische Studie ersten Ranges, in der er mit bemerkenswerter Selbsterkenntnis und Selbsteinschätzung es aussprach: »Der Ideologe ist das natürliche Opfer des Konflikts zwischen der Bourgeoisie und dem vierten Stand«, ohne allerdings über diese Selbsterkenntnis hinauszukommen. Kritisch-analytische Spiegelungen seiner Zeit und durchaus programmatischen Charakters waren auch die anderen Veröffentlichungen Conradi, die Skizzensammlung *Brutalitäten*, die Romane *Phrasen* und *Adam Mühsch* und die Gedichte, die er unter dem kokett klingenden Titel *Lieder eines Sünders* herausgab. Er erläuterte aber gleich in der Einführung: »Lieder eines Sünders bedeuten Lieder eines Kämpfers, der sich nicht ganz von der grenzenlosen Gemeinheit des Lebens knechten lassen wollte . . .«

Conradis Lebenswerk ist Torso, Fragment geblieben und musste Fragment bleiben. Nach einer Leitidee wollte er sein Schaffen ausbreiten, in einem gewaltigen Romanzyklus alle Probleme, die im Zeitstrom durcheinanderquirlten, ordnen und auflösen. Die *Phrasen* sollten gewissermassen ein Präludium, ein Anschlagen der Saiten darstellen, und folgen sollte eine prosaische Trilogie *Ein moderner Erlöser*, *Die Heimatlosen*, *Mein letztes Ideal* mit einem Inselgürtel kleinerer Schriften *Staub*, *Faules Holz*, *Zermalmt*, *Die*

letzte Sintflut, von denen aber nur der *Adam Mensch* erschienen ist. Dieses Buch hetzte dem körperlich schwer leidenden Dichter den sächsischen Staatsanwalt auf den Hals; wegen Gotteslästerung und Vergehens gegen die Sittlichkeit wurde er unter Anklage gestellt, aber ehe die Juristen ihr literarisches und kulturelles Unverständnis vor seinen Augen bekunden konnten, zog ein früher Tod den Schattenschleier über die oft wirren und grotesken Bilder seines überreizten, überheizten Gehirns. In Würzburg starb er, noch nicht achtundzwanzigjährig, am 8. März 1890, getreu der Rolle, die ihm das Schicksal zu spielen aufgegeben hatte, als Führer einer Übergangs- und Untergangsgeneration. Seine Freunde und Mitkämpfer schichteten reichlichen Lorbeer auf sein Grab und betrauertem sein Scheiden, das ein blühendes Schaffen mitten in der Tat abgeschnitten hätte. Doch müßig darf uns diese Klage erscheinen. Conradi hätte der Welt wenig mehr zu geben gehabt, als er getan. Als Fragmentariker, als ein Nievollender dahinzugehen, war ihm bittere Bestimmung.

Und gerade er war der letzte, der sich dessen nicht voll bewusst gewesen wäre. Die Bewusstseinsfülle, einer verbrauchten Schicht anzugehören, verstärkte und vertiefte seinen Pessimismus und Skeptizismus, ermöglichte es ihm aber auch, die geistige Wesenheit seiner Generation erschöpfend darzustellen. Berühmt sind jene Verse, in denen sich eine klare und ergebene Zukunftsschau ausspricht:

»Ich weiss — ich weiss: nur wie ein Meteor,
Der flammend kam, jach sich in Nacht verlor,
Werd' ich durch unsre Dichtung streifen!
Die Laute rauscht. Es jauchzt wie Sturmgesang.
Wie Südwind kost — es gellt wie Trommelklang
Mein Lied und wird in alle Herzen greifen . .

Dann bebt's jäh aus in schriller Dissonanz . . .
Die Blüten sind verdorrt, versprüht der Glanz —
Es streicht der Abendwind durch die Zypressen . .
Nur wen'ge weinen . . . Sie verstummen bald.
Was ich geträumt: sie geben ihm Gestalt —
Ich aber werde bald vergessen . . .«

Keiner von den anderen hat mit so sicheren Linien sein Bild und seine Bedeutung hingeworfen, wie er in diesen zwölf Zeilen. Aber noch zahlreiche Gedichte enthalten die *Lieder eines Sünders*, die eine eben so scharfe und fast visionär verklärte Selbstabrechnung in sich bergen. So jenes verzweifelnde, prometheisch sich bäumende, in dem er von »der Zeit tiefinnerstem Geheimnis« gestehen muss:

»Ich kann es fühlen — und doch nicht begreifen,
Sein Wesen spür' ich durch die Seele zittern,
Doch find' ich nicht die Lösung, die es tilgt . . .
Es schürt in mir — sein Atem sat Verderben,
Die Brandung schreit — und Stürme, sie erschüttern,
Entwurzeln mich — doch ob die Brust auch brüllt,
Nach Wahrheit, wie der Leu nach Freiheit brüllt,
Den sie gefangen hinter Eisengittern:
Die Sehnsucht meiner Seele wird doch nie gestillt . . .
Der Zeit Geschwüre kann ich nicht verwunden —
Es lasten auf mir ihre harten Sünden —
Ich bin der Sohn der Zeit — doch ach, ihr Götter! —
Ich bin ihr Sohn — doch nicht ihr Retter! . . .«

Auch formal ist dieses Gedicht bezeichnend für Conradi. In seine Lyrik drängt sich überall das philosophisch-reflektorische Element; er ist alles andere, als ein naiv und ursprünglich schaffender Dichter, wenn es ihm auch hier und da gelang, einen rein lyrischen Akkord anzustreichen und leis verzittern zu lassen. Im grossen und ganzen aber ist er lauter Pathetiker, der eine wild kyklopische Bilderwelt vor uns erstehen lässt und ähnlich, wie der nicht minder reflektierende Schiller, Wortmassen auf Wortmassen türmt, bis uns am Ende der Atem ausgeht. Man hat die um Conradi gern als Neutöner angesprochen, aber abgesehen von einer ungefügigeren Behandlung des Rhythmus ist bei Conradi wenig formales Neuland wahrzunehmen. Auch seine Romane, die im einzelnen eine prachtvolle Bildlichkeit aufweisen, in denen oft die Wortfolgen wie reife, schmelzige Früchte schwellen, sind kunstwertlich nicht, wohl aber als Memoiren, soziologisch, kulturell aufzufassen. Alles, was Conradi schrieb, ist im letzten Grunde Selbstbekenntnis, wenn wir auch die Gestalt eines Heinrich Spalding in den *Phrasen* und eines Adam Mensch in dem gleichbenamten Roman nicht ohne weiteres mit ihm identifizieren dürfen. Aber weil seine künstlerische Wesenheit als Psychometer wirkte, der auf die geheimsten Schwankungen reagieren konnte, liegt im Allerinnersten, Allerunheiligsten des Adam Mensch-Charakters doch schliesslich der Wesenskern Conradis eingeprengt.

Spätere Historiker, die sich nicht nur an dem Blinkern und Flimmern auf der Spiegelfläche erfreuen, sondern durch alles Wellengekräusel auf den Grund der achtziger Literaturbewegung schauen wollen, müssen auf den *Adam Mensch* zurückgehen. Sie können gar nicht an ihm vorbei; er ragt wie ein Markstein auf der Entwicklungslinie. Dieser Dr. Adam Mensch ist der typische Jüngstdeutsche, eine komplizierte Natur, impulsiv und reflektierend, naiv und raffiniert bis zur satanischen Erkenntnis. Von ihm aus können wir auf die ganze Generation schliessen und all das Vibrieren und Irrlichterieren, das Ringen und Vorbeigreifen ihrer Einzelglieder verstehen lernen. Wenn Conradi einen direkten Zusammenhang zwischen den *Phrasen* und dem *Adam Mensch* nicht geplant hatte, so sind doch beide Werke ein und der selben Tendenz entwachsen und organisch untrennbar verbunden. Den Pennäler und Studenten Heinrich Spalding in den *Phrasen* kann man ohne Gewissensbisse als Dr. Adam Mensch in einem früheren Werde- und Reifestadium ansprechen. Denn auch der Spalding ist typisch für die Generation.

In diesen Gebilden fluktuiert eine eigenartig zitternde Unterströmung, die später vom psychischen Naturalismus weitergeleitet wird. Jedes Gefühl wird in seine Spektralfarben zerlegt, jedem Gefühlchen bis zu den feinsten Wurzelärdchen nachgegraben. So bleibt uns von der seelischen Beschaffenheit dieses Geschlechts nichts verborgen; es steht vor uns in seiner ganzen Seelenblösse. Wir sehen die Jünglinge auf dem Gymnasium schon in deutschem Mystizismus sich mit allen Rätselfragen herumschlagen. Mit lächelnden Lippen und geschlossenen Augen springen sie dann in das eigentliche Leben, wie in den Duft eines Rosengartens, das Hirn voll purpurner Träume von all dem Grossen und Schönen und Herrlichen, das sich nun vor ihnen erschliessen soll. Aber bald gehen ihnen die Augen auf und über: sie sind in eine Welt geraten, in der sich alle Räder für das Kapital drehen, in der der einzige Götze Geschäft heisst. Diese Erkenntnis schlägt ihnen nicht die erste, aber die unheilbarste

Wunde. Trost suchen sie in der Philosophie und den Weibern; sie umklammern beides mit gleicher Inbrunst; sie zergliedern das Geheimnis des Seins noch in der parfümgeschwängerten Kambüse eines Fünfmarkmädchens. Schopenhauer und Hartmann liegen noch in der Luft, werden gierig von ihnen aufgegriffen, und in den Spelunken, vor denen einladend eine rote Laterne brennt, speien sie die letzte Ehrfurcht vor der Heiligkeit des Lebens ins Schnapsglas. Sie werden selbstbewusste und würdevolle *Neinsager*. Aber auch Nietzsche zuckt schon Blitze in ihre Köpfe hinein. Nietzsche, den man als *Ideologen des Grosskapitalismus* sicher nicht erschöpft. Denn er spiegelt schon teilweise in seinem Drang nach der Entfaltung dionysischer Lebenskräfte ein ökonomisches Gesetz, das für alles Schönheitssuchen und alle Vollmenschen-sehnsucht in der Kunst von heute eine Erklärung gibt: dass nämlich die Produktivität gesellschaftlicher Arbeitskraft sich so gesteigert hat, dass sie bei rationeller Verteilung die individuelle Entwicklung, also die *Züchtung des Übermenschen*, ermöglicht. Das schneidend Negative und vage Fabulieren nicht minder kommt bei Nietzsche, wie bei den anderen durch die Gebundenheit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hinein, die einen Ausgleich nicht gestattet, die Früchte jener höchsten Ergiebigkeit nicht reifen lassen kann. Zum Sozialismus gelangt aber die junge Generation nicht, weil sie nicht erfassen kann, dass ihr ringender Individualismus im letzten Grund nur ein immanenter Bestandteil des durch die Zeitseele schwingenden Sozialismus darstellt, dass Individualismus nur auf das Einzel-Ich zurückgestrahlter Sozialismus ist. »Ich bin Individualist — also Egoist ärgster Sorte«, faselt ein Conradischer Held einmal, »und darum vielleicht — Sozialist — der Überzukunft.« Wohl erkennen sie mit schneidender Schärfe den senilen Marasmus der Bourgeoisie, bestätigen dem Proletariat das »dämonische Recht zur Revolution«, aber Sozialisten nicht der Überzukunft, sondern der Gegenwart zu werden, sich dem als Klasse ringenden Proletariat anzuschliessen, davor haben sie einen gewaltigen Horror — als Ideologen. Der Sozialismus dünkt ihnen ein Rudimentärstes, weil das heranmarschierende Proletariat mit Kulturstoffen nicht erblich belastet ist, wie sie selbst. Sie fürchten, wie jeder Weissbierphilister, von seinem Sieg eine Kasernierung der Menschheit. Aber sie wittern das Neue, sie hören von fern das pfingstliche Brausen. Lange glauben sie in ihm die Anzeichen einer germanischen Zukunft zu verspüren — auch in den Eingangsworten zu den *Modernen Dichtercharakteren* wird schroff das nationale Element betont —, die natürlich antikapitalistisch sein soll. Und weil sie alles durch die Rassenbrille ansehen, erscheint ihnen der Kapitalismus als ein vorwiegend semitischer Faktor, und daraus resultiert ein fanatischer Antisemitismus. Doch vergebens kläffern sie ihre Schwingen zum Flug nach dieser germanischen Zukunft, sie flattern sich an den Wänden der Wirklichkeit die Flügel wund, und da dringt wohl einmal die Erkenntnis auch bei ihnen durch, wie der Zukunft Land eigentlich aussehen wird. Der Adam Mensch prophezeit einmal, aber nicht mit freudigem Zukunftsglauben, sondern düster in ein Unabwendbares starrend:

»Wir sind auf neuen Wegen zu neuen Zielen. Und doch! Wird etwas bleiben, wenn das . . . also das *Volk* losbricht? Die herrschende Generation der Zukunft erwächst dem vierten Stande. Das werden alles sehr bornierte Leute sein, aber sie werden dafür oder darum sehr gesund, sie werden sehr nüchtern sein. Überreizung, unnatürliche Überheizung werden ihnen im

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Geldmarkt

Der April begann mit einigen sensationellen Ereignissen, die nicht nur die

Berliner Börse und den deutschen Geldmarkt betrafen.

Die Diskontermassigung der Bank von England (seit 5. April $3\frac{1}{2}\%$, vorher seit dem 28. September 4%) schien allerdings eine Zeit ruhigerer Verhältnisse auf dem Leihkapitalmarkt anzukündigen. Aber der Beschluss war in London mit einer sehr knappen Mehrheit gefasst worden, weil man eine um so stärkere Inanspruchnahme des willigeren englischen Angebotes durch das Ausland mit seiner noch immer überaus lebhaften Nachfrage voraussah. Vor allem New York befand sich beim Quartalswechsel abermals in einer ausserordentlichen Geldknappheit, so dass in den ersten Aprilwochen für tägliches Geld Zinssätze von 15 bis 30% bezahlt wurden — was allerdings an die 120% beim letzten Jahreswechsel bei weitem nicht heranreicht. Aber zu einem starken Abfluss von Gold aus Europa nach Amerika führte die heftige New Yorker Anspannung dennoch, und die Katastrophe von San Francisco wird dieser Strömung neue Kraft verleihen.

Die deutsche Reichsbank hatte sogar noch niemals am ersten Quartalswechsel eines Jahres eine so hohe Überschreitung des steuerfreien Notenkongingentes erfahren: diese Überschreitung betrug diesmal nach dem Ausweis vom 31. März 236,18 Mill. M. gegen nur 21,02 Mill. M. im Vorjahre und 166,13 Mill. M. vor zwei Jahren — trotz des dauernd hohen Diskontes. Als drückende Last und störendes Element erwiesen sich dabei immer mehr auch die Reichsschatzscheine, deren Vermehrung in den Bankbeständen unaufhörlich mit den Interessen der Geschäftswelt sich kreuzt und ganz anderen bewegendem Kräften folgt, als der sonstige, mehr aus den rein wirtschaftlichen Strömungen sich ergebende Bankverkehr. Die Schlussfolgerung der Regierung war gleichfalls überraschend: am 5. April begab das Deutsche Reich an das grosse Preussenskonsortium der Banken eine $3\frac{1}{2}$ prozentige Anleihe von 260 Mill. M., nutzte

also alle eröffneten Anleihekredite, zugleich des neuen Kredites für Südwestafrika, sofort aus, nachdem der Reichsschatzsekretär noch am 29. März ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, dass sich über die Realisierung der Neubewilligten Kredite nichts vermuten lasse. Preussen begab gleichzeitig 300 Mill. M. Zu dem Motiv, die Ausgabe von Reichsschatzscheinen nicht uferlos wachsen zu lassen — im Etatsgesetzentwurf hatte man 275 Mill. M. als Höchstgrenze vorgeschlagen, in das Notgesetz wurden 350 Mill. M. aufgenommen! — war offenbar noch eine andere Absicht hinzutreten: nämlich die, der Grossfinanz die Übernahme bedeutender russischer Anleihebeträge endgültig zu verleißen, nachdem aus der politischen Verstimmung zwischen Petersburg und Berlin schon vorher kein Hehl gemacht worden war.

×

Anleihen

Das unter solchen Umständen, in erster Linie bei der andauernden Möglichkeit, Geld bequem höherverzinslich anzulegen, gerade keine lebhafte Sehnsucht nach den neuen deutsch-preussischen Anleihen zum Ausdruck gelangte, ist selbstverständlich. Der Subskriptionskurs war auf 101,20% für die bewegungsfreien Stücke festgesetzt, auf 101,10% für Stücke, die sich einer zeitweisen Sperre fügten oder ins Reichsschuldbuch eintragen liessen. Man musste sich mit dem überaus bescheidenen Ergebnis einer $1\frac{1}{2}$ fachen Überzeichnung begnügen, während vor einem Jahre die 300 Mill. M. $3\frac{1}{2}$ prozentiger Reichsanleihe rund 15fach gezeichnet wurden, die 290 Mill. M. 3prozentiger Anleihe von 1903 sogar 47fach. Die Schuldbucheintragungen und Sperrstücke machen zusammen nicht mehr als 200 Mill. M. aus; an der Börse behauptete sich die neue Anleihe noch nicht einmal ein paar Tage auf dem Niveau des Auflagekurses! Nicht nur die allgemeine Geldmarktskonjunktur, sondern auch seltene Missgriffe der Regierung wirkten bei diesen unerbaulichen Erscheinungen mit. So wusste die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds nichts Besseres zu tun, als akkurat einen Tag vor der Subskription $8\frac{3}{4}$ Mill. M. ihres $3\frac{1}{2}$ prozentigen deutschen Staatsanleihenbestandes auf den Markt zu werfen.

Andrerseits entwickelte sich der Fortgang der russischen Anleiheoperation wesentlich anders, als die grosse Öffentlichkeit annahm. Dass sich Deutschland diesmal fernhalten würde, war seit den Reichstagsdebatten über die auswärtige Politik als feststehend anzusehen, auch ohne die schliesslich notgedrungen unterbliebene zweite Reichskanzlerrede. Trotzdem ist der neue Russenpump ($2\frac{1}{4}$ Milliarde fr.) um 250 Mill. fr. höher, als zunächst in Aussicht genommen war; für den Ausfall der deutschen Beihilfe entschädigt die stärkere Heranziehung einmal der russischen Banken und dann des geduldigen französischen Alliierten. Wirtschaftlich und politisch am markantesten wird vielleicht eine andere Nebenerscheinung sein: London übernimmt 330 Mill. fr., und der englische Effektenmarkt, der so lange den russischen Staatsfonds den Rücken kehrte, nimmt neuerdings zusehends eine freundlichere Haltung gegen das offizielle Zarenreich an. Die, was Deutschenhetze anlangt, unübersehbare *Times*, scheint ihren Lucien Wolff-Feldzug gegen die Russenwerte vollkommen vergessen zu haben; sie fügt der Bekanntgabe der Anleihebedingungen, wandlungsfähig, wie immer, hinzu: das Fernbleiben Berlins, das über Russlands Marokkohaltung aufgebracht sei, werde wahrscheinlich auf die Subskription in London stimulierend wirken! Leider scheint diese einzigartige Situation von den deutschen Inhabern russischer Staatswerte nicht zu einer umfassenderen Abstossung dieses zweifelhaften Besitzes benutzt werden zu sollen. Eine offizielle Kundgebung einer solchen Parole seitens der leitenden grossfinanziellen und politischen Kreise in Deutschland würde im Augenblick allerdings wie eine finanzielle Kriegserklärung wirken. Dazu verspüren weder unsere Grossunternehmer einen Hang, die sich die Bahn für die unausbleiblichen grossen russischen Lieferungen der nächsten Jahre offen halten wollen, noch die politisch verantwortlichen Personen, die den englischen deutschfeindlichen Koalitionsbestrebungen in die Hände zu arbeiten fürchten. Es übernehmen also nunmehr von der Anleihe — aufgelegt zu 88 % am 26. April — Frankreich einschliesslich Brüssel und Genf 1200 Mill. fr., die russischen Banken 500, London 330, Wien 165, Amsterdam 55 Mill. fr. Die Anleihe kann in den ersten 10 Jahren nicht konvertiert werden. Nach Ablauf

dieser Frist erfolgt die Tilgung durch Auslosung. Es werden die auf die einzelnen Länder verteilten Quoten nicht vor Ablauf einer noch zu bestimmenden Frist an anderen Plätzen gehandelt werden. Eine Beteiligung der Vereinigten Staaten und Italiens findet, entgegen der ursprünglichen Absicht, nicht statt; beide Länder berufen sich — wie Deutschland, jedoch zweifellos — auf die starke Anspannung für ihre eigenen Zwecke.

× **Günstiger Geschäftsgang** × In der Produktion ist ein stärkerer Rückschlag, den man nach den abnormen Exporten vor dem 1. März, dem handelspolitischen Kometentage, und nach der dadurch künstlich überhitzten Erzeugung hier und da befürchtete, nicht eingetreten. Vielfach hatte man zuvor Inlandsaufträge zurückgestellt, die nunmehr um so reichlicher erledigt werden; auch die allgemeine Erleichterung nach der Beendigung des Marokkostreites und der international vorherrschende Wirtschaftsaufschwung lässt die Reibungen und Störungen, die mit jedem zollpolitischen Umschwung verbunden sind, tatsächlich so ruhig überwinden, wie das unter vernünftigen Menschen eigentlich stets als das Wahrscheinlichere angenommen worden ist. Der Ruhrkohlenmarkt blieb flott belebt; der nordfranzösische Streik wurde von den deutschen Händlern natürlich nach Möglichkeit ausgenutzt. Die Ausfuhr von Gas-, Gasflammkohlen und Koks nach Frankreich zeigt das unverkennbar. Ähnlich in Oberschlesien, wo sich die Händler- und Konsumentenreise vor Eintritt der Preiserhöhungen noch reichlich eindenken und der Absatz nach Russisch Polen und Österreich-Ungarn lebhaft blieb. Der Kohlenabsatz des rheinisch-westfälischen Kohlen syndikats betrug im März 5942361 t in $26\frac{1}{2}$ Arbeitstagen gegen 5090489 t im März 1905, also 847872 t oder 16,54 % mehr. Die Beteiligung betrug im März 6851937 t oder 86,58 % gegen 6605733 t oder 77,06 % im Vorjahre. Ähnlich günstig lauten die Berichte aus unseren beiden Eisenproduktionsgebieten. Der Versand des Stahlwerksverbandes in Produkten A betrug im März 1906: 527857 t (Rohstahlgewicht), übertrifft also den Februarversand (437559 t) um 90298 t oder 20,64 % und den Märzversand des Vorjahres (470924 t) um 56933 t oder 12,09 %. Der Versand im März, der höchste seit her erreichte Monatsversand, übersteigt die

Beteiligungsziffer für diesen Monat um 20,64 %. In der Beiratssitzung vom 19. April wurde beschlossen, die Beteiligungsziffern für Stabeisen, Bleche und Röhren um je 4½ %, für Walzdraht um 5½ % zu erhöhen.

Da aus dem Auslande, in erster Linie aus den Vereinigten Staaten und zuletzt mehr und mehr auch aus England, die Nachrichten im allgemeinen kaum anders lauten, so ist der überwiegende Optimismus der Geschäftswelt wohl erklärlich.

× **Kurze Chronik** Der Stahlformgussverband erhöhte die Preise um 5 %. × Die Kapitalserhöhung der *Bergisch-Märkischen Bank* um 15 Mill. M. wurde von der Generalversammlung genehmigt. × Eine von der *Deutschen Bank* und *Speyer Brothers-London* übernommene chilenische Anleihe von 74 Mill. M. wurde sofort nach der Eröffnung der Subskription überzeichnet. × Das *Kohlensyndikat* setzte die Umlage für Kohle für das II. Vierteljahr von 6½ auf 6 % herab.

× **Literatur** Dr. Gottlieb Schnapper-Arndt, dessen *Vorträge und Aufsätze* jetzt von Dr. Zeitlin gesammelt herausgegeben werden /Tübingen, Laupp/ hat während seines Lebens hauptsächlich durch zwei wissenschaftliche Arbeiten die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt: durch seine mustergültige, in ihrer Weise fast einzigartige Erstlingsschrift über die fünf Dorfgemeinden auf dem hohen Taunus, dann durch seine unumwundene Kritik der Agrarwucherquote des *Vereins für Sozialpolitik* — wobei er dieser, heute noch lesenswerten Aneinanderreihung von etwas buntscheckigen Gutachten und Berichten allerdings Ziele steckte, wie sie der damaligen Vereinsleitung kaum hatten vorschweben können. In engeren Kreisen war Dr. Schnapper jedoch weiter bekannt als intimer Beobachter und feinsinniger Darsteller sozialökonomischer und wirtschaftsgeschichtlicher Tatsachen und Entwicklungen. Man wird es daher allseits mit Freuden begrüßen, dass die zerstreut veröffentlichten Arbeiten (*Zur Theorie und Methode*, darunter die erwähnte Streitschrift von 1888, *Zur deutschen Wirtschafts- und Kulturgeschichte*, *Sozialpolitische Reise-feuilletons*) jetzt leichter zugänglich gemacht werden. Wer den Fleiss und die

Kunst Schnappers kennen lernen will, lese zum Beispiel *Nähriekle, ein sozialstatistisches Kleinemälde aus dem schwäbischen Volksleben*. Wie wir aus dem Vorwort erfahren, wird das eigentliche Lebenswerk Dr. Schnappers, eine Geschichte der Lebenshaltung, der Preise, des Geldverkehrs vom Ausgang des Mittelalters bis zum Beginn des XIX. Jahrhunderts, in nicht ferner Zeit zur Veröffentlichung gelangen, der man mit nicht geringer Spannung entgegensehen darf.

MAX SCHIPPEL

Politik

Russland: Dumawahlen Die freiheitliche Bewegung in Russland entwickelt sich auf eine ganz unerwartete Weise. Sie schien bereits sich ganz zu erschöpfen, zu ermüden, zu Boden geschlagen zu werden, und auf einmal erhebt sie sich wieder und schreitet eine gute Strecke weiter auf ihrer Bahn. Als eine solche Strecke sind die *Dumawahlen* zu betrachten, die einen beispiellosen Triumph der fortschrittlichen Parteien, darunter hauptsächlich den sogenannten *Kadetten* (konstitutionelle Demokraten) brachten. Während auf der Oberfläche des russischen Lebens zeitweilig eine Ebbe sich bemerkbar machte und die selbstherrschäftliche Reaktion ihre unverschämten Orgien feierte, ging in den Tiefen des Volkslebens eine molekulare Arbeit vor sich, eine Durchtränkung mit neuen Ideen und Stimmungen, eine Umbildung der Kräfte, die einen neuen Angriff ermöglichten. Was hat nicht alles die Regierung getan, um die Wahlen zu terrorisieren, zu fälschen, um sich eine botmässige untertänige *Duma* zu sichern! Keine Versammlungs-, keine Redefreiheit, die ganze Wahlperiode ausgefüllt durch eine wahre Schreckensherrschaft, ganz Russland in einem inneren Kriegszustande unter dem ausserordentlichen und verstärkten Schutz. Der eine Teil der Bevölkerung machte seine Studien in den Gefängnissen und Kasematten, der andere bekam seinen Anschauungsunterricht durch Kosakenpeitschen und Strafexpeditionen. Und nun haben wir die erste Frucht dieses doppelten intensiven Unterrichts. Es ist nicht zu verwundern, dass unter den gegebenen Verhältnissen die ganze Wahlagitation trostlos, hoffnungslos vor sich gehen musste. Die rechtsstehenden Parteien fühlten sich von der ganzen Regierungspolitik unterstützt, die sozialistische Linke verzichtete überhaupt auf die Beteiligung an den Wahlen unter

einem solchen Wahlrecht und in einer so geschaffenen Atmosphäre und sprach sich, trotz aller Warnungen und Beschwörungen, unter andern durch den Begründer der *Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei*, Plechanow, für den Boykott aus. Nur die *Kadetten* haben den Mut nicht verloren und arbeiteten mit einem Eifer, mit einer Ausdauer und mit einem Geschick, als hätten sie eine lange parlamentarische Erfahrung hinter sich. Diese Energie war zwar durch die Überzeugung unterstützt, dass sie doch nicht erfolglos agitieren; dass ihre Agitation aber von einem solchen Erfolg gekrönt werden würde, wie es tatsächlich der Fall ist, das haben sie selber nicht erwartet. Die Ergebnisse der schon abgeschlossenen Wahlen in den 27 Gouvernements des europäischen Russland lassen sich am besten durch die folgende Tabelle veranschaulichen:

Gouvernement	Gewählt sind:											
	Anzahl der Mandate	Linksparteien	Konstit. Demokraten	Lettsche demokr. Partei	Progressisten	Partei d. demokr. Reform	Verband des 17. Oktober Handels- und Industriepartei	Rechte und Gemässigte	Parteilose	Unbekannter Richtung	Darunter Bauern	
Jaroslaw	4	—	3	—	—	—	—	—	1	—	1	
Archangelsk	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	
Samara	12	7	5	—	—	—	—	—	—	—	7	
Moskau	6	1	—	—	—	2	1	2	—	—	2	
Stawropol	3	1	—	—	2	—	—	—	—	—	3	
Ufa	10	—	10	—	—	—	—	—	—	—	2	
Tula	5	1	—	—	2	—	2	—	—	—	3	
Twer	8	1	6	—	—	—	—	—	—	—	3	
Kowno	6	1	—	3	2	—	—	—	—	—	3	
Pskow	4	—	—	—	—	1	—	—	3	—	3	
Wologda	5	—	—	—	3	—	1	—	—	—	4	
Nowgorod	6	—	1	—	5	—	—	—	—	—	4	
Petersburg	3	—	2	—	1	—	—	—	—	—	1	
Grodno	2	1	4	—	2	—	—	—	—	—	1	
Witebsk	6	—	3	—	—	—	—	3	—	—	4	
Wladimir	6	—	4	—	1	—	—	1	—	—	1	
Simbirsk	6	2	4	—	—	—	—	—	—	—	2	
Kostroma	6	1	5	—	—	—	—	—	—	—	2	
Charkow	10	2	5	—	1	1	1	—	—	—	3	
Kursk	10	2	7	—	1	—	—	—	—	—	6	
Taurien	6	3	3	—	—	—	—	—	—	—	2	
Podolien	13	—	—	—	—	—	—	—	13	—	13	
Olonezk	3	—	1	—	—	—	1	—	—	—	1	
Orel	8	1	2	—	—	—	4	—	—	—	6	
Kaluga	5	—	2	—	1	—	—	—	—	—	2	
Tambow	12	—	—	—	—	1	—	—	—	11	10	
Mohilew	7	1	2	—	—	—	—	—	—	4	4	
in summa	179	26	70	3	21	2	14	1	7	21	14	94

Wie man sieht, sind unter den 179 gewählten Abgeordneten 21 parteilos, 14 von unbekannter Richtung, 122 fortschrittlich

und nur 22 rechtsstehend, konservativ. Bisher haben wir allerdings nur etwa den dritten Teil der zu wählenden Mitglieder der *Duma*. Aber wenn man bedenkt, dass der grösste Teil der Gouvernements, in denen die Wahlen schon abgeschlossen sind, die grossrussischen Zentren bildet, die man von jeher als die Stütze der polizeibureaucratischen Regierung betrachtete, so wird man sich denken können, was erst von den *verrufenen* Gegenden, wie von dem rebellischen Gouvernement Saratow, dem nicht minder rebellischen bäuerlichen Gouvernement Wjatka, dann von Polen, Kaukasus, Sibirien, zu erwarten ist. Es wird angenommen, dass die *Duma* eine starke oppositionelle Mehrheit aufweisen wird. Sie wird sich in erster Linie zusammensetzen aus der *Kadettenpartei*, verschiedenen fortschrittlichen Gruppen, von denen manche noch mehr nach links gravitieren (darunter sind auch *Sozialdemokraten* und *Sozialisten-Revolutionäre*), der *Lettschen demokratischen Partei*, den Progressisten ohne genauere Bezeichnung, der *Partei der demokratischen Reformen* — die etwas weiter in der Agrarfrage geht, als die *Kadetten*, aber für das Zweikammersystem eintritt, allerdings die erste Kammer im Gegensatz zu dem jetzt rekonstruierten Reichsrat als eine gewählte Vertretung der Städte, der *Semstwo* u. s. w. gedacht — dann wird sich diesem Block eine zahlreiche Bauerngruppe anschliessen, die aus dem bekannten revolutionären *Bauernbünde* hervorgegangen ist, und die es leichter haben wird, auch die anderen Bauerngruppen zu sich herüberzuziehen, als es den adligen *Herrschaften* aus dem Zentrum und der Rechten möglich sein würde.

Wie wird sich der weitere Verlauf der Dinge gestalten? Was wird die jetzige Regierung, die während der ganzen Wahlperiode Gesetze über Gesetze fabrizierte, die das ganze Manifest vom 17. Oktober annullierte und fast die ganze dekretierte Kompetenz der *Duma ausschaltete*, die auch jetzt nach allen von ihr begangenen unsäglichen Schandtaten nicht gewillt ist, zurückzutreten, was wird sie einer solchen Zusammensetzung der *Duma* gegenüber tun? Die Reaktionen vom Schlage eines Gringmut, des Herausgebers der berüchtigten *Moskowskija Wjedomosti*, der in ganz Moskau eine einzige Stimme erhielt, stellen die *Duma* als eine durch eine Bande von Volksverführern gefälschte Vertretung hin und empfehlen, sie durch Kosaken auseinanderzutreiben.

Für die Gespanntheit der geschaffenen Situation und die bevorstehenden Konflikte sind auch solche Gerüchte bezeichnend, wie das, dass die Regierung sich nicht scheuen wird, das ganze Parlament durch eine bestellte Bombe in die Luft sprengen zu lassen und diese *rettende Tat* dann auf die Revolutionäre abzuwälzen. Bis dahin wird sie allerdings alles Mögliche tun, um mit der *Duma* auf *legalem* Wege fertig zu werden. Wie die letzten Nachrichten besagen, gedenkt die Regierung, die Agrarfrage als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Sie hofft dadurch, von vornherein einen Keil in die fortschrittliche Mehrheit zu treiben und die Bauerndeputierten auf ihre Seite zu bekommen. Die *Kadetten* sind auf einen harten Kampf gefasst. Sie haben tapfer gekämpft, sie haben gegen die Sozialisten sich im allgemeinen sehr nobel benommen, sie werden auch die Wahl einiger Arbeiter aus eigener Kraft durchsetzen, sie haben freilich in den Augen einiger ihre konsequente oppositionelle Haltung durch einige Schritte — wie zum Beispiel die Aufnahme des ehemaligen Ministers Kutler, der mit verantwortlich ist für alle Schandaten des Kabinetts Witte-Durnowo und plötzlich sein echt konstitutionelles Herz entdeckt hat — etwas geschädigt, aber sie sind auf jeden Fall entschlossen, auch in der *Duma* den Kampf zu führen, wie es einer siegreichen Partei gebührt. In ihren Organen erklären sie, der verbrecherischen Regierung die Pistole auf die Brust setzen und die *Duma* zu einem wirklichen Parlament, zu einer ausschlaggebenden gesetzgeberischen Körperschaft formen zu wollen. Ob sie dazu im stande sein werden, wird nicht nur von ihrer eigenen Entschlossenheit, sondern auch in hohem Masse davon abhängen, wie die Stimmung im Lande, wie die Taktik und die Haltung des Volkes und des Proletariats sich ausserhalb der *Duma* gestalten wird. Mit der weiteren Organisierung ihrer Wähler sind die *Kadetten* schon jetzt eifrig beschäftigt; mit der Organisierung und der Feststellung der Taktik der proletarischen Massen wird sich jetzt der Einigungskongress der russischen Sozialdemokraten zu befassen haben. Der Zusammentritt der *Duma* wird die nächste Etappe des Kampfes bilden.

schrecklichen Folgen haben die allgemeine Teilnahme der Öffentlichkeit während der letzten Wochen so sehr in Anspruch genommen, dass das Interesse an den schwebenden politischen Fragen in den Hintergrund getreten ist. Alle politischen, religiösen und nationalen Gegensätze verstummten angesichts der grossen Menschenverluste mit ihrer Trauer und ihrem Elend im Gefolge. In den Steinkohlengruben von Courrières fanden über 1200 Bergarbeiter einen plötzlichen Tod. Nur wenige der Eingefahrenen wurden gerettet. Deutsche Rettungsmannschaften eilten zu Hilfe, und ihrem Eingreifen ist es mit zu danken, dass noch ein Haufein Überlebender nach Wochen gerettet werden konnte. Noch hatte man sich über diese Katastrophe nicht beruhigt, da trafen Schreckensnachrichten aus Italien ein. Unter starkem Erdbeben entfaltete der Vesuv eine verheerende Tätigkeit. Er überschüttete seine Umgebung mit glühenden Lavaströmen, Aschen- und Lapilliregen. Verschiedene Dörfer und Stadtteile, Hunderte von Menschen fielen der Katastrophe zum Opfer. Noch hatte der Vesuv seine Eruptionen nicht eingestellt, da traf die Nachricht von dem Untergang der Stadt San Francisco ein, die durch Erdbeben und Feuersbrunst vernichtet wurde. Tausende von Menschen fanden ihren Tod; Hunderttausende verloren ihre Habe. Von Katastrophe zu Katastrophe steigerte sich das Mitgefühl mit den Opfern dieser Elementarereignisse und bekundete sich auch in freudiger Unterstützungsbereitschaft. Einen Misston in die Harmonie des allgemeinen Mitgefühls brachte das offizielle Deutschland, indem es durch sein Verhalten dem Vesuvunglück gegenüber verriet, dass bei der Art der Bekundung rein menschlicher Teilnahme Gründe politischer Zweckmässigkeit mitsprechen. Man wird in Zukunft die offiziellen Teilnahmekundungen Deutschlands wesentlich anders bewerten, als bisher. Vielleicht, um jenen ublen Eindruck zu verwischen, gedachte der Präsident des Reichstag in der ersten Sitzung nach der Osterpause, am 24. April, der Katastrophen, und die Abgeordneten erhoben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen.

✕
Massenkata- Die Grubenkatastrophe in
strophien Frankreich, der Ausbruch
 des Vesuvus und das Erd-
beben in San Francisco mit seinen

✕
Kurze Chronik Mit knapper Mehrheit
 wurde im Reichstag in
 zweiter Lesung der États-
 titel angenommen, durch den ein

Reichskolonialamt mit einem eigenen Staatssekretär geschaffen wird. X Die ungarische Krise ist durch eine Einigung von Krone und Oppositionsparteien beendet worden. Ein Übergangministerium mit Wekerle an der Spitze soll verfassungsmässige Verhältnisse schaffen und die Wahlreform durchführen. X Während der Debatte über die Marokkoaffäre im Reichstag am 5. April wurde der Reichskanzler von einem schweren Ohnmachtsanfall getroffen. In verschiedenen Blättern wird die Frage der Entlastung des Reichskanzlers diskutiert. RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Weberproblem Als wir jüngst in dieser Zeitschrift unter der kundigen Führung Max Baginskis (siehe seinen Artikel *Gerhart Hauptmann unter den schlesischen Webern* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 150 ff.) die weltverlorenen, verschneiten Weberdörfer des schlesischen Gebirges aufsuchten, da entdeckten wir noch die gleichen abgehärmten, fast zu Skeletten vertrockneten Elendsgestalten, die vor nun denn mehr als sechzig Jahren die berühmte schlesische *Weberschlacht* schlugen. Das Elend dieser Weber scheint sich in einem Zustand der Versteinerung zu befinden, an dem Jahrzehnte weltumwälzender technischer Fortschritte nichts zu rühren vermochten. Erst vor wenigen Monaten erneute der rüstige sozialpolitische Wanderer Dr. Robert Wilbrandt, der durch die Hütten der Hausweber Schlesiens, Sachsens, Thüringens etc. zog, die bekannten ergreifenden Notstandsbilder aus dem Leben dieser Weber in seinem wichtigen Werke *Die Weber in der Gegenwart* /Jena, Gustav Fischer/. Die Geschichte der Weber von den Tagen ihrer feudalistischen Ausbeutung an bis zu den Zeiten der modernen kapitalistischen Webfabrik ist von Dr. Wilbrandt mit greifbarer Lebendigkeit und mit einem tiefen, tatenheischenden Mitgefühl mit der Lage dieser Stiefkinder unserer Zeit geschildert worden. Noch heute vegetiert in Schlesien ein technisches Produktionsverfahren in der Weberei fort, das schon seit 100 Jahren veraltet ist, und dieses vor lauter Altersschwäche und Altersgebrechen dahininkende Verfahren stellt in seinen Dienst noch die Hälfte aller schlesischen Weber.

Sehr eingehend untersucht Dr. Wilbrandt die wichtige Frage, ob die rückständige

Hausweberei durch die Zuführung elektrischer Kraft in sozialfortschrittliche Bahnen gelenkt werden könne; und er beantwortet sie dahin, dass nur unter der Herrschaft eines Maximalarbeitstages und eines Lohntarifs die lohndrückende und arbeitszeitverlängernde Wirkung aller Hausindustrie gemildert werden könne. Die Schweiz und Baden entbehrten eines durchgreifenden Lohntarifs und eines Maximalarbeitstages, und infolgedessen verlängerte dort die elektrische Kraft die Arbeitszeit der Hausweber und drückte ihren Lohn herab. Dr. Wilbrandt kommt daher zu der folgenden sozialpolitischen Feststellung: »Die elektrische Kraft heilt ein spezielles Übel, den Mangel an mechanischem Antrieb, aber das allgemeine Übel der Hausindustrie, die Widerstandsunfähigkeit der isolierten Heimarbeiter, lässt sie unberührt. Sie ist ohne Tarif auf die Dauer für den auf um so tieferen Lohn gedrückten Hausweber keine Hilfe, für den Fabrikweber aber eine Gefahr: die elektrische Kraft erst macht den vorher ohnmächtigen Nachzügler zum technisch gleichwertigen und desto gefährlicheren lohndrückenden Konkurrenten.« Mit einem gar zu grossen Aufwand von Worten hat man vielfach in der Sozialpolitik den Übergang von der hausindustriellen Weberei zur modernen Textilfabrik als einen Erlösungsweg für die Weber gefeiert. Man vergass, dass dieser Weg ein wahrer Passionsweg für Hunderttausende von Webern war, der mit den Leichen der Weber ganzer Distrikte bedeckt ist. Und über den sich heute vollziehenden Übergang der Hausweber in die Textilfabrik schreibt Dr. Wilbrandt die sehr ernst gestimmten Worte nieder: »Ich habe den Übergang der Hausweber in die Webfabrik, wie er sich in solchen Gegenden heute vollzieht, im Voigtland, im Erzgebirge und in der Oberlausitz beobachtet. Er bedeutet in besonders elenden Gegenden, wie Schlesien und Oberlausitz, eine Verbesserung der Lage; im westlichen Sachsen, wo der Handweberstuhl zu Arbeiten dient, bei denen er dem Kapitalisten Vorteile bietet, ist der Übergang in die Webfabrik für die Weber ein zweifelhafter Tausch — in beiden Fällen ist er ein Übergang in neues Elend.«

Und nun einen Schritt vorwärts zu dem vervollkommenen **Textilgrossbetrieb!** Neues soziales Elend fast überall! In den Webfabriken Mitteldeutschlands ist ein Lohn von 10 bis 15 M. für beide Geschlechter ein häufiger Wochenverdienst.

In den Webfabriken wimmelt es von verheirateten Frauen, die Familie befindet sich in vollster Auflösung, die Kinder sind in der Ziehe bei Verwandten oder fremden Leuten. Selbst die schöne Poesie des blühenden englischen Textilizentrums, des glücklichen Lancashire, wird zerstört durch die grausame, erschütternde Prosa der immensen Kindersterblichkeit dieses vielgepriesenen Fabrikdistrikts, die bei weitem die der sozialen Hölle, des Londoner Ostendes, überragt.

Das soziale Weberproblem drängt gebieterisch zu einer Lösung durch die sozialpolitische Gesetzgebung. Und in diesem wichtigen Punkt versagt erfreulicherweise nicht die Arbeit Dr. Wilbrandts. Er schliesst seine vortreffliche Schrift mit einigen tiefgreifenden sozialen Reformvorschlägen. Er legt der Gesamtheit die soziale Pflicht auf, die noch übrigen Handweber als Gnadenbrot mit Arbeit zu versehen. Er empfiehlt vor allem die Übertragung von Arbeiten für den Staatsbedarf an Hausweber. Sachverständige haben nach den Herstellungskosten der Textilwaren einen Submissionspreis und eine Lohnklausel festzustellen, durch die Überarbeit und Hunger von den beschäftigten Webern ferngehalten wird. »Nach diesem Submissionspreis samt einer Lohnklausel wären die Aufträge ausschliesslich an zuverlässige, gemeinnützige Unternehmungen zu erteilen: vor allem an Webern, Genossenschaften und analoge Unternehmungen, jedoch nicht ohne die Bedingung, dass eine Liste der Personen angelegt wird, welche jetzt Handweber sind, und dass diese nur dann Arbeit erhalten, wenn sie ihre Kinder nicht wieder Handweber werden lassen. Die Kinder müssen mit Hilfe öffentlicher und privater Mittel aus dem Weberelend herausgezogen und für andere Berufe vorgebildet werden.« Die in der Textilindustrie vorherrschende Frauenarbeit drückt die Löhne für beide Geschlechter auf ein Mindestmass herab. Dr. Wilbrandt spricht sich nun für die Begünstigung von Fabrikanlagen, die Männerarbeit brauchen, in den Weberdistrikten aus. Gegenüber der Konkurrenz der Geschlechter müsste das Mittel ergriffen werden, das Wilbrandt als das Ideal alles Eingriffs in die Arbeiterverhältnisse bezeichnet: der Zwang zum Abschluss rechtsverbindlicher Tarifverträge. »Wenn in festen Tarifen ohne Unterschied des Geschlechts für alle leichteren Arbeiten geringere, für alle schwereren Arbeiten entsprechend

höhere Mindestlohnsätze (nach Zeit oder Stuck) festgesetzt werden, welche nach unten hin eine feste Grenze bilden, dann hört alle Unterbietung der Arbeiter durch die Arbeiterinnen auf.« Es tritt eine Teilung zwischen der schweren Männerarbeit und der leichten Frauenarbeit ein. Die Organe der Gesamtheit mussten ferner nach dem Vorschlage Dr. Wilbrandts durch Kauf und Hergabe billigen Bodens und durch Vorstreckung von Kapitalen die Fabriken mit Männerarbeit begünstigen. Aber eine derartige Begünstigung setzt, das betont Dr. Wilbrandt mit Recht, eine durchaus veränderte Denkweise der Staatsmänner voraus, sie erfordert neue Gesamtorganisationen und neue Organisatoren, sie erheischt »die Weiterentwicklung über den Kapitalismus«. Unter der Herrschaft des Kapitalismus entscheidet die höchstmögliche Rente für den Besitzenden über Ort und Art der Arbeit, über Hungern und Arbeiten der Besitzlosen. Und in dieser richtigen Erfassung des Wesens des Kapitalismus schliesst Dr. Wilbrandt mit folgenden, echt sozialistischen Grundgedanken seine wichtige Arbeit über das Weberproblem: »Das Schicksal der Weber wächst mit ruhiger Notwendigkeit aus dem Kapitalismus hervor. Unter anderem Namen muss es sich immer erneuern... Dieses Verhältnis zwischen Proletariat und Kapital klar vor Augen zu stellen, ist der historische Beruf der Weber.«

× **Säuglingsfürsorge** × Das *Jahrbuch der Fürsorge*, das von der *Zentrale für private Fürsorge* in Frankfurt a. M. herausgegeben wird, bucht die schweren Versündigungen der kleinen Gemeinden gegenüber mittellosen Säuglingen. Die zitternde Angst dieser Gemeinden vor der eintretenden Hilfsbedürftigkeit der Säuglinge veranlasst sie zu einer förmlichen Ausweisungspolitik gegenüber diesen unglücklichen Geschöpfen. Während sich die Mediziner und Sozialpädagogen im Interesse der Säuglingssterblichkeit für eine Ausdehnung der Pflege der Kinder auf dem Lande ereifern, treiben die Bürgermeister und Vorsteher der kleinen Gemeinden die Kinder vom Lande fort. Drei sehr charakteristische Fälle erzählt das *Jahrbuch der Fürsorge*. Ein Bürgermeister bedrohte eine Mutter, die ganz regelmässig ihr Pflegegeld zahlte, mit Ausweisung ihres Kindes, um sie so, ohne irgend einen rechtlichen Grund, zu zwingen, ihm 2000 M. Kautions zu stellen. Ein anderer ver-

weigerte den Pflegeeltern die polizeiliche Erlaubnis zum Halten eines Pflegekindes, bis sie sich schriftlich verpflichteten, nötigenfalls die öffentliche Unterstützung für das Kind aus ihrer Tasche zu bestreiten. Als das Kind nach längerer Zeit bedürftig ward, verweigerte er tatsächlich die Unterstützung, bis er dazu gezwungen wurde. Wie gefährlich aber der heutige Zustand des Armenwesens ist, geht noch mehr aus den Akten eines dritten Falles hervor. Einem Säugling von 6 Monaten, den die Pflegeeltern nicht ohne Entgelt behalten konnten, und dessen Mutter arm war, wurde von der Ortsbehörde die Armenunterstützung verweigert und das Kind seinem Schicksal überlassen. Der Vormund beschwerte sich darüber beim Kreis Ausschuss. Dieser wollte zunächst gar nicht eingreifen, weil der Bedürftige keinen Antrag auf Armenhilfe gestellt habe — sage und schreibe: weil das halbjährige Kind keinen Antrag gestellt habe!! Die kleinen Gemeinden erweisen sich als völlig unfähig zur Durchführung der Aufgaben einer weitsichtigen und durchgreifenden Armenpflege. Die Herausgeber des *Jahrbuches der Fürsorge* bewegen sich mit dem Vorschlage, dass von Reichs wegen den Staaten eine sachgemässe Ausführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes zur Pflicht gemacht werden sollte, durchaus in richtigen, sozialpolitischen Bahnen.

× **Heimarbeit** ×
 In seinen *Untersuchungen über die Hausindustrie in Deutschland* (Schriften der *Gesellschaft für soziale Reform* /Jena, Gustav Fischer/) hat Dr. R. Meerwarth den Einfluss der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung auf die soziale Entwicklung in den hausindustriellen Betrieben gewürdigt. Die direkte Einwirkung der für die Hausindustrie erlassenen Schutzbestimmungen auf die Lage der Arbeiter dieser Industrie schätzt Dr. Meerwarth im allgemeinen sehr gering ein. Die Verordnung des Jahres 1897 für Konfektionswerkstätten führte einige soziale Verbesserungen in der Herrenkonfektion herbei, die weniger erhebliche Verordnung des Jahres 1902 milderte bestimmte bei der Lohnzahlung hervortretende Missstände. Die Arbeiterschutzgesetzgebung verbreitete in vielen Fällen das soziale Elend der Hausindustrie, so in der Weberei, Spielwarenindustrie, Konfektion, Zigarrenindustrie. Die Fabrikanten gaben die Arbeit aus der Fabrik vielfach in das Haus. Bei der Einführung

des Zehnstundentages für Frauen müssten Abwehrbestimmungen vorgesehen werden, die ein Abströmen der Arbeit aus der Fabrik in das Haus verhinderten. Es müsste namentlich den Fabrikanten verboten werden, Arbeit an die Werkstättenarbeiter mit nach Haus zu geben. Meerwarth fordert die obligatorische Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Hausindustriellen und die Beseitigung des Werkstättenelends durch eine einschneidende staatliche Wohnungsgesetzgebung. In den *Bildern aus der deutschen Heimarbeit* (*Sozialer Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/) werden die Hauptzweige der deutschen Hausindustrie mit ihren grauenhaften sozialen Notständen markig geschildert. In ihrem Aufsätze über die Blusen-, Schürzen- und Unterrockkonfektion regt Gertrud Dyhrenfurt die öffentlich-rechtliche Schöpfung einer Zwangsorganisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an, deren Aufgabe es sein müsste, durch die Festsetzung von Mindestlöhnen dem heutigen Arbeitswucher einen Riegel vorzuschieben. Wilhelm Schröder hat sehr lebendig geschriebene Skizzen über die Kleineisenindustrie und über die Zigarrenhausarbeit geliefert. Die Lazarusgestalt des Sonneberger Spielwarenarbeiters, die uns schon aus der trefflichen Arbeit von E. Sax über die Hausindustrie Thüringens bekannt geworden ist, geht noch im Sonneberger Bezirke umher. Noch heisst es für den elend dahingehenden Sonneberger Heimarbeiter: Kartoffeln in alle Ewigkeit!. In der Kunstblumenindustrie kann der Heimarbeiter bei äusserstem Fleiss und längster Arbeitszeit nach der Darstellung Emma Ithers nicht einmal ein hungerfreies Dasein führen. In der Putzfedernindustrie der nächsten Umgegend Berlins verdient die Arbeiterin bei siebenstündiger Arbeit pro Woche 3 bis 6 M. Von diesem Hungerlohn gehen noch Auslagen für Draht, Papier, Spiritus oder Gas ab. Von bleibendem sozialpolitischen Wert ist der mit umfangreichem Tatsachenmaterial ausgestattete Katalog der Heimarbeit ausstellung 1906, der unter dem Titel *Heimarbeit und Hausindustrie in Deutschland* /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/ vom *Bureau für Sozialpolitik* herausgegeben ist. In dieser Ausstellung materialisierte sich das grauenhafteste soziale Elend Deutschlands überhaupt. Wir sehen sonst keine Gespenster mehr im Himmel und auf Erden umherspuken, hier auf der Heimarbeit ausstellung konnten wir aber das Hungergespenst mit

Händen packen. Die schlimmsten Zustände in der Heimarbeit der Grossstädte schlugen sich nicht einmal in dieser Ausstellung nieder. »Das Elend der verschämten Armuts, so heisst es in dem Vorwort des Katalogs, »verkriecht sich auch vor den suchenden Augen des Selbsthilfe lehrenden Gewerkschaftsagitors.« Die Heimarbeitsausstellung hat die sozialpolitisch betäubende Tatsache enthüllt, dass häufig gerade die Fabrikindustrie ein Anschwellen der Heimarbeit nach sich zog.

Anfang März brachte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf zum Schutz der Heimarbeiter im deutschen Reichstage ein, der die Begriffe *Heimarbeiter*, *Hausarbeiter* und *Hausgewerbetreibende* fest umgrenzt und tief einschneidende Bestimmungen bringt über die Beschaffenheit der Arbeitsräume, über die Anzeigepflicht für Räume, über die Aufnahme der Heimarbeiter etc. in Listen, über das Verbot der Herstellung bestimmter Heimarbeiten, über die Ruhezeit, über die Regelung der Kinderarbeit und jugendlicher Arbeiter etc., über das Verbot des Mitgebens von Arbeit, über die Regiarbeiten des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden, über Arbeitsordnungen, über die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter, über die Desinfektion der Räume und der Arbeitsprodukte der Hausgewerbetreibenden bei dem Auftreten ansteckender Krankheiten, über die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht, über die Festsetzung von Minimallöhnen, über die Ausdehnung der gewerbeberechtiglichen Tätigkeit auf Heimarbeiter, Hausarbeiter etc.

× Krankenversicherung Der Geschäftsbericht 1905 der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend

hat dadurch ein so hervorragendes Interesse für alle Sozialpolitiker und Sozialhygieniker, dass sie einmal in diesem Bericht klar die umfangreiche sozialhygienische Wirksamkeit einer grossen, von sozialem Standpunkt geleiteten Krankenkasse vor Augen haben. Die Ortskrankenkasse Leipzig wies 1905 bereits einen Mitgliederstand von 154 807 Personen auf. Der Geschäftsbericht dieser Kasse für das Jahr 1905 enthält treffliche kurze Berichte über den 7. internationalen Arbeiterversicherungskongress in Wien, über den internationalen Tuberkulosekongress zu Paris, über die Versammlung der *Internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose* in Berlin, über die Jahres-

versammlung der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* in Berlin, über die bedeutsamsten Jahresversammlungen der deutschen Ortskrankenkassen.

× Kurze Chronik Am 23. Februar nahm die französische Kammer das Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung an. × Auf der 1. deutschen Wohnungskonferenz, am 17. März, in Frankfurt a. M., legten der Verein *Reichswohnungsgesetz*, das *Bureau für Sozialpolitik*, der *Bund deutscher Bodenreformer*, der *Zentralverband deutscher Ortskrankenkassen*, der *Verband deutscher Mietervereine*, der *Verband der Baugenossenschaften Deutschlands* etc., etc. die Grundlinien für eine Wohnungsreform Deutschlands fest. × Am 18. März war ein Jahrhundert seit der Begründung des ersten Gewerbegerichts, des *Conseil des prud'hommes* für das Seidengewerbe Lyons, verflossen.

× Literatur Für die Vertretung der Interessen der technisch-industriellen Beamten in den zu schaffenden Arbeitskammern legt sich Karl Sohlich in seiner Schrift *Technische Angestellte in Arbeitskammern!* (*Schriften des Bundes der technisch-industriellen Beamten* /Berlin, Selbstverlag/) ein. × In 3. Auflage erschienen das praktisch sehr brauchbare Schriftchen *Ernst Funks Was muss jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen?* /Berlin, Vahlen/.

Die *Monatsschrift für soziale Medizin* und das *Archiv für soziale Medizin* sind zu der monatlich erscheinenden Zeitschrift *Soziale Medizin und Hygiene* verschmolzen worden. Der umfassende Überblick über die theoretische und praktische Arbeit auf dem sozial-hygienischen Gebiete verleiht dieser Zeitschrift ein besonderes Interesse für den Sozialpolitiker. × Das Gebiet der privaten und öffentlichen Gesundheitspflege kultiviert trefflich die mit grossem Geschick redigierte Zeitschrift für *Volksgesundheitspflege* *Werde gesund!* des Dr. med. Georg Liebe. × Die Zeitschrift *Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht* brachte in Nr. 5 einen Artikel über den kollektiven Arbeitsvertrag in den Berichten des Berliner Unternehmertums, der den Fortschritt, den die Idee des kollektiven Arbeitsvertrags in Unternehmerkreisen macht, gebührend hervorhebt. PAUL KAMPFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Wohngemeinde und Betriebs-gemeinde Der § 53 des preussischen Kommunalabgabengesetzes sucht die steuerlichen Beziehungen zwischen Betriebs- und Wohn-gemeinden zu regeln. Danach kann die Wohngemeinde, das heisst diejenige Gemeinde, in der eine grössere Anzahl von Arbeitern ihren Wohnsitz hat, von der Betriebsgemeinde, das heisst derjenigen Gemeinde, in der diese Arbeiter ihre regelmässige Beschäftigung finden, unter gewissen Bedingungen einen Zuschuss verlangen. Die Mehrausgaben der Wohn-gemeinde müssen durch den Betrieb von Berg- und Hütten- oder Salzwirken, Fabriken oder Eisenbahnen in der Betriebs-gemeinde veranlasst und für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens und der öffentlichen Armenpflege erwachsen sein. Sie müssen ferner im Verhältnis zu den ohne diese Betriebe für die erwähnten Zwecke notwendigen Gemeindeausgaben einen erheblichen Umfang erreichen und geeignet sein, eine Überbürdung der Steuerpflichtigen herbeizuführen. Der von der Ortsgemeinde geforderte Zuschuss muss ein angemessener sein. Bei seiner Bemessung sind neben der Höhe der Mehrausgaben auch die nachweisbar der Gemeinde erwachsenden Vorteile zu berücksichtigen. Das Ziel dieses § 53 ging dahin, den grösseren Industriestädten einen Teil der Belastung der kleineren in ihrer Umgebung belegenen Landgemeinden mit grösserer Arbeiterbevölkerung zuzuwälzen. Er gehört also zu dem Rüstzeug, mit dem die preussische, agrarisch beherrschte Gesetzgebung den grösseren Städten das Leben sauer macht, ihnen die Lasten aufbürdet, für die nach den sonst gültigen Grundsätzen der Verwaltung die ländlichen Gemeinden oder der Staat aufkommen sollen. Nun muss zugegeben werden, dass in dem Paragraphen ein gewisser berechtigter Kern steckt. Die Städte heuten die Arbeitskraft der aus den Wohngemeinden ihnen täglich zuströmenden Arbeitermassen aus; sie haben nur die Vorteile dieses Zuzuges, während die Wohngemeinden in gesteigerten Armen- und Schullasten vor allem, dann aber auch in wachsenden Ausgaben für Strassenherstellung u. s. w. in erster Linie die Lasten zu tragen haben. Dass sie auch nicht unbedeutende Vorteile aus ihrer Lage zu den grossstädtischen Zentren haben, ist unbestreitbar. So findet zum Beispiel der landwirtschaftliche Besitz, der ja gerade durch den § 53 entlastet werden soll, in den gestiegenen Boden-

preisen reichlichen Ersatz für die Mehrbelastung. Die Einrichtungen der Grossstadt, die Krankenhäuser, höhere Schulen, Anschluss an Wasserleitung, Kanalisation etc. kommen der Bevölkerung der Vororte ebenso zu gute, wie den Einwohnern der Stadt. Dazu kommt ferner die günstige Kaufs- und Verkaufsgelegenheit, die der Markt der Grossstadt bietet. Das Verhältnis ist also durchaus kein einseitig die Städte begünstigendes. Trotzdem kann zugegeben werden, dass in manchen Fällen eine Überbürdung der Wohngemeinden durch Volksschul- und Armenlasten stattfindet, und eben die gleiche Überbürdung tritt ein, wenn kleinere Städte oder Landgemeinden durch den Einzug der Industrie schnell an Einwohnerzahl zunehmen. Die Besteuerung der industriellen Betriebe reicht in der Regel nicht aus, um das Anwachsen der Steuerlast zu verhindern; höchstens wird eine Verlangsamung des Tempos erreicht. Der § 53 des Kommunalabgabengesetzes macht keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Arten von Wohngemeinden. Die räumliche Entfernung zwischen der Betriebs- und Wohngemeinde wird von ihm vollständig vernachlässigt. Er setzt also die Städte der Schätzung auch durch solche Wohngemeinden aus, die nur durch die tägliche Wanderung der Arbeitermassen mit der Betriebsgemeinde in Verbindung stehen, während sie im übrigen ein durchaus selbstständiges Leben führen. Diese schematisch gleiche Behandlung der Wohngemeinden ist aber in den wirtschaftlichen Verhältnissen durchaus nicht begründet. Eine Vorortgemeinde, die mit tausend Fäden an ihr Zentrum gebunden ist, steht in einer ganz anders gearteten Beziehung zu ihm, als die Wohngemeinde, die vielleicht stundenweit entfernt liegt. In ihrem Falle ist auch ein solcher Anspruch auf Zuschuss viel gerechtfertigter, als in dem anderen, und wird als ein gewisser Druck zur Eingemeindung wirksam sein können. Bei den entfernter liegenden Wohngemeinden hätte aber nicht die Grossstadt, sondern der Staat als der Zuschussleister einzutreten.

Im Jahre 1903 veranstaltete der Stuttgarter Gemeinderat eine Umfrage bei den preussischen Grossstädten über die Wirkungen dieses § 53, veranlasst durch den Versuch der württembergischen Kammer, einen ähnlichen Paragraphen in das damals zur Beratung stehende Kommunalabgabengesetz einzufügen. Nach den erhaltenen Antworten von 25 Grossstädten

mit einer Bevölkerung von zirka 4 Mill. Seelen waren im Laufe von zehn Jahren 16 Ansprüche von Wohngemeinden auf Grund des § 53 erhoben worden. Davon ist keiner ohne Prozess und wurden nur zwei zu gunsten der Wohngemeinde entschieden. Der Paragraph hat sich nach keiner Richtung hin bewährt. Stets hat es langwieriger, durch alle Instanzen getriebener Prozesse bedurft, um zu einem trotzdem unbefriedigenden Resultate zu kommen. Wird doch mit der einmaligen prozessualen Entscheidung der Streit nur jeweils für ein Jahr erledigt, da mit jedem neuen Jahre sich die Tatbestände ändern und neue Untersuchungen angestellt werden müssen. Für den unzureichenden Charakter des § 53 ist bezeichnend, dass der Vorsitzende des Oberverwaltungsgerichtes in einer Streitsache der Stadt Stettin mit zwei Landgemeinden den Parteien dringend riet, sie möchten sich vergleichen, und ausdrücklich erklärte, die Streitigkeiten aus § 53 eigneten sich ganz besonders zum Vergleich. »Da der oberste Verwaltungsgerichtshof eigentlich doch eben Recht zu sprechen hätte, und der Rat zum Vergleiche gegenüber juristischen Personen komplizierten Willensapparates regelmässig auf sehr steinigem Boden fallen dürfte, so ist es sonst nicht gerade Gewohnheit des preussischen Oberverwaltungsgerichtes, derartige Ratschläge zu erteilen.« Insbesondere zwischen Berlin und seinen Vororten hat der § 53 zu zahlreichen Prozessen geführt. Rixdorf, Weissensee, Adlershof, Boxhagen-Rummelsburg etc. haben vom Berliner Magistrat Zuschüsse zu ihren Gemeindeausgaben verlangt, die ebenso regelmässig von diesem zurückgewiesen wurden. Der Streit zwischen Rixdorf und Berlin ist nach achtjähriger Dauer, soweit es sich um die Forderung eines Schulkostenbeitrages für das Jahr 1897-1898 handelt, Ende März erledigt worden. Das Oberverwaltungsgericht sprach Rixdorf einen Schulkostenbeitrag von 40 000 M. zu, während Rixdorf 80 000 M. gefordert hatte. In den noch schwebenden Prozessen fordert Rixdorf insgesamt mehr als 700 000 M. Auch der Prozess mit Weissensee ist zu ungunsten Berlins ausgefallen, und es lässt sich erwarten, dass in Zukunft immer neue, wachsende Ansprüche geltend gemacht werden. Die Berliner Verwaltung muss nunmehr die ablehnende Haltung, die sie in früheren Jahrzehnten der Eingemeindung der Vororte gegenüber eingenommen hat, teuer bezahlen.

Den Agrariern genügt die jetzige Fassung des § 53 nicht. In der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses, welche die Schulgesetznovelle berat, wurde von ihnen der Versuch gemacht, diesen Paragraphen weiter auszugestalten. Die Anträge wurden aber zurückgezogen, und statt dessen ein Initiativantrag eingebracht, der sehr einschneidende Änderungen an dem § 53 vor schlägt. Zu den Betrieben, durch die eine Zuschussforderungen begründende Mehrausgabe der Wohngemeinden veranlasst wird, sind die Steinbrüche und Ziegeleien hinzugefügt. Ferner sollen die Worte *zur Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens und der öffentlichen Armenpflege* gestrichen werden, so dass also schliesslich jede Gemeindeausgabe zur Begründung eines Zuschusses herangezogen werden kann. Schliesslich wurde der Nachweis der Überbürdung der Steuerpflichtigen gestrichen und durch *unbillige Mehrbelastung* der Steuerpflichtigen ersetzt. Es liegt auf der Hand, dass eine unbillige Mehrbelastung noch lange keine Überbürdung zu sein braucht. Die Wohngemeinden kommen also nach dem Initiativantrag viel früher in die Lage, einen Zuschuss von der Betriebsgemeinde zu fordern, als bisher. Auch was die Höhe des zu fordernden Zuschusses angeht, begünstigt der Initiativantrag die Wohngemeinden. Die Zuschüsse sollen nämlich nicht mehr, als die gesamten in der Betriebsgemeinde von den betreffenden Betrieben zu erhebenden direkten Gemeindesteuern, betragen. Wird also das Maximum der Wohngemeinde zugesprochen, so hätte die Betriebsgemeinde alle ihr durch die Betriebe erwachsenden Unkosten zu decken, ohne auch nur den geringsten steuerlichen Ertrag von ihnen zu haben. Denkt man sich diese Forderungen durchgeführt, so muss sie in der Praxis zu absoluten Sinnlosigkeiten führen. Über Streitigkeiten entschied bisher in letzter Instanz das Oberverwaltungsgericht. Der Initiativantrag will an seine Stelle den Provinzialrat setzen. Wie der Begründer des Antrags, Freiherr von Zedlitz, anführte, deshalb, weil das Verwaltungsgericht die Dinge allzu formalistisch verhandelt und, wie namentlich aus Hannover geklagt werde, die Beweisführung zu sehr erschwere. Da in den Provinzialräten die agrarischen Interessen vollständig vorherrschen, müssen sich die grösseren Städte, falls der Antrag Gesetz wird, darauf gefasst machen, dass sie in viel zahlreicheren Fal-

len, als bisher, zu noch höheren Zuschüssen an die ländlichen Wohngemeinden und Gutsbezirke verurteilt werden.

× **Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen**

Nach sächsischem Gemeinderatsrecht sind die Sitzungen des Gemeinderates nicht öffentlich. Doch kann durch Beschluss des Gemeinderates mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde die Öffentlichkeit eingeführt werden. Ein solcher Beschluss des Ortes Königswalde bei Annaberg wurde von dem Amtshauptmann Vitzthum von Eckstädt und dem Bezirksausschuss mit der folgenden Begründung abgelehnt: »Das Publikum, welches derartige öffentliche Sitzungen besucht, besitzt oft nicht die Fähigkeit, dem Gange der Verhandlung zu folgen und sich über ihn ein unparteiisches Urteil zu bilden. Es würde daher nur die Folge haben, dass über den Gang der Verhandlungen falsche und missverständliche Ansichten in die Öffentlichkeit kämen, und die Mitglieder des Gemeinderates aus Angst, in der Öffentlichkeit angegriffen zu werden, sich nicht getrauen würden, ihre Ansicht im Gemeinderat frei und offen auszusprechen. Die Aufklärung der öffentlichen Meinung geschieht vollkommen ausreichend dadurch, dass, wie bisher, dem *Annaberger Wochenblatt* ein vom Gemeindevorstand abgefasster Sitzungsbericht zugesandt wird.« Die vorgetragenen Ansichten sind von einem so vorsintflutlichen Charakter, dass für den Herrn Amtshauptmann und seinen Bezirksausschuss der einzige angemessene Platz im *Germanischen Museum* ist!

× **Elektrizitätsmonopol**

Wir haben bereits in einer früheren Rundschau kurz auf die Bestrebungen einer die *Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke* in Essen besitzenden Gruppe von Grossindustriellen und Banken hingewiesen, sich in dem westlichen rheinischen Industriegebiete das Monopol für die Lieferung von Elektrizität zu verschaffen. Nach anfänglichen Erfolgen scheint jetzt ein gewisser Stillstand in der Entwicklung des Monopols eingetreten zu sein. Die Versuche, das städtische Elektrizitätswerk in Dortmund zu erwerben, sind trotz der verlockenden Anerbietungen von der Stadtverwaltung abgelehnt worden. Um ein Gegengewicht gegen die Monopolbestrebungen zu bilden, wurde ferner das Projekt ausgearbeitet, für den M.-Gladbach-Rheydter Industriebezirk ein grosses gemeinsames Elektri-

tätswerk zu errichten, aus dem die sechs Kreise M.-Gladbach Stadt und Land, Neuss, Grevenbroich, Erkelenz und Heinsberg versorgt werden sollten. Wegen der hohen Kabelkosten wurde aber das Projekt von den Rheydter Stadtverordneten abgelehnt. Das Rheydter Elektrizitätswerk soll dagegen erheblich erweitert werden und den südlichen Teil des genannten Industriebezirkes versorgen, während M.-Gladbach den nördlichen Teil übernimmt. Im Crefelder Bezirk hat die Stadt Crefeld mit der Zeche *Rheinpreussen* einen Vertrag wegen Lieferung grosser Mengen elektrischen Stromes abgeschlossen. Die Stadt verteilt den Strom zu billigerem Preise an die Landgemeinden des Kreises Crefeld, die nicht gewillt scheinen, dem von der Kreisverwaltung mit dem *Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke* abgeschlossenen Verträge beizutreten. Im Kreise Hagen wird ebenfalls ein grosses kommunales Elektrizitätswerk gebaut; die Städte Hagen, Lüdenscheid, Iserlohn, Altena u. s. w. haben sich daran beteiligt, das Aktienkapital ist auf 4½ bis 5 Mill. M. festgesetzt. Auch Düsseldorf, das sich gleichfalls von den Monopolisten bedroht sah, brachte die Elektrizitätswerke in den zwei Vororten Rath und Gerresheim, allerdings unter grossen pekuniären Opfern, an sich. Zurzeit sind die gesamten Städte und Gemeinden in lebhafter Abwehr gegenüber den Monopolbestrebungen begriffen. Auch die Stellung der Kreisbehörden, von denen einige anfänglich den Monopolisten wohlwollend gegenüber standen, ist eine andere geworden. Sie sind jetzt, wohl auf Winke von Berlin aus, lebhaft bemüht, ihre Kreise vor diesen selben Monopolisten zu schützen.

× **Kurze Chronik** Die Mainzer Stadtverwaltung hat die Bildung eines Grundstücksfonds beschlossen. × Nach Beschluss des Stadtverordnetenkollegiums in Hanau soll das städtische Arbeitsamt in Zukunft den Arbeitssuchenden mitteilen, wann irgendwo ein Streik ausgebrochen ist oder Arbeiter ausgesperrt worden sind, falls dies dem Arbeitsamt durch eine Arbeiterorganisation mitgeteilt worden ist. × In Zukunft werden den städtischen Arbeitern in Frankfurt a. M. Mietszuschüsse gewährt, und zwar erhalten Arbeiter mit 1 bis 2 Kindern 60 M., Arbeiter mit 3 bis 4 Kindern 120 M., Arbeiter mit mehr Kindern 180 M. Ferner sollen Invaliden-

renten zur Hälfte, Unfallrenten überhaupt nicht auf die städtische Alterspension angerechnet werden, sonstige, aus Mitteln des Reiches, staatlicher oder kommunaler Verbände zustehende Bezüge nur insoweit, als sie mit der Pension das letzte Dienstinkommen übersteigen. Der Mindestbetrag der Pension wird auf 360 M. festgesetzt. X Die *Freie Vereinigung der Zentrumspartei* beider städtischer Kollegien, Münchens hat an die Abgeordnetenversammlung eine Petition gerichtet, worin sie die Einführung der Verhältniswahlen bei den Gemeindevahlen der unmittelbaren Städte verlangt. X Der *Stuttgarter Gemeinderat* hat auf Antrag des Ortsschulrates beschlossen, eine Einrichtung ins Leben zu rufen, die sich mit Abgabe eines warmen Frühstückes an bedürftige Schüler sämtlicher Schulklassen der hiesigen Volksschulen, der Mädchenmittelschule, sowie der Bürgerschule befasst, und die auch den Schülern wohlhabenderer Eltern gegen Bezahlung zugänglich sein soll. Zur Bestreitung des Aufwandes soll eine Summe von 18 000 M. in den Etat eingestellt werden.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Meister †

Am 5. April kam aus Hannover die betrübende Nachricht, dass Heinrich Meister an diesem Tage früh 6 Uhr infolge eines Schlaganfalls gestorben sei. Durch den Tod Meisters ist die Partei schwer betroffen worden. Der Verstorbene ist noch nicht 64 Jahr alt geworden, und von dieser seiner Lebenszeit hat er über 40 Jahre der Partei gedient. Er gehörte zu der alten Garde und hat für das Proletariat stets mit unermüdlicher Ausdauer und zäher Kraft treu gekämpft.

Meister wurde am 2. Oktober 1842 in Hildesheim geboren. Er besuchte bis zu seinem 14. Lebensjahre die Volksschule und lernte vom Jahre 1856 bis 1858 die Zigarrenmacherei. Im Jahre 1865 schloss er sich dann zugleich der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung an. Er wurde Mitglied des Tabakarbeitervereins, dessen stellvertretender Vorsitzender (unter Fritzsche) er von 1867 bis 1878 war; als nach dem Erlöschen des Ausnahmegesetzes diese Gewerkschaft sich von neuem auftrat, wurde er ihr erster Vorsitzender. Ebenso tätig war er auf politischem Gebiete. Am 16. November 1867 gründete er in Hannover eine Mitgliedschaft des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins*,

zusammen mit 16 Genossen, von denen er nun als letzter dahingegangen ist. Im Jahre 1884 erhielt er das Mandat für den Reichstag, das er seit 22 Jahren inne hatte. Seit vielen Jahren war er Mitglied der Kontrollkommission, zu deren Vorsitzenden er regelmässig gewählt wurde. Arm, wie Heinz — so wurde Meister von seinen engeren Freunden genannt — gelebt, ist er gestorben. Erst in reiferen Jahren konnte der Verstorbene daran denken, sich ein eigenes Heim zu gründen. Sein Verdienst als Zigarrenarbeiter war zu gering, als dass er davon eine Familie so hätte ernähren können, wie es seinen Ansichten entsprach. Noch als Erwählter des Volkes musste er in den Ferien oder aber, wenn der Reichstag geschlossen, in der Fabrik arbeiten. Nach 27jähriger Dauer löste er auf Drängen der Genossen sein Arbeitsverhältnis und machte sich selbständig. Von nun an gestaltete sich sein Einkommen erträglicher. Erst jetzt führte er die Gattin heim, die heute mit dem 5jährigen Sohn trauernd am Grabe steht.

Seine Beisetzung am 8. April gestaltete sich zu einer glänzenden Kundgebung des Hannoverschen Proletariats. Die Zahl der Teilnehmer am Begräbnis wird auf 30 000 geschätzt, ungezählt die Tausende, welche auf dem ganzen Wege entlang Spalier bildeten. Mehr als 200 Kränze und 30 Fahnen waren in dem Zuge verteilt. Die Reichstagsfraktion hatte zahlreiche Vertreter entsandt, und Parteivorstand und die Kontrollkommission waren fast vollzählig erschienen. An der Bahre sprachen die Abgeordneten Frohme und Singer, die in bewegten Worten die Charaktereigenschaften des Verstorbenen, seine Verdienste um die Partei darlegten. Hannover hat noch nie ein solches Massenaufgebot von Menschen bei einer Beerdigung gesehen. Und nicht auf Kommando sind die vielen Tausende dem Sarge gefolgt, sondern, weil sie dem Manne, der zu ihnen gehörte, der für sie gekämpft, mit dem sie gelebt und gestritten, die letzte Ehre erweisen wollten.

X
Entwicklung des Partellebens. Der Bericht des Zentralkomitees für das Königreich Sachsen für das Jahr 1905 ist erschienen. Das abgelaufene Jahr wird als ein bewegtes und arbeitsreiches Kampfesjahr bezeichnet, das grosse Opfer erforderte, aber auch viele Erfolge brachte. Im Vordertreffen des Kampfes stand die Wahlrechtsbewegung. Die grossen Protestkundgebungen vom

18. und 19. November und vom 3., 16. und 17. Dezember sind an dieser Stelle schon gewürdigt worden. Das Zentralkomitee beantragte, um den Beschlüssen des Parteitagcs von Jena nachzukommen, entsprechende Abänderungen des sächsischen Organisationsstatuts. Das neue Statut zeichnet sich durch eine zentralistische Tendenz aus. Die meisten sächsischen Wahlkreise hatten schon längst ihren Zentralwahlverein. An der Spitze dieser Kreisvereine stehen jetzt die 4 Agitationskomitees der Bezirke Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau, und über diesen Komitees steht das aus 3 Personen bestehende Zentralwahlkomitee. Gleichzeitig mit diesen Änderungen wurde die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher in allen sächsischen Organisationen beschlossen. Die Parteipresse hat sich günstig entwickelt; ihre Abonnentenzahl ist von 134 000 auf 142 000 gestiegen. Für die Agitation wurde ein einheitliches Flugblatt für das ganze Land in einer Auflage von 920 000 Exemplaren hergestellt. Die Auflage des Agitationskalenders stieg auf 200 000 Stück. Der Kassenbericht des Komitees verzeichnet eine Einnahme von 16 451 M., eine Ausgabe von 13 286 M. Über die Landeskonferenz, die um die Osterzeit in Zwickau stattfand, wird in der nächsten Rundschau berichtet werden.

Die vereinigten Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine H a m b u r g s haben ihren Bericht über das Jahr 1905 in einem kleinen Heftchen erstattet. Es gibt zunächst einen Überblick über den Wahlrechtskampf unserer Genossen. Sodann wird mitgeteilt, dass die hannoversche Parteiorganisation aus dem Verbands der Provinzialorganisation für Schleswig-Holstein ausgeschieden ist und sich eine eigene Landesorganisation geschaffen hat. Die Unterstützung, welche die Hamburger Genossen der schleswig-holsteinischen Bewegung lange Jahre in finanzieller und moralischer Hinsicht gewährt haben, kann diese nunmehr entbehren. Die Leserzahl des *Hamburger Echos* ist im Berichtsjahre von 40 500 auf 45 000 gestiegen — zurzeit beträgt sie 50 000 —, die Mitgliederzahl der Vereine von 18 186 auf 21 756. Für die russischen Revolutionäre ist aus Vereinsbeständen und Sammlungen die Summe von rund 40 000 M. dem Parteivorstand übergeben worden. Die drei Vereine hatten zusammen eine Einnahme von etwas über 116 000 M., eine Ausgabe von zirka 90 000 M. Sie werden nunmehr zu

einer Landesorganisation zusammengeschlossen. Die Parteigeschäfte der Wahlkreise werden von den einzelnen Vereinen selbst geregelt; den Vorstand bilden die Vorstände der drei Vereine; zur Führung der Geschäfte werden besoldete Beamte angestellt.

Eine glänzende Entwicklung nimmt die Parteiorganisation in Magdeburg. Seit dem 1. November vorigen Jahres, dem Tage der Eröffnung des Parteisekretariats, lief vor kurzem die 1000. Beitrittserklärung ein. Nach dem *roten Sonntag* sind rund 750 neue Mitglieder aufgenommen worden. Deren Gesamtzahl ist somit von 1800 im Oktober auf 2845 gestiegen.

Der sozialdemokratische Wahlverein Hannover zählte am 1. April 6500 Mitglieder, der von Lübeck 2007 Mitglieder.

× **Gemeindewahlen** ×
In einigen kleinen Orten der Provinz Brandenburg, so in Kurtschlag

und Michendorf, hatten die Ortsvorsteher alles Mögliche getan, um bei den Gemeindewahlen einen Sieg der *Roten* zu vereiteln. Sie hatten den Wahltermin mitten in die Woche verlegt, der eine hatte die Wahl sogar auf zwei Tage verteilt; die vielen in Berlin tätigen Arbeiter sollten dadurch verhindert werden, an der Wahl teilzunehmen. Diese aber hatten das Fahrgeld (in dem einen Falle bis zu 2,60 M.) nicht gescheut, und so wurden im zweitgenannten Ort 3, im erstgenannten 1 Sozialdemokrat mit grosser Mehrheit in den Gemeinderat gewählt. In Weisswasser (Oberlausitz) wurde ebenfalls ein Genosse gewählt. Einen glänzenden Sieg erfochten die Langenbielauer Genossen, die bei den Ergänzungswahlen 3 weitere Kandidaten durchbrachten; vor wenigen Wochen waren schon 2 gewählt worden. In Elbing wurden alle 3 aufgestellten Genossen mit grosser Majorität gewählt. In Bremerhaven sind unsere Kandidaten mit viel grösserer Stimmenzahl gewählt worden, als vor 2 Jahren. In den Orten Greppin, Bockwitz (Provinz Sachsen), Benschhausen (Thüringen) wurde je 1 Sozialdemokrat, in Annaberg (Provinz Sachsen) wurden deren 2 gewählt.

× **Frankreich:** ×
Fall Briand In das neue Kabinett Sarrien ist auch Genosse Aristide Briand eingetreten; doch hat seine Ministerschaft keine neue

Millerand-Affäre gezeitigt, das heisst, die Debatten über den *Ministerialismus*, die von dem Pariser internationalen Kongress /1900/ in nicht gerade gutem Gedemken bei uns sind, sind diesmal unterblieben. Es herrschte in der kaum geeinigten Partei offenbar ein Ruhebedürfnis, so dass man die Schwierigkeit, die aus der Differenz zwischen der tatsächlichen politischen Notwendigkeit und den diversen Kongressresolutionen entstanden war, nicht zu lösen, sondern zu umgehen suchte. Man fand daher den Ausweg, dass man die Ministerschaft Briands in der Praxis stützte, indem die Mitglieder der sozialistischen Parlamentsfraktion in ihrer Mehrheit für das Kabinett stimmten, dass man aber, um dies mit gutem Gewissen tun zu können, Briand für ausserhalb der Partei stehend erklärte. Dies geschah dadurch, dass der *Nationalrat* der Partei noch vor der definitiven Konstituierung des neuen Kabinetts eine Resolution annahm, die ohne den Namen Briands zu nennen, die folgende Erinnerung aussprach: »Angesichts der Behauptungen der Presse, dass ein Sozialist berufen worden sei, am kommenden Ministerium teilzunehmen, erinnert der *Nationalrat* daran, dass der Sozialist, der an einer bürgerlichen Regierung teilnimmt oder über die Teilnahme daran verhandelt, sich selbst ausserhalb der Partei stellt.« Durch diese Resolution ist das Verhältnis Briands zu den Sozialisten *de facto* wenig berührt worden. Der geeinigten Partei hatte sich Briand ohnehin nicht offiziell angeschlossen, und bei den kommenden Wahlen am 6. Mai wird Briand in seinem bisherigen Wahlkreise wieder als Sozialist kandidieren.

Die ganze Frage wird noch in dieser Zeitschrift bei der Besprechung der Wahlen durch die berufene Feder eines französischen Genossen erörtert werden.

×
Italien

In der italienischen Partei ist von neuem eine tiefgehende Krise ausgebrochen, die niemand, der ihre Geschichte seit dem Parteitag von Bologna /1904/ verfolgt hat, überraschen konnte. Ebenso wenig kann es überraschen, dass diesmal Ferri, der in Bologna zu gunsten der *revolutionären* Tendenz entschieden hatte, diesmal auf seiten der *Reformisten* steht und von den *Revolutionären* (mittlerweile *Syndikalisten*) aufs heftigste angegriffen wird. Der Anlass der neuen Krise wurde dadurch gegeben, dass die

Parlamentsfraktion auf Antrag Ferri für das Ministerium Sonnino zu stimmen beschloss: offenbar ein Widerspruch gegen die Resolution von Bologna, aber durch die politische Praxis bedingt. Die Fraktion hat auch zu ihrer Rechtfertigung eine von Turati verfasste Erklärung veröffentlicht und darin die konkreten Motive jenes Beschlusses dargelegt. Die *revolutionären Syndikalisten* versuchten nun, die Parteigenossen gegen die Fraktion mobil zu machen, sie verlangten, dass Ferri der Leitung des *Avanti* enthoben und ein ausserordentlicher Parteitag berufen würde. Sie sind aber mit ihrem Verlangen zunächst nicht durchgedrungen. Der Parteitag wird im September stattfinden, und dort wird wahrscheinlich die neue Krise ihre Erledigung finden. Über die Einzelheiten dieses auch für den internationalen Sozialismus äusserst wichtigen Konflikts vergl. den in diesem Heft enthaltenen Artikel des Genossen Leonida Bissolati *Die Krise in der italienischen Sozialdemokratie*, pag. 368 ff.

×
Vereinigte
Staaten von
Amerika

Aus dem Bericht der *S. P.* über das Jahr 1905 entnehmen wir das folgende.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl belief sich im verflossenen Jahre auf 22 881, verteilt auf 38 Staats- und Territorialorganisationen; hierzu kommen 446 Einzelmitglieder; insgesamt also 23 327 gegen 20 763 im Jahre 1904 und 15 975 im Jahre 1903. Die Gesamteinnahmen während des verflossenen Jahres beliefen sich auf 17 527, die Gesamtausgaben auf 17 474 Doll. Einen interessanten Einblick in die Tätigkeit der amerikanischen Partei gewähren die Ausgaben, welche für die sogenannten *Organisatoren* gemacht wurden. Es sind das Genossen, welche einen grossen Teil des Jahres unterwegs sind, um Versammlungen abzuhalten und Zweigvereine zu gründen; wir würden sie also *Agitatoren* nennen. Im Jahre 1905 waren im Auftrage des Zentralkomitees 18 unterwegs. Ihre Gesamttätigkeit erstreckte sich über 1252 Tage, an denen 1040 Versammlungen abgehalten und 80 Zweigvereine gegründet wurden. Zusammen legten sie während des Jahres 69 557 Meilen zurück und sprachen in 816 Orten. Die Totalausgaben für sie betragen im Jahre 1905 7262 Doll. Die durchschnittlichen Kosten eines Nationalorganisations belaufen sich auf 23,25 M. pro Tag. Diese Summe umfasst 12 M. an Diäten, das übrige an Reisespesen;

davon bringen die Organisatoren gewöhnlich durch Kollekten u. s. w. zirka 14 M. selbst auf.

× **Persönliches** Am 19. April ist Ignaz Auer 60 Jahre alt geworden. Es braucht an dieser Stelle nicht gesagt zu werden, was Auer für die Partei, für uns alle war und ist. Es gibt wohl niemand in der Partei, der nicht mit Bewunderung und Dankbarkeit, und unter denen, die ihn persönlich kennen, niemand, der nicht mit rein persönlicher Liebe und Verehrung an ihm hängt. Bereits vor einiger Zeit hat Max Schippel in dieser Zeitschrift (1904, II. Bd., pag. 596 ff.) seine grosse Persönlichkeit uns darzustellen versucht. Von Porträts, die seine Erscheinung zu fassen suchten, wenn sie sie auch nicht erschöpfen konnten, seien nur genannt die vorzügliche Photographie in der *Hütte* und das Gemälde Jens Birkholms, das in den *Sozialistischen Monatsheften* (1904, II. Bd., pag. 588) wiedergegeben ist. In den letzten Jahren ist Auer bekanntlich durch körperliches Leiden gezwungen gewesen, sich vom öffentlichen Leben etwas fern zu halten, so dass wir ihn überall, und vielfach gerade da, wo man seiner am meisten bedurfte, haben entbehren müssen. Wir wollen und können nur hoffen, dass seine Genesung bald eine völlige sein wird, so dass er der Sache wieder seine Vollkraft widmen kann.

In Rom hat vor kurzem Enrico Ferri sein 25jähriges Jubiläum als Universitätslehrer feiern können. Es wurde ihm ein Album überreicht, das die Namen von Hunderten von Professoren, Gelehrten und Parteigenossen aller Länder trägt. Der Rektor der Universität Rom hielt die Festrede, dann sprach ein Student dem verehrten Lehrer die Dankbarkeit seiner Schüler aus; in weiteren Reden wurden die Verdienste Ferris um die Kriminalanthropologie gewürdigt. Auch wir sprechen dem verehrten Genossen, dessen Temperament wir auf internationalen sozialistischen Kongressen haben bewundern können, unseren wärmsten Glückwunsch aus.

× **Kurze Chronik** In Kopenhagen siegte bei den kürzlich vorgenommenen Gemeindevahlen wieder die demokratische Liste, die auch 4 sozialdemokratische Kandidaten enthielt. × Ein neuer sozialdemokratischer Bezirksrichter ist in Zürich in

der Person des Genossen Heusser, eines Angestellten der *Grütlibuchhandlung*, mit 7494 gegen 4623 gewählt worden. Die Arbeiterschaft hat nun 3 Mitglieder unter den 25 des Züricher Bezirksgerichts gestellt. × Der ehemalige sozialdemokratische Parteiführer und Reichstagsabgeordnete Johann Most ist vor einigen Wochen in Cincinnati gestorben. Most wurde bei Beginn des Sozialistengesetzes aus Preussen ausgewiesen, ging zunächst nach England, wo er die *Freiheit* herausgab, die erst ein sozialdemokratisches Organ war, später aber immer mehr zu einem anarchistischen wurde, sowie ihr Herausgeber sich mehr und mehr zum Anarchismus entwickelte. Most ging dann nach den Vereinigten Staaten, liess hier sein Blatt weiter erscheinen und hat auch mehrfach Gefängnisstrafen erdulden müssen. Most wird von allen, die ihn gekannt haben, als ein durchaus ehrlicher Charakter, aber wenig klarer Kopf geschildert. Dieses Urteil scheint, nach seinen Schriften zu urteilen, zutreffend. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Fluktuation Eine üble Erscheinung in der Gewerkschaftsbewegung ist die Mitgliederfluktuation. Die Gewerkschaften haben diesem Übelstand schon durch verbesserte Agitationsmethoden und eine verbesserte Verwaltung, durch den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen und Vertiefung der Bewegung entgegenzuwirken sich bemüht, und es hat sich in den letzten Jahren auch schon eine bedeutende Verminderung der Fluktuation bemerkbar gemacht, immerhin ist diese noch sehr gross. So ist im Schuhmacherverband festgestellt worden, dass von 2526 Mitgliedern dieser Organisation 7741 weniger als 1 Jahr, 3814 1 bis 2, 4250 2 bis 3, 1867 3 bis 4, 1383 4 bis 5, 1339 5 bis 6, 1197 6 bis 7, 667 7 bis 8, 1176 8 bis 9, 557 9 bis 10 und nur 1355 mehr als 10, 62 gar nur mehr als 20 Jahre der Organisation angehören. Im Bäckerverband, wo gleiche Feststellungen gemacht worden sind, gehörten von 11374 Mitgliedern 2842 bis 2, 1519 bis 3, 933 bis 4, 480 bis 5, 512 bis 6, 290 bis 7, 303 bis 8, 169 bis 9, 165 bis 10, 270 über 10 und davon nur 3 bis 21 Jahren der Organisation an. Auch die soeben veröffentlichte Abrechnung des Metallarbeiterverbandes kann über einen Rückgang der Mitgliederfluktuation im Jahre 1905 be-

richten. Danach sind von den im genannten Jahre neu beitretenden 14046 männlichen und den 8963 weiblichen Mitgliedern 41,09 respektive 33,84 % verblieben, während im Jahre 1904 von 106291 männlichen und 6106 weiblichen neu beitretenden Mitgliedern nur 34,99 respektive 26,76 % der Organisation verblieben waren. »Die Mehrzahl der Austritte aus der Gewerkschaft dürfte auf ungenügende Beitragszahlung und nicht erfolgte Abmeldung zurückzuführen sein, immerhin ein Beweis, dass auf diesem Gebiet noch manches zu bessern ist, heisst es im vorjährigen Bericht des Verbandes. Nach unserer Meinung sollte auch die Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften intensiver und mit grösserer Systematik durchgeführt werden. Denn es ist im höchsten Grade unwirtschaftlich, wenn die Organisationen immer und immer wieder Arbeiterkreise organisieren müssen, die schon ein- oder mehreremale der Gewerkschaft als Mitglieder angehörten, ihr aber wieder mangels der nötigen gewerkschaftlichen Aufklärung verloren gingen.

× In der Zeit vom 19. bis 20. März fand in Berlin der 1. Schutzkongress für alle in der Schifffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter statt. Vertreten waren die Verbände der Seeleute, Hafendarbeiter, Schiffszimmerer, Maschinisten und Heizer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Handels- und Transportarbeiter und Fabrikarbeiter. Die wichtigsten Verhandlungsgegenstände bildeten Referate von Paul Müller über die soziale und rechtliche Stellung der seemännischen Bevölkerung, von J. Döring und Kirschnik über die Arbeitsverhältnisse und die soziale Fürsorge für die Hafendarbeiter, Binnenschiffer, Flösser, Flussmaschinisten und Heizer und von Wissel über die Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den deutschen Werften und die Mittel zu ihrer Verhütung. Beschlossen wurde unter andern die Errichtung einer ständigen Schutzkommission für alle in der Schifffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter. Der Kongress hat leider nicht die Beachtung gefunden, die er nach seiner Bedeutung und im Interesse der Sache verdient hätte.

Der Hafendarbeiterverband hielt seinen 9. Verbandstag vom 26. Februar bis zum 2. März in Stettin ab. Eingehend wurde über die Verschmelzung

der Organisation mit den Verbänden der Handels- und Transportarbeiter und Seeleute verhandelt. Im nächsten Winter soll unter den Mitgliedern der beteiligten Organisation über die Frage der Verschmelzung eine Urabstimmung vorgenommen werden. Das Verbandsorgan soll künftig wöchentlich erscheinen, der Verbandsbeitrag künftig für 44 Wochen im Jahre, statt bisher 39 Wochen, bezahlt werden.

Der 2. Verbandstag der Steinarbeiter, 2. bis 7. April in Nürnberg, beschloss, zu dem einen schon angestellten 5 weitere Gauvorsteher anzustellen. Der Zuschuss zur Streikunterstützung für Kinder wurde einheitlich auf 1 M. pro Woche und Kind festgesetzt, ohne Rücksicht auf die Beitragsklasse. Beschlossen wurde ferner die Errichtung einer Krankengeldzuschuss- und Sterbekasse und die Erhöhung des Beitrags um 5 Pf. in allen Beitragsklassen.

Am 25. März fand in Halberstadt die 4. Konferenz der Gewerkschaftskartelle in der Provinz Sachsen und Anhalt statt. Verhandelt wurde über den Bericht der Vorortzahlstelle, die Geschäftsführung der Kartelle und die Landesversicherungsanstalt Sachsen.

× Die grösste deutsche Gewerkschaft, der Metallarbeiterverband, hat sich im Jahre 1905 ausserordentlich günstig entwickelt. Die vielen Kämpfe, die ihm vom Unternehmertum aufgezungen worden sind, in der Absicht, ihn zu schwächen, haben seine Vorwärtsentwicklung nur beschleunigt. Durch die Aussperrungen wurden die der Organisation beharrlich widerstrebenden indifferenten Elemente nur mit Gewalt in die Gewerkschaft hineingetrieben, so dass diese im letzten Jahre allein um 60728 Mitglieder (30,52 %) zugenommen hat und am Jahresschluss 259692 Mitglieder zählte. Günstig war auch die finanzielle Entwicklung des Verbandes; verzeichnet er doch allein im letzten Jahre eine Reineinnahme von 5107717,41 M., gegen 3309887,86 M. im Jahre 1904. Von den Ausgaben sind bemerkenswert 2084540,02 M. für Streikunterstützung (1904 nur 829394,39 M.), 247372,13 M. (1904 nur 102098,14 M.) für Reisegeld, 480187,58 M. (400803,75) M. für Arbeitslosenunterstützung, 8136117 (58205,67) M. für Rechtsschutz, 103504,55 M. für Massregelungen, 70623,20 M. für Notfall- und 51421,62 M. für Umzugsunterstützung.

zung, ferner 177 049,88 M. für die *Metallarbeiterzeitung*, 127 201,17 M. für Agitation, 35 146,54 M. für persönliche und 88 337,25 M. für sachliche Verwaltungskosten. Trotz der vielen Kämpfe wurde noch ein Einnahmeüberschuss von 636 845,31 M. erzielt, so dass der Verband am Jahresschluss allein in seiner Hauptkasse über 2 177 198,44 M. Vermögen verfügte. Wie sehr sind aber die im Irrtum, die da glauben, die Gewerkschaftsbewegung habe keine Zukunft mehr oder sie versumpfe, wenn ein einziger Verband in einem Jahre um 60 728 Mitglieder zunimmt und insgesamt, einschliesslich der lokalen Aufwendungen, allein 2 828 270,02 M. für Streiks verausgabt und doch über 600 000 M. Kampfesreserven erübrigen kann!

× Presse × Mehr noch werden die Pessimisten, die der Gewerkschaftsbewegung eine wenig erfreuliche Zukunft prophezeiten, durch die Tatsache widerlegt, dass der *Proletarier*, das Organ des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter, eine Auflage von 106 000 erreicht hat. Der Organisationsboden, den dieser Verband zu bearbeiten hat, ist überaus steinig und hart, sagt der *Proletarier* in einem Festartikel aus diesem Anlass mit Recht. »Wenn andere Organisationen bei einmaliger Aussaat reichliche Ernten verzeichneten, mussten wir wiederholt den Samen der Organisation austreuen, und nur langsam, unter Aufwendung grosser Mühe, reifte uns die Frucht.« Die Freude über dieses ungewöhnliche Organisationsergebnis unter einer bis dahin nur schwer zugänglichen Arbeiterschaft ist daher nur zu berechtigt. Der Verband der Fabrikarbeiter etc. wurde vor rund 16 Jahren gegründet. Anfangs machte er nur wenig Fortschritte, im letzten Jahre hat er seine Mitgliederzahl aber verdoppelt. Eine Reihe anderer Gewerkschaftsorgane kann ebenfalls über grosse Fortschritte innerhalb ihrer Organisationen berichten. So hat der *Vereinsanzeiger*, das Organ des Malerverbandes, eine Auflage von 41 000, der *Töpfer* eine Auflage von 11 000 und der *Steinarbeiter* eine Auflage von rund 21 000 Exemplare erreicht.

× Kurze Chronik × In Nürnberg wurde die Gründung einer Dienstbotenorganisation vollzogen, die für die Hebung der sozialen

Lage der Dienstmädchen, für die Beseitigung des Zeugnisunwesens eintreten soll und die Errichtung eines Arbeitsnachweises ins Auge fassen wird. × Der Buchbinderverband hat die Anlegung eines Archivs beschlossen. × Der Maurerverband führte in der Zeit vom 25. März bis 1. April in allen Orten eine umfassende Hausagitation durch; es gelangte allenthalben eine grössere Agitationsschrift zur Verbreitung. × Nach dem *Zentralblatt* der christlichen Gewerkschaften gab es Mitte März an 125 Orten christliche Gewerkschaftskartelle, gegenüber 117 am Schluss des letzten Jahres.

× Literatur × Im Verlag von C. Heymann in Berlin ist ein neues Werk über die Gewerkschaftsbewegung erschienen, das eine Lücke in der Gewerkschaftsliteratur ausfüllt und dem Besten an die Seite zu stellen ist, was insbesondere von bürgerlicher Seite im letzten Jahrzehnt an Schriften über unsere Bewegung erschienen ist. Wir meinen W. Troeltsch und P. Hirschfeld *Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften, Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896 bis 1903*. Bis jetzt fehlte es an einem erschöpfenden Nachweis über die geographische Verbreitung der Gewerkschaften. Einzelnen und besonders den grössten Verbänden war eine solche Übersicht allerdings durch die nach Mitgliedschaften gegliederten Abrechnungen gegeben; die Verfasser haben nun dieses Material von 44 der grössten Organisationen aus den Jahren 1896 bis 1903 gesammelt und verarbeitet. Dabei haben sie sich bei den Versuche der Erklärung von Einzelzahlen und Zahlenreihen in grossem Umfang auf Auskünfte aus leitenden gewerkschaftlichen Kreisen gestützt. Für das Jahr 1903 ist dann von den Verfassern noch das Material über die Mitgliederbewegung der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften verarbeitet worden. Das Resultat dieser Arbeiten liegt uns nun in dem oben genannten Buch vor, das allein 131 Seiten Tabellennwerk und 20 grössere Tabellen im Text enthält. Aber nicht nur die geographische Gliederung der Gewerkschaften ist von den Verfassern untersucht worden, bis ins einzelne erörtern sie auch die fördernden und hemmenden Momente der Gewerkschaftsbewegung, inwieweit das Unternehmertum, die Volkseigentümlichkeit

ten, die Besonderheiten der Industrie, die Krisen, die Organisationseinrichtungen, die Persönlichkeit, die gegnerischen Organisationen auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften von Einfluss gewesen sind. Gerade diese Ausführungen machen das Buch besonders wertvoll, zeugen von dem guten Verständnis der Verfasser über unsere Bewegung. Bemerkenswert sei, dass nach den Untersuchungen der Verfasser die Schwerpunkte der Gewerkschaftsbewegung in Mitteldeutschland und in den Hansastädten liegt. Die Hirsch-Duncker'sche Bewegung besitzt in Berlin, Schlesien, der Provinz Sachsen und der Rheinprovinz ihre stärksten Positionen, die christliche Bewegung hat weitaus die meisten Anhänger (77,8 %) in Rheinland-Westfalen. Aber trotz der Stärke der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Organisationen in Westdeutschland befinden sich die freien Gewerkschaften dort noch im Übergewicht, wie denn die Gewerkschaftsbewegung dort mehr und mehr an Einfluss gewinnt. Im einzelnen diese Entwicklung der Mitgliederbewegung an der Hand des Troeltsch-Hirschfeldschen Buches klarzulegen, gestattet leider der Raum dieser Rundschau nicht. Wir können an dieser Stelle nur auf die grosse Bedeutung des Werkes hinweisen und allen Gewerkschaften dessen eingehende Lektüre dringend anraten. × Wer sich über die neuere Literatur über die Unternehmerbewegung informieren will, dem ist unter anderem die Lektüre von Ballenstedts *Arbeiterorganisation und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine* /Berlin, Elsner/ zu empfehlen. In überzeugender Weise wird in den vom Zimmererverband herausgegebenen *Statistischen Erhebungen über Arbeitszeit und Löhne der Zimmerer Deutschlands 1885 bis 1905* die Erfolglosigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen zahlenmässig veranschaulicht. Die Organisation hat es vermocht, wie hier von Ort zu Ort nachgewiesen wird, die Arbeitszeit um ein Bedeutendes zu beschränken und vor allen Dingen zu regeln, die Lebenshaltung zu verbessern, so dass in den 20 Jahren von 1885 bis 1905 die Stundenlöhne in vielen Orten sich verdoppelt, teilweise sogar mehr als verdoppelt haben. Und da gibt es in der Partei noch Leute, die von der *Sisyphusarbeit* der Gewerkschaften reden! × Den Kritikern des Gewerkschaftswesens empfehlen wir weiter zu recht fleissiger Lektüre die vom Schmiedeverband herausgegebene Schrift *Die Lage der Kessel-*

schmiede und deren Hilfsarbeiter in Deutschland, ferner *Die Ergebnisse der Statistik aus dem Jahre 1904 im deutschen Kupferschmiedegewerbe*, im Verlage des Kupferschmiedeverbandes erschienen, *Die deutschen Strassenbahner und ihre Arbeitsverhältnisse* von Max Quarck /Berlin, Verlag der Buchhandlung Courier und Statistische Erhebungen über die Erwerbsverhältnisse der Sattler Deutschlands im Jahre 1905 /Berlin, Blum. Alle diese Schriften legen von dem erfolgreichen Wirken der Gewerkschaften auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes Zeugnis ab. × Von der grossen aus Anlass der Heimarbeitsausstellung erschienenen Literatur der Gewerkschaften über die Heimarbeiterfrage ist besonders die gut ausgestattete Schrift des Holzarbeiterverbandes *Bilder aus der Heimarbeit in der Holzindustrie* erwähnenswert. × Aus der reichen Fülle der gewerkschaftlichen Publikationen erwähnen wir noch: *Die Aussperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie 1906*, herausgegeben von der Ortsverwaltung Berlin des deutschen Metallarbeiterverbandes, ferner *Die Arbeiterunfälle an den Holzbearbeitungsmaschinen*, nach einer Statistik des Verbandes der an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins, *Der Furnituremachei in der Schuhfabrikation*, herausgegeben vom Schuhmacherverband, *Ein Denkmal dem Christlichen Holzarbeiterverband*, aus Anlass des Schreinerstreiks in Köln 1905 /Stuttgart, Verlag des Holzarbeiterverbandes/ und *Die Stellung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Untergestellten zur allgemeinen Gewerkschaftsbewegung*, herausgegeben vom Verband der Steinsetzer.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Tarifverträge Das grösste Interesse an den Verhandlungsgegenständen des kommenden Genossenschaftstages (vergl. weiter unten *Kurze Chronik*) beansprucht zweifellos der abzuschliessende neue Tarifvertrag. Man entsinnt sich, dass die vorhergehenden Verbandstage solche Tarife bereits mit dem Verbands der Bäcker und dem der Handlungsgehilfen vereinbart hatten, während mit den Handels- und Transportarbeitern noch keine Einigung erzielt werden konnte. Der vorliegende Tarif hat nun die Zustimmung der Vertreter der Gewerkschaft und des genossenschaftlichen *Zentralverbandes* er-

halten; seine Annahme, vielleicht mit einigen unwesentlichen Änderungen, dürfte daher gesichert sein.

Wir geben nachstehend die Hauptbestimmungen des Entwurfes wieder. Die Arbeitszeit beträgt für Lagerarbeiter, Markthelfer, Kontoboten und ungelernete Arbeiterinnen 9 Stunden, an Sonnabenden 8 Stunden, insgesamt also 53 Stunden wöchentlich, für Kutscher und Stallleute je nach den Lohnsätzen 9 respektive 9½, Sonnabends 8 respektive 8½, wöchentlich also 53 respektive 56 Stunden. Die Löhne beginnen für die erstgenannten Kategorien mit Ausnahme der Arbeiterinnen mit wöchentlich 19 M. und steigen in 5 Jahren auf den Höchstgehalt von 24 M., für Kutscher und Stallleute sind sie bei 53 stündiger Arbeitszeit auf 19 M., steigend bis zu 24 M., bei 56 stündiger Arbeitszeit auf 20 M., steigend bis zu 25 M., festgesetzt. Ungelernte Arbeiterinnen erhalten 10 M., steigend auf 14 M. Zu diesen Löhnen treten Ortszuschläge von 2½ bis 25%. Überstunden werden männlichen Arbeitern mit 40 bis 60 Pf., weiblichen mit 25 bis 35 Pf., Nacht- und Sonntagarbeit mit 50% Aufschlag vergütet. Angestellte, die vor dem 1. Februar eingetreten sind, erhalten eine Woche Sommerferien unter Fortzahlung des Gehaltes. Bei Neueinstellungen ist der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis der Branche zu benutzen. Die Schlichtung von Streitigkeiten ist einem paritätisch zu wählenden Schiedsgericht mit einem dem örtlichen Gewerkschaftskartell angehörenden unparteiischen Vorsitzenden zu überweisen.

Bei der Durchführung des Tarifes sollen die örtlichen allgemeinen und die Konkurrenzverhältnisse im besonderen in angemessener Weise berücksichtigt werden, um Härten zu vermeiden. Es steht jedoch zu hoffen, dass von dieser Bestimmung, die unter Umständen eine völlige Durchlöcherung und damit Wertlosmachung des Tarifes bedeuten könnte, nicht allzu häufig Gebrauch gemacht wird. Nach der vom Sekretariat des Zentralverbandes aufgenommenen Lohn- und Arbeitsstatistik, deren Resultate bis jetzt für die genannten Gruppen vorliegen, hat nämlich bereits zirka die Hälfte der hier in Frage kommenden Arbeiter die im Tarif vorgesehenen oder sogar noch bessere Arbeitsbedingungen; es wird also keineswegs etwas Unerreichbares gefordert. Selbstverständlich ist es auch, dass vorhandene

bessere Bedingungen durch den Tarif nicht herabgedrückt werden dürfen.

Sowohl die aufgenommene Statistik, als auch der vorliegende Tarif legen Zeugnis ab von dem earnesten Willen der deutschen Konsumvereine, auch in der Behandlung ihrer Angestellten zu muster-gültigen Institutionen zu werden.

×
Seifenfabrik der G. E. G. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau teilt

mit, dass, als sich der Errichtung der von der G. E. G. geplanten Seifenfabrik in Aken Schwierigkeiten in den Weg stellten, die Gesellschaft seinerzeit auch nach anderer Seite hin Schritte getan hat, um die Gründung nicht allzu sehr zu verzögern. Sie hat sich in Zerbst das Verkaufsrecht für ein sehr günstig an der Bahn gelegenes Grundstück gesichert und daraufhin am 22. August 1905 die Pläne bei der dortigen Polizeiverwaltung eingereicht. Leider haben die Zerbster nicht mehr Verständnis für den genossenschaftlichen Fortschritt gezeigt, als die Akener. Auch hier wurde von allen möglichen Seiten Einspruch erhoben, der aber diesmal wenigstens nicht nationalökonomisch-politisch, sondern rein hygienisch und ästhetisch begründet wurde. Da weder bei dem ersten, noch bei dem zweiten Termin am 19. und 29. März eine Einigung der Parteien zu stande kam, so wird sich nun das Kreisverwaltungsgericht mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Wir hatten angenommen, dass nach der für die G. E. G. günstigen ministeriellen Entscheidung der Errichtung der Fabrik in Aken nun nichts mehr im Wege stehen würde. Offenbar hat sich aber doch noch ein Haken gefunden, so dass man weiterhin auf Zerbst reflektiert.

×
Hamburg: Pro- duktion Die junge Hamburger Genossenschaft hat ihren

Ruhmesblättern ein neues hinzugefügt: die Vollendung ihres grossen Wohngebäudes in Barmbeck, das — eigentlich ein Komplex von 19 Einzelhäusern — 256 Wohnungen, 6 Läden und ein Restaurant umfasst. Die Produktion ist damit in den Besitz des grössten einheitlich bebauten Wohngebietes in Hamburg gekommen. Der Platz, auf dem sich das Gebäude erhebt, ist 812 qm gross und wird von vier aussergewöhnlich breiten, baumbepflanzten Strassen eingeschlossen. Rings um

das Grundstück ziehen sich Vorgärten; auch der 17 m breite Hof ist mit gärtnerischen Anlagen geschmückt und bietet in seinen Spielplätzen den Kindern einen idealen Aufenthaltsort. Die Wohnungen zerfallen in 7 vierzimmerige, 45 drei-, 202 zwei- und 2 einzimmerige, sämtlich mit Küche. Im Durchschnitt haben die Zimmer, die alle hell und luftig sind, eine Grösse von 15 bis 16 qm, die Küchen eine solche von 11 qm. Zu jeder Wohnung, mit Ausnahme der zur Benutzung der Vorgärten berechtigten Parterrewohnungen, gehört ein geräumiger, windgeschützter Balkon oder eine Loggia. Ausserdem hat jede Wohnung ein eigenes Klosett, eine Brausekabine, einen Keller und einen grösseren Bodenraum. Auch auf eine möglichst den Schönheitsbedürfnissen Rechnung tragende Ausstattung der Wohnungen ist Wert gelegt. Die Küchen sind 1½ m hoch mit weissen Kacheln belegt. Die Wände der Wohn- und Schlafzimmer sind im modernen Geschmack einfarbig gestrichen und schliessen oben mit einem der Bestimmung des Zimmers angepassten Motivstreifen ab. Nach aussen hin wirkt das unten in Kunststein, oben in Rohbau, der durch verputzte Flächen unterbrochen wird, ausgeführte Gebäude in seiner Zweckmässigkeit bei aller Einfachheit künstlerisch schön und monumental. Die Herstellungskosten der ganzen Anlage inklusive Platz belaufen sich auf rund 1 350 000 M. Verteuert wurde der Bau durch weitestens Entgegenkommen der Verwaltung an die Wünsche der dabei beschäftigten Arbeiter. Auch wurde natürlich nur erstklassiges Material verwendet. Trotzdem sind die Mieten, die einer 7prozentigen Verzinsung des angewandten Kapitals entsprechen und damit reichliche jährliche Abschreibungen erlauben, keineswegs hohe. Sie betragen für die Vierzimmerwohnungen 400 bis 465 M., für drei Zimmer 332 bis 459 M., für zwei Zimmer 216 bis 376 M., für ein Zimmer 176 bis 183 M. und für einige mit Bad versehene Dreizimmerwohnungen 465 bis 521 M. Das sind für Grossstadtverhältnisse sehr bescheidene Preise, wie auch ein Vergleich mit den in der Nachbarschaft der Genossenschaft verlangten Mieten durchweg zu gunsten der letzteren ausfiel. Man darf also mit Recht sagen, dass die *Produktion* die schwierige Aufgabe der Schaffung von allen berechtigten Ansprüchen genügenden grossstädtischen Arbeiterwohnungen gelöst hat.

Der letzte Geschäftsbericht der Genossenschaft, der eine eingehende Beschreibung nebst Plan und Abbildung des neuen Gebäudes bringt, entnehmen wir noch folgende Mitteilungen. Die Mitgliederzahl der Genossenschaft stieg in dem am 31. Dezember abgelaufenen 7. Geschäftsjahre von 18766 auf 20556. Der in 34 Filialen erzielte Gesamtumsatz betrug 3 322 989 M., wobei eine Reinersparnis von 138 099 M. erübrigt wurde. Es wird davon eine 3½ prozentige Umsatzrückvergütung und eine 4prozentige Dividende auf eingezahlte Geschäftsanteile ausgeschüttet, während 16 200 M. den verschiedenen Fonds zufließen. In der eigenen Grossbäckerei des Vereins wurden für 423 462 M. Waren erzeugt, in der Schweineschlächtereier für 411 978 M. Beide Betriebe schliessen mit einem Überschusse von 9120 respektive 1803 M. ab. Die Genossenschaft zählte am Jahresschlusse 216 Angestellte, darunter 18 in der Verwaltung, 158 in der Distribution und 40 in der Produktion beschäftigte Kräfte. Das im Jahre 1904 durch einen riesigen Brand vernichtete Lagergebäude konnte genau ein Jahr darauf in erweiterter und zweckmässigerer Gestalt von neuem dem Gebrauch übergeben werden. Sehr gut bewahrt hat sich die Einrichtung des Nothfonds: die angesammelten Fonds waren Ende 1905 auf 157 418 M. angewachsen, die Zahl ihrer Besitzer auf 6766. Davon machten 685 im Laufe des Jahres Abhebungen im Gesamtbetrage von 15718 M. Möge es der *Produktion* vergönnt sein, auch weiterhin von Erfolg zu Erfolg zu eilen!

× >
Breslau Ein interessantes Vergleichsobjekt zu dieser jungen, mit Riesenschritten vorwärtsstrebenden Genossenschaft bildet der Breslauer Konsumverein. Dieser grösste deutsche Konsumverein hat kürzlich sein 40jähriges Jubiläum gefeiert. 1866 von 64 Einwohnern mit einem Kapital von 79 Tlr. und 3 Sgr. gegründet, zählte der Verein Ende 1905 83 279 Mitglieder, deren Geschäftsgut haben 2 678 225 M. betragen, bei einer Gesamtbevölkerung der Stadt von 465 000. Der Umsatz stellte sich auf 1 587 367 M., der Nettoüberschuss auf 1 931 345 M.; die Rückvergütung betrug 11%. Der Breslauer Verein beschäftigt zurzeit 689 Angestellte. Er besitzt eine ganz modern eingerichtete Bäckerei mit 23 Doppelbacköfen und eröffnete vor

einem Jahre eine Mineralwasserfabrik, aus der bis zum Jahreschlusse 741 095 Flaschen der verschiedenen Erfrischungsgetränke hervorgehen.

Das sind gewiss recht schöne Zahlen und Leistungen. Aber zieht man das Alter des Vereins und die Tatsache in Betracht, dass nahezu jede Breslauer Familie ihm angeschlossen ist, so muss man zugeben, dass eine vom Hamburger Geiste durchtränkte Leitung hier noch unvergleichlich viel mehr hätte schaffen können. So ist es zum Beispiel erstaunlich, dass der Verein noch nicht einmal über die Vermittlung von Lebensmitteln hinausgekommen ist. Und wieviel Eigenbetriebe würden bei einem solchen Umsatze rentabel sein! Es zeigt sich hier eben deutlich, wie sehr bei aller Notwendigkeit einer naturgemässen Entwicklung ein planvolles, weitsichtiges Vorgehen im Vorteile ist vor einem sich nur empirisch von den Tatsachen vorwärtstreiben lassenden Handeln.

× Die von Dr. Franz Oppenheimer seit Jahren propagierte Idee der ländlichen Siedlungsgenossenschaft soll nun wirklich die Probe eines praktischen Experiments unterworfen werden, nachdem der erste Versuch dazu an der Unmöglichkeit, die nötigen Mittel aufzubringen, gescheitert war. Dr. Oppenheimer hat eine G. m. b. H. mit einem Kapital von 230 000 M. gegründet, der Vertreter der verschiedensten Parteien und volkswirtschaftlichen Anschauungen angehören, und die bereits im letzten Sommer ein für die Zwecke der Siedlung geeignetes altfeudales Gut Wenigenlupnitz bei Eisenach an der nördlichen Abdachung des sagenberühmten Hørselberges erworben hat. Das Gut hat eine Grösse von 2510 preussischen Morgen, wovon 1600 Morgen Acker, 170 Morgen Wiese, der Rest Wald ist und bietet zurzeit drei Dörfern mit zusammen 1500 Einwohnern Arbeitsgelegenheit. Boden und Wald sollen von vorzüglicher Qualität sein, wenn auch die ganze Besitzung sich in einem Zustande ziemlicher Verwahrlosung befindet, die sofort die Investierung grösserer Kapitalien notwendig gemacht hat. Das für 660 000 M. erworbene Gut stand demnach bis zum 30. September (Abfassung des Geschäftsberichts) mit 800 000 M. zu Buch. Von den sozialpolitischen Plänen Dr. Oppenheimers soll zunächst nur die Gewinnbeteiligung in Anwendung

kommen, und zwar sollen in Anbetracht des heruntergekommenen Zustandes der Wirtschaft sofort 25% des Gewinns pro rata der Gehälter und Löhne verteilt werden, ehe an die Ausschüttung einer Kapitalsdividende gedacht wird. Allmählich sind dann die Ansprüche der Gesellschaft bis auf die im Statut vorgesehenen zu steigern, demzufolge zunächst das Kapital 4% Zinsen aus dem Reingewinn erhält, dessen Rest dann zu 25% dem Kapital, zu 75% den Arbeitern und Beamten als Gewinnanteil zufällt. Oppenheimer rechnet damit, dass diese hohe Gewinnbeteiligung ein ungeheurer Ansporn für bessere Leistungen und Vermeidung fahrlässiger Schäden und böswilliger Schädigungen durch die Arbeiter sein wird, so dass hier die Vorteile des Kleinbetriebes (Sparsamkeit, Sorgfalt, quantitativ und qualitativ bessere Leistungen) mit denen des Grossbetriebes (Kapitalintensität, intelligente Leitung, Maschinenanwendung) vereinigt sein werden. Nach zehn Jahren soll es sich dann zeigen, ob die bisher beschäftigten Arbeiter bereit sind, das Gut gemeinsam zu erwerben und als richtige Siedlungsgenossenschaft zu bewirtschaften. Inzwischen sollen schon immer erprobte Arbeiter an den Aussenschlägen kleine Pachtstellen erhalten, bei deren Bewirtschaftung sie von der Gutszentrale nach Möglichkeit unterstützt werden. Auch die Ansiedlung selbständiger, wirtschaftlicher (Handwerker, Gärtner und freie Berufe) soll gefördert, ein Gutskonsumverein, Kreditkasse, Versicherungsgenossenschaft u. s. w. gegründet werden. Es muss anerkannt werden, dass hier ein Weg eingeschlagen wird, der alle Gefahren, die mit der direkten Inaugurierung einer Siedlungsgenossenschaft verbunden wären, glücklich vermeidet und, indem auf ihm zunächst eine jahrelange Erziehung der in Frage kommenden Arbeiter vorbereitet wird, die möglichste Garantie für ein glückliches Ausschlagen des Experimentes bietet.

× **Umsatzsteuer** In Sachsen geht wieder einmal die Umsatzsteuer um. Am 22. März behandelte die Kammer den ihr von nationalliberaler und konservativer Seite zugegangenen Antrag auf obligatorische Einführung einer Umsatzsteuer auf Grossbetriebe, die im Kleinhandel Lebensmittel oder Bekleidungsgegenstände u. s. w. verkaufen, durch die Gemeinden. Nicht weniger als 157 Mittelstandspe-

tionen lagen zu dem Antrage vor, der denn auch von der Kammer mit 42 gegen 30 Stimmen angenommen wurde. Immerhin liegt in dieser Abstimmung ein Fortschritt gegen frühere Zeiten, insofern, als die Zahl der Umsatzsteuergegner bedeutend gewachsen ist. Die Regierung liess durch Minister von Metzsch erklären, dass sie nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren müsse, und dass auch keine Divergenz der Meinungen über diese Frage in ihren Kreisen bestehe. Merkwürdiges Land, in dem, wie es scheint, es das Los der Regierung ist, den Fortschritt gegenüber der *Volksvertretung* zu verteidigen!

× Kurze Chronik Auf der Tagesordnung des vom 18. bis 20. Juni in Stettin stattfindenden 3. ordentlichen Genossenschaftstages des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* stehen neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten: Vereinbarung eines Lohn- und Arbeitstariifs mit dem Verbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen und Einsetzung eines Tarifamts des *Zentralverbandes* (Referent Schmidtchen-Magdeburg), der weitere Ausbau der Organisation des *Zentralverbandes* (Referent Barth-München), Beitritt der Verbände zum *Internationalen Genossenschaftsbund* (Referent Lorenz-Hamburg). × Der Steuerausschuss des oldenburgischen Landtages fordert eine Hinzuziehung der bis jetzt steuerfreien Konsumvereine zur Einkommensteuer, während die in Oldenburg vorherrschenden landwirtschaftlichen Genossenschaften nach wie vor unbehelligt bleiben sollen. × Wie die *Monatsblätter des Lagerhalterverbandes* mitteilen, erhielt der Konsumverein Gardelegen bei Kiel eine Aufforderung der dortigen Polizeiverwaltung, den Lagerhalter Daladas zu entlassen, da dieser der sozialdemokratischen Partei angehöre; widrigenfalls müsste der Austritt aller im Staatsdienst u. s. w. beschäftigten Personen veranlasst werden. Leider teilten die *Monatsblätter* nicht mit, was die Vereinsverwaltung auf diese Unverfrorenheit geantwortet hat. × Die von der Mailänder Konsumgenossenschaft (vergl. pag. 191) errichtete Volksherberge (*Albergo Popolare*) wurde im Jahre 1905 von 174 472 Gästen besucht gegen 152 766 im Vorjahre. Durchschnittlich

wurden in den 500 Zimmern täglich 478 Gäste beherbergt. Das *Dormitorio* hatte taglich im Durchschnitt 337 Gäste, darunter 30 Frauen.

GERTRUD DAVID

KUNST

Bildende Kunst

Meunier Die von Keller & Remer im Gebäude der alten Malersikhochschule zu Berlin veranstaltete Gedächtnisausstellung zu Ehren des grossen belgischen Bildhauers war von zwiefacher Wirkung; die weitesten Kreise derer, die den Ereignissen der Reiche des Geistes verspätet folgen, gaben unverhohlen ihrer Begeisterung Ausdruck, als gelte es, den Grössten, endlich zu verdientem Ansehen Gelangten zu feiern, während die sogenannten Kenner nach Hause gingen, teils in dem Gefühl, über die im Innern unruhig streitenden Zweifel Klarheit gebracht zu haben, teils, mal wieder einen *abgesägt* zu haben. Literaten verkündeten den allzulauten Ruhm des Künstlers, Literaten nahmen ihn schön; die rechte Würdigung liegt zwischen diesen Extremen. Einsichtsvolle Künstler geben Meunier nach wie vor das Seine. Denn er war nicht nur ein starker Mensch, er war auch ein Plastiker, der nicht gegen die Grenzen seiner Kunst versties, wie es ringsum im Reiche seiner Berufsgenossen gang und gäbe ist. Wenn aber auch wir heute nicht ohne Vorbehalt in ein Lob einstimmen, so müssen wir betonen, dass wir diesem Künstler gegenüber stets der Meinung waren, dass eine Gefühlseinseitigkeit ihn zugleich beenge und seine Qualitäten grösser erscheinen liess, als sie in Wirklichkeit waren. Dadurch erinnert er uns nicht wenig an den äusserlich so ganz anders gearteten Thoma. Beide gehen — wie jeder grosse Künstler — vom Gefühl aus, aber geben es in einer Vereinfachung, die nicht mehr künstlerisch und darum nicht selten jenes auch dünn wirken lässt. Es ist anfangs bei Meunier durchaus nicht der *Stoff*, der allein fesselt, es ist seine Linie, die ihn gross macht; ihn schüttelte das soziale Gewissen, und in grossen Zügen brachte er es zum Ausdruck; ein Tolstoj der Plastik. Sein Werk eine Predigt. So war er formal durch sein Weltempfinden zur Einseitigkeit verurteilt. Kein ganz grosser Künstler, vielmehr ein mittlerer, reckte er seine Begabung an einem grossen Gedanken zur Monumentalität empor; ein Wollen, das ihm aus der Stärke seines mitleidigen

Herzens gelang. Es war töricht, ihn als Plastiker neben Rodin zu stellen, doch aus seinem Empfinden heraus überragt er noch alles, was neben Rodin an Plastik geschaffen wird. Die Grenzen der Begabung Meuniers erkennen wir am deutlichsten an seinen Malereien, und wer je im Brüsseler Museum vor seinen früheren Arbeiten dieser Art gestanden ist, kann es im ersten Augenblick gar nicht fassen, dass es Arbeiten von der Hand eines sind, der seit mehr denn einem Jahrzehnt als der grösste Bildhauer ausgerufen wird. Seine neueren Malereien, in denen der Geist seiner Plastik waltet, stehen seinen Zeichnungen noch nach. Seine Linie ist hier so monoton, dass sie der Pose nicht fern ist. Dies erkennen wir am ehesten an den Gemälden, auf denen eine Gruppe in Aktion ist: da wird die Linie durchaus nicht aus der Funktion der Arbeit entwickelt, die Leute greifen leblos zu, ihre Hand ist an den Strang gelegt, wie einst die Klassizisten die Glieder der Modellpuppe nach antikem Vorbild bogen. So ist der Künstler arm an dem Leben entwickelten Forminhalten und wurde zum Akademiker seiner Linie, wie er notwendig ein schwacher Porträtist war. Und weil jenes eine Gefühl es ist, das ihn trägt, durch jene einzige Linie, wirken seine lebensgrossen Figuren eindrucksvoller, als die kleinen, in denen das Gefühl nicht stark genug nachwirkt, um die Form zu beleben.

× **Courbet** ×
Was uns heute an diesem Vorkämpfer der modernen Malerei auffällt, ist seine

Vorliebe für aussergewöhnliche Vorgänge in der Natur; sie ist auf seinen Bildern stets in Aktion. Das Meer schlägt hohe Wellen, ein Gewitterregen prasselt nieder, oder am Horizont steigen dräuende Wolken auf. Es muss diesem ein leidenschaftliches Temperament des Malers zu Grunde liegen. Denn wo diese Bewegung nicht das Treibende seines Schaffens ist, sehen wir einen Reichtum anderer Art, eine Lust an der Üppigkeit des Animalischen; handele es sich nun um ein reiches Stilleben, um die Lust, das wulstige Fell eines Bullen zu malen oder die strotzende Kraft einer schlafenden Frau. Den Wald zeigt uns der Maler stets in seinem dichtesten Innern, und nie ohne Wild. Aber sehr lebendig ist dieser dunkle Wald nicht immer, wenigstens nicht auf diesen Bildern, die wir bei Paul Cassirer sahen, und die ja nicht zu Courbets besten Arbeiten zählen. Es

ist in diesen Bildern alles sehr gut gemacht, und nicht ohne eine gewisse dekorative Kühle bei allem romantischem Schwung. Denn, seltsam ist es zu sagen, dieser einstige Revolutionär der Kunst, der nichts als die Wahrheit wollte, er wirkt auf uns wie ein alter Romantiker, und seine kleine *Eselreiterin* könnte beinahe von Schwind sein. Von den hier ausgestellten Sachen gehörte der sonnbeschienene Kopf einer Frau im Strohhut entschieden zu den besten. Am zartesten im Ton und unserem Farbenempfinden zunächst war wohl eine kleine Landschaft mit grauen Weiden. Wie leidenschaftlich aber dieser Künstler der Natur nahte, erkannte man an den verschiedenen Winterbildern, denen in ihrer starren Kraft beinahe etwas Grausames eignete. Trotzdem bleibt es zu verwundern, dass dieses starke Temperament nicht tiefer in die Natur eindrang; in allen diesen exzeptionellen Landschaften ist ein Rest, von Theaterpathos, auch in der Farbe, und einer zarteren Herbstlandschaft fehlt doch der feine Hauch; sie ist nur tonig gut, aber dieses Wort in einem äusserlichen, leblosen Sinne gefasst. Der Künstler scheint sein Bestes gegeben zu haben, wo er das animalische Leben der Kreatur darstellte, im schlafenden, vegetierenden Menschen und im Tier: da wirkt er dann lebendiger, als in der Landschaft allein, die zu beseelen ihm nicht gegeben war. Das grösste seiner Bilder, die *Ringkämpfer*, vereint seine Mängel und seine Vorzüge. Landschaft und Figuren gehen nicht recht zusammen; diese wirken übermodelliert und erinnern noch stark an eine Ateliermalerei nach spanischem Vorbild, jene gleicht einem in Gold und Grün gewirkten Gobelin mit wundervoll zartem Himmel. Die Abhängigkeit und das Eigene des Künstlers zeigt dieses Bild, und zugleich die starke Begabung.

× **Schuster-Woldan** ×
Ein ganz verblasener Hauch des späten Venedig (ohne direkte Anlehnung) und ein Hauch aus dem französischen Rokoko (wieder ohne direkte Anlehnung) gingen im Gehirn dieses Malers — bei Schulte sahen wir seine Bilder — eine Ehe ein. Man denkt vor diesen Malereien an das Foyer eines eleganten Opernhauses, aber nicht an eines der Wirklichkeit, sondern wie es in einer blassen Erinnerung fortlebt, in der aus seinen Stucklunetten gezierte Schäferinnen herniederlächeln, deren unwirkliche Glic-

derranken ein Maler ersann, dem der Anblick der natürlichen Schönheit des Weibes das Blut nicht zu wärmen vermochte. O, über die Chocolade- und Nougatträume dieses Hofkonditors Schuster-Woldan! Schönheit nennt sich hier, was nur auf Torten als solche gilt, und die Menschen in ihrem leblosen Schnörkel sind jene, die ein Kind sich als allein von Chocolade ernährte Prinzessen denkt. Dass die Farbe als Träger solcher Stimmungen eine durchaus unwirkliche, nicht durch Relativwerte gerechtfertigte ist und ihr jede organisch-bildende Kraft fehlt in ihrer braungoldenen Schlawheit, braucht nicht erwähnt zu werden. Doch es gab eine Zeit, da der Maler der Natur näher stand und sie studierte; ich meine: das Porträt eines Fräuleins J. H. und das Bild mit dem ein wenig gespreizten Titel *An den Pforten der Dämmerung*; es kann wenigstens als ein Versuch in diesem Sinne gelten. Und um nicht als prinzipieller Gegner Schuster-Woldans zu gelten: ich könnte mir denken, dass einer diese alte Schönheit, fasziniert vom leonardesken Giocondablick, aufleben liesse; doch müsste der Farbe eines solchen Malers jene aus der lebensschweren Erinnerung geborene Kraft der Suggestion eigen sein, die, wie mit der Flamme zunge des Cherubs, das Verstorbene zu neuem Leben zwingt und die Herzen öffnet, dass im Kleinsten das All sich ihnen offenbart.

× **Künstlerinnen** Es hat sich ein Verein der *Künstlerinnen Berlin-München* gebildet. Seine erste Ausstellung veranstaltete er im Kunstsalon von Gurlitt. Neues gab's da nicht zu sehen. Aber warum will man auch immer Neues sehen? Und es scheint, als ob man an einen solchen Verein von Damen noch leichter mit ähnlichen Erwartungen heranträte, und dann eine Enttäuschung erlebt, die in der eigenen unberechtigten Forderung zu suchen ist. Was an Neuem und Eigenem geben uns denn heute die jungen Maler? Die an der Spitze dieses Vereins stehenden Malerinnen Hitz, Wolfthorn, Kollwitz, Lepsius gaben teils schon bekannte Bilder, teils Bilder ihrer bekannteren Art; neue Künstlerinnen von ähnlicher Begabung fanden wir nicht. Ida Gerhardi ist in der Skizze flott, im Erfassen einer Bewegung, sonst wenig eigen. Die jungen Sezessionisten von heute ahmen ja auch nicht selten ein Vorbild in einer bedenklichen Weise nach; aber die Arbeiten des

Gros dieser Damen sind doch um einen Grad talentloser, noch weniger *gekonnt*. Die Damen begnügen sich leichter. Zwar ist das Stilleben der von Brockenhusen gewiss ebenso gut — oder sollen wir sagen: ebenso wenig gut? — wie die Landschaften ihres Bruders, der zu gleicher Zeit bei Cassirer ausstellte. Eva Stort wäre zu erwähnen, recht gut im Ton, doch einseitig und in der Zeichnung der Bäume weichlich. Von süddeutschen Künstlerinnen arbeitet Frau Alice Trubner geschickt in der Art ihres Mannes. Der Nachteil ist, dass, abgesehen von den vier an der Spitze genannten Künstlerinnen, die Arbeiten durchweg auf einem Niveau stehen, keiner kann mehr oder weniger, als der andere. Also Mittelmässigkeiten, die durch den modernen Anstrich auffallen; die Mache gilt mehr, als die Sache, genau wie bei den Männern, wie sollte es auch anders sein!

× **Alte Kunst** Im nunmehr niedergelassenen Palais Redern hatte der Kaiser Friedrich III. eine Ausstellung alter Kunstwerke aus Berliner Privatbesitz veranstaltet. Man sah nicht ohne Befriedigung, wie viele gute Bilder, vor allem holländischen Ursprungs, es bei den Kunstfreunden Berlins gibt, unter denen Rembrandt und Frans Hals wieder in der ersten Reihe rangierten. Das weiteste Interesse aber nahm ein Bild für sich in Anspruch, das erst später hinzukam. James Simon, dessen Sammlung wohl neben der von Wesendonck und der Carstanjeschen in Berlin die wertvollste ist, hatte für die immense Summe von 350 000 M. ein Bild von Jan Vermeer van Delft in London erworben, von dem, wie einige behaupten, nur 32. nach anderer Angabe 37 Bilder nachweislich existieren. Dieser Maler ist die eigenartigste Künstlererscheinung, die sich denken lässt, und wer ein lebhaftes Gefühl für Kunst besitzt und in einer Galerie zum erstenmal vor ein Bild von seiner Hand tritt, wird auf alle Fälle durch dieses stärker angeregt werden, denn durch irgend eines; so gewiss es grössere Künstler gibt, als ihn. Dieses Exzeptionelle seines Wesens beruht darin, dass er, obgleich von ausgesprochen nationaler Eigenart, wirkt, als striche ein Vogel exotischen Gefieders durch die Strassen seiner Heimat. Das Wesen der holländischen Kunst ist die Pflege des *Malerischen*, doch bei Jan Vermeer, einem Schüler des früh verstorbenen und auch schon höchst eigenen Fabritius, der ein

Schüler Rembrandts war, steigert sich die Kunst des malerischen Vortrags bis an eine Grenze, erreicht derart die Herrschaft über alle Finessen, dass wir ihn einen *Japaner unter den Holländern* nennen möchten. Die Kunst der holländischen Maler ist das Beherrschende der Valeurs; bei Vermeer tritt die Fähigkeit hinzu, diese Valeurs noch durch die Intensität eines Lokalkolorits zu steigern. So arbeitet er mit den scharfen Gegensätzen zweier Farben, am liebsten Zitrongelb und Ultramarinblau, doch ineinanderschmelzend zu einem Ganzen, wie die Töne, die nicht sind und doch leben, indem eine Meisterhand sie einer Geige entlockt. So hervorragend nun dieses Bild von Vermeer war, für diesen Künstler zählt es nicht unter seine allerersten. Er benutzte hier das für ihn zu billige Mittel eines dunklen Hintergrundes, vor dem die Figuren, an denen auch manches übermalt scheint, eine allzu starke Plastizität annahmen, und auf dem das gleissende Gelb der Seidenjacke nicht annähernd so diskret steht, wie auf dem perlgrauen des köstlichen Bildes im *Kaiser Friedrich-Museum*. Aber immerhin, eine ganz einzigartige Kunstleistung.

X X
Corinth So oft wir Bilder von Corinth sahen, hatten wir die Empfindung, einer starken

Begabung gegenüber zu stehen; im gleichen Moment aber stellte sich auch schon ein Gefühl des Unbehagens ein, das diese Malerei verursacht: sie wirkt wie ein abgeessener Tisch, auf dem Speisereste und Geschirr unsauber durcheinanderliegen. Oder anders ausgedrückt: in dieser rohen Unzulänglichkeit ist beinahe etwas Akademisches. Eine beinahe plumpe Kraft ist der Zug Corinthischen Wesens — doch wäre dies kein Grund, ausgereifte Werke zu schaffen —, aber durch die mangelnde Fähigkeit, diesen Grundzug seines Wesens harmonisch zum Ausgleich zu bringen, wirkt er nahezu weichlich. Und doch glimmt in der rohen und ungeschlachten Farbe dieser Bilder nicht selten ein Zug von Feinheit, ein rosiger, beinahe zarter Schimmer, der entwickelt werden könnte, oder auch nicht, da er im Grunde gegen diese Brutalität kontrastiert und, entwickelt, aus seiner Weichheit, diese aufheben müsste. So ist dieser Maler im Grunde ein weichlicher Fleischer und darum zu dauernder Dissonanz verdammt, zu einer Art Pose des eigenen Wesens, dessen Elemente er, statt zu entwickeln, mit jedem Versuch

weiter auflöst. Das Bild mit der Kerzenbeleuchtung, das wir diesmal bei Casirer sahen, ist wohl das ausgeglichenste. Vielleicht, dass der Raum nicht einmal wirklich vom Kerzenlicht erhellt war, aber der Kronleuchter selbst war gut, und noch besser der Tisch mit seinen Geräten. Der eigenartige Entwurf zu einer Kreuzigung wirkte wie ein grotesker Witz, wie eine Jahrmarktszene; aber gerade darin lag etwas, das wir an Corinth schätzen, ein volkstümlicher Zug, der schon früher durchbrach bei anderer Gelegenheit.

X X
Franck Unter den Berliner Sezessionisten ist dieser Maler entschieden eine der sympathischeren Erscheinungen. Zwar keine komplizierte Natur, die auf die äussersten Tonfeinheiten reagiert, eine weitreichende Skala zur Verfügung hätte und die empfangenen Valeurs individuell zu steigern vermöchte, ist er einfach und gerade, beinahe nüchtern, aber ehrlich. Und das Mass seines Könnens reicht immerhin aus, nicht in Monotonie zu verfallen. Er hat kein Rezept und macht niemandem nach. So sind seine Naturausschnitte, wenn auch wenig abwechslungsreich, immer frisch und kräftig, was dem Künstler schon dadurch erleichtert wird, dass er nur den gröberen Effekten nachgeht, Sonne und Schatten, und ohne Gefühlsgründe.

X X
Georgi Georgi, ein Mitglied der Münchener Künstlervereinigung *Scholle*, füllte mit seiner Kollektion bei Schulte einen Saal. Anfangs ein liebenswerter Zeichner der *Jugend*, beruht sein, wie seiner Kollegen Fehler darin, den für die Illustration geringen Umfangs gefundenen Stil auf die Malerei zu übertragen, und zwar auf eine so extremen Formates, dass hierfür eine psychologische Lösung nur in den Gesetzen eines individuellen Kräfteprinzips zu suchen ist: es scheint, dass diese Künstler, die im dekorativen Sinne reizvoll mit der lithographischen Kreide ihre Phantasieen, wie für jeden ersichtlich, spielend leicht hinwarfen, gar nicht anders können, als auf der Leinwand sich in diesen Dimensionen zu tummeln, weil ihnen jedes Vermögen nach toniger Vinnerlichkeit fehlt. Sollten sie das dringende Bedürfnis nach einer malerischen Betätigung solcher Art empfinden und meinen, sich in der Zeichnung kleiner Formates nicht haben voll geben zu

können, sie gewissermassen nur als Vorstudien betrachtend, so sind sie eben die geborenen Theatraler, die sich dem Ausstellungsbild vollständig fernhalten sollten, sicher aber da, wo es sich um einen Vorwurf, wie jene *Mittagsrast*, handelt, der unter dem Pinsel eines solchen Künstler von einer geradezu erschreckenden Öde ist, während ihm die Parkszenen in den architektonischen Elementen — nur zu charakteristisch — schon eher gelingen. Betrachtet man die ersten Zeichnungen dieser Künstler, die mit romantischem Sinn der Silhouette alter Städtebilder beleben, und vergleicht dann ihre zarte Schraffierung mit dem Weissquaststrich der Ölbilder, man möchte an eine affektierte Mache glauben, und doch ist auch dieser Übergang ein durchaus konsequenter; nur gehören derartige Dinge weder in die Ausstellung, noch ins Zimmer, sie gehören aufs Theater.

× **Französische Meister** Neulich zeigte Cassirer uns in einer ausgewählten Kollektion Renoir, Sisley, Pissaro. Sie sind im Grunde die Lieblichsten unter den grossen Impressionisten. Das Rot und Blau in den Bildern des Renoir gleicht dem fröhlichen Vogelgezwitscher an einem hellen Sommermorgen und scheint wie geschaffen, eine Landschaft mit Gehölz und Wasser zu beleben, in der ein kleines, kussfrohes Mädchen, mit einem Mündchen, winzig wie eine Kirschke, auf den Geliebten wartet. Diese kleine Pariserin, im Verein mit der so sinnlich heiss erfassten Natur, gelingt ihm, wie keinem anderen, und selbst da noch, wo er, wie in einem anderen Bilde — es stellt ein Liebespaar dar — roh erscheint. Delikatere, als diese beiden Bilder, ist eine Theaterszene, die in ihrem dunkleren, samtweichen Ton an seine früheste Epoche erinnert. Hier zeigt er uns zwei Mädchen von einer geradezu puppenhaften Kindlichkeit, und doch sind wir gerührt beim Anblick dieser Knospen, die schon den Duft der Entfaltung in sich schliessen und mit eigenem Frageblick darauf zu warten scheinen. Diese Fähigkeit, den Menschen zu schildern, gibt dem Künstler einen so liebenswürdigen Zug, weit über die malerischen Qualitäten hinaus, die, und in weit stärkerem Grade, das Wesen der Kunst eines Manet und Monet ausmachen. Es ist der Franzose, den wir in Renoir lieben, und zwar ein Franzosentum, das noch lebhafter bei Flaubert, als bei den jüngsten Dichtern, zu Hause ist, es

ist jene provinziale Lieblichkeit, die im Grunde Paris vor anderen modernen Grosstädten voraus hat. In Sisleys Landschaften ist ein verwandter Zug. Er ist dünn in der Empfindung und spitz und zart daher in der Pinselführung und nicht kräftig, oft fröselnd in der Farbe. Aber, wie er seine Motive am Rande der Stadt auswählt und zum Ausdruck bringt, das lässt ihn als einen vollendeten Künstler erscheinen. Pissaro ist um eine Note stärker. Er wählt einen Bahndamm mit Telegraphenstangen und ein wenig Schnee in den Ackerschollen, und allem die Linienüberschneidung in diesem Bilde erfüllt uns mit einer lebhaften Vorstellung. Oder auf einem anderen Bilde: vor der Stadt eine Anhöhe mit Aussichtsbank in dichtem Buschwerk und davor ein Kinderspielplatz: wie die einsamen Spaziergänger hier weilen, und der 14-jährige Backfisch breitbeinig beim Ballspiel steht, gibt dem Ganzen einen so ausgesprochenen Charakter, dass nur ein Maler schaffen konnte, der mit der Empfindung lebendig bei der Sache war. Drei Stücke aus der Londoner *Tower Bridge*-Serie liessen Monet gegen diese ältere französische Kunst und gegen seine eigenen früheren Sachen unpersönlich, weichlich, jedenfalls unfranzösisch erscheinen.

× **Kurze Chronik** In Paris starb Eugène Carrière, der Schöpfer der *Maternité*. × Am 15. 16., 17. Juli findet in Dresden ein allgemeiner Kunstgewerbetag statt. Der Bildhauer Adolf Hildebrand wird an der Münchener Akademie um freie Lehrtätigkeit ausuben. × Der Münchener Bildhauer Hugo Kaufmann siedelte nach Berlin über. × Am 27. und 28. September wird in Braunschweig der Tag für Denkmalspflege abgehalten. × In Kiel wurde das neue *Thalov-Museum* eröffnet.

× **Literatur** Das Märzheft von *Kunst und Künstler* brachte einige wertvolle Beiträge. Jan Veth, der holländische Maler und Schriftsteller, sprach mit feiner Kenntnis über *Rembrandts Anpassungsart*, indem er an der Hand der Gegenüberstellung von Rembrandts Porträten und einigen hervorragenden italienischen gewisse Einflüsse konstatierte. Selbstverständlich sind diese so minimal, dass nur ein sehr geübtes Auge sie herausfindet, und somit ein Beweis, welcher Art die Anregungen bei einem so individuellen

Künstler, wie Rembrandt, nur sein konnten — arbeiteten doch in früheren Zeiten die Maler einfach den Vorwurf eines Vorgängers um, wobei sie freilich nicht selten talentvoller verfahren, als dieser, während es heute im gleichen Falle in der Regel umgekehrt geschieht; in unseren *individualistischen* Tagen! Emil Bauer registriert im gleichen Heft noch einmal den Stand der gegenwärtigen Malerei an der Hand der modernen optischen Forschungsergebnisse. X Das Aprilheft der *Dekorativen Kunst* ist ein Riemerschmid-Sonderheft, in dem Dr. Paul Rée den Künstler uns als Architekten und angewandten Kunsthandwerker in seiner Vielseitigkeit vorführt.

RUDDOLF KLEIN

Dichtkunst

Diederich

An dem Lyriker Franz Diederich ist die Andacht vor zarten Naturstimmungen ein Zug gewesen, der seiner Individualität vor allem entsprach. Er besaß nicht gewöhnliche Mittel, Bilder der Waldschönheit zu malen und erfreuende Blicke in das kleine Leben eines friedlichen Alltags tun zu lassen. Der stille Dichter will den Umfang seines Schaffens in dem jüngsten Bande erweitern und es kund und klingend machen, wie im brennenden Daseinskampf: *Die Hämmer dröhnen* /Dresden, Kaden/. Doch er blieb, was er war, reich und erfüllt von anmutiger Empfindung. Leidenschaft bezwang er nicht. Aber was ihn vor so vielen auszeichnet, ist sein Wagemut, am Kleinen die Begabung zu prüfen. Kein erotisches Überschwellen, das an Stelle der seelischen Leere meist tritt, stört seine Rhythmen. Wo die Liebe bei Diederich antönt, ist sie die leise, die wehe. Da man sich in dem neuen Buch sehr leicht vertrauen darf, Erstlinge, die besser unterdrückt wären, von Gereiftem zu trennen, soll das Gereifte nur gelten. Während der praktische Politiker eine Zukunft furchtsam erschaut, träumt der Dichter überall vom goldenen Einmal, sich mit Überlegung der religiösen Glücksbotschaften symbolisch bedienend. So ernst er das dürre Elend malt, die weinende Mutter im Kerker, die ihr Kind im Sonnenschein sieht, das Geduckte und Schmerzhaftes der Bergarbeiter, das hallende Wüten in rastlosen Fabrikbetrieben, seine Art ist so Gigantisches nicht, jetzt noch nicht. Dass seine Kraft auch zu derartigen Aufgaben wachsen kann, ist nicht unwahrscheinlich dem Leser, der

die steigende Wucht der *Märzgewalt* spürt.

X
Erzählungen Das Bescheiden nach der Fähigkeit ist gewiss schon Zeichen eines Talent, und nichts muss schlimmer verurteilt werden, als der Irrtum des suchenden Schriftstellers, der an riesige Stoffe kindische Hände legt. Andererseits jedoch gibt es Materien der künstlerischen Darstellung, bei denen jede Arbeit ein Vergeuden der Mühe ist. Solch im Grund zu winziges Thema erwähnte sich Ludwig Hirschfeld in dem letzten Roman *Paukzeit* /Leipzig, Cavael/. Dieser junge Erzähler hat entschieden Mittel, nur weiss er noch gar nichts von Zucht und Zäumung der überwuchernden Nebengefühle. In seinen früheren Büchern rührt er an Ironisches und spielt sich gern auf zum überlegenen Klugheitsredner, der sich in schönes Gleichgewicht mit der Erdenverwickeltheit zu setzen lernte. Aber diese Geste stand ihm schlecht. Sie nimmt sich ebenso hässlich im neuen Romane aus, der allen Seelenregungen eines Menschen nachgehen will, der zu einem Säbelduell sich vorbereitet. Warum soll man das nicht erzählen? dachte sich Hirschfeld, und er erzählte so gewissenhaft, so mit überschwänglicher Gründlichkeit, dass sein Roman, der ein Kompendium ward, missriete. Das kam wohl, weil er noch keine Distanz von den Dingen seiner Geschichte hat. Er soll es erfahren: Wer mit zu vollem Herzen schreibt, wird schwülstig. Der Trost ist, dass sich solch Ungelenker noch entwickeln kann zur Abgeklärtheit. Wie muss man sich aber verhalten, wenn einem das Werk eines Beginnenden schon als fertige, fast untadelhafte Kunstschöpfung entgegentritt? Bei S. Fischer erschien *Ingeborg*, ein Roman von Bernhard Kellermann. Jung ist an diesem Buch bloss die nicht ganz echte Bereitschaft, jederzeit von exotischen Reizen der Sinne, des Gedankens ein früh morbid gewordenes Herz kosen zu lassen. Die Kultur der Phantasie, d'Annunzios virtuose Gewöhnung, lässt sich zum geistigen Eigentum so sehr machen, dass man sie für den Kern des Wesens erachtet. Kellermann brachte diesem Hange viel Verwandtes entgegen, ihn für seinen Gebrauch ändernd. So singt er in sehr vollen und sehr bunten Worten um die Liebe zweier Menschen, die ein dritter trennt.

Was Schriftsteller seines Schlages nie sündhaft werden lässt, der ungeheure Fleiß im Formen harmonischer Sätze, das verschwistert Kellermann dem Balten Eduard von Keyserling, den ich hier (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag. 1074) schon skizziert habe. Keyserling einigt Novellen, die in der *Neuen Rundschau* standen, zu einem Bande (*Schwüle Tage* /Berlin, S. Fischer/). Wenn man philologische Akribie aufwenden wollte, dann gelänge es mühelos, Sommerstimmungen, Gewitterängste, Beschreibungen weiblicher Vollendung in beiden zu entdecken, die sich merkwürdig ähneln. Dass gerade diese Talente wenig nationale Eigentümlichkeit aufweisen, und man den Charakter des Deutschen bei Franzosen ungeändert wiederfindet, zeigt Henri de Régnier. *Seltene Liebschaften* übersetzt F. von Oppeln-Bronnikowski von ihm /Stuttgart, *Deutsche Verlagsanstalt*/. Das *Seltene* deutet genügend an. Die stilistische Feinheit — der Übersetzer trifft sie nicht uneben — erfährt am meisten, wo sie in der Art des italischen Novellino erzählt.

× **Dramen** ×
 Englische Komödianten haben im XVII. Jahrhundert ein Stück vom reichen Jüngling gespielt, der ein armer und hungernd ward, nachdem er seines Vaters Gut verhuht und verprasst hatte. Ich bewunderte an diesem frischen Passionsdrama stets die Urwüchsigkeit und trotz aller Roheit mit der Bühne vertraute Geschicklichkeit des derben Theatermakers, der die rührsame Mär vom verlorenen Sohn dramatisierte. Denn der Stoff gibt Anlass, das Untergehen eines Menschen an seiner eigenen Erdenfremdheit darzustellen. Wenn ich den tölpischen Auftritt las, wo ein Kuppelwirt und das ihm ebenbürtige Weibsgesindel dem verlorenen Sohn die Hosen buchstäblich vom Leibe ziehen, dann dacht ich immer, aus der gemeinen Pantomime könnte eine erschütternde Tragödie gezimmert werden, die in den letzten Menschheitsjammer heraufführt. Darum ging ich mit viel gutem Willen an Karl Rösslers Trauerspiel *Der reiche Jüngling* /Leipzig, Insel-Verlag/. Ich wurde sehr enttäuscht. Rössler will in einer Tragödie es sich belehrend abrollen lassen, dass schon der Gedanke einem Besitzenden Tod bedeutet, mit seinen Schätzen das Erdenelend vermichten zu wollen. Er schafft darum

keinen verlorenen Sohn aus Schlechtigkeit, sondern aus höchster Ethik. Nathanael ist Erbe eines fürstlichen Vermögens; darum gehasst. Als er von Jesu Mund erfährt, das Heil liegt im Hingeben des Vermögens, um geliebt zu werden, will er allein noch die Liebe. Darüber erhält er einen Dolchstoß, der ihn nur deswegen trifft, weil es der vierte Akt des sehr langen, unfruchtbar ausgesponnenen Stückes so als Schluss erfordert. Rosslers Idee, dem Mythos modernes Leben zu verleihen, in dem Augenblick einen Reichen sterben zu lassen, wo ihm die Nichtigkeit des Goldes, die niederschmetternde Wichtigkeit des Barmherzigseins die Ahnung erweckt, ist dunkel im Drama geblieben.

Mythen sind eben für den Tragiker der schwierigste Stoff, wenn es ihm nicht gelingt, seinen Menschen den Mythos als eigenes Erlebnis einzupflanzen. Das Sprunghafte des Mythos, das in der Motivierung naiv Bruchige, ist dann beleidigend und hässlich. Wie verstand Hebbel im *Gyges* das Wunder des Kleinos, das die Menschen unsichtbar macht, für eine herzerreissende Tragik zu gebrauchen! Wie machte André Gide in dem dreiaktigen Trauerspiel *Der König Kandaules* /ebenda/ aus dem gleichen Mythos eine leere, dramatisch ohnmächtige Feerie! Alle Charaktere, die in Hebbels Meisterwerk mächtig sind, hat er entnervt und verschleiert. Dabei ohnmächtige Feerie! Alle Charaktere, die in Hebbels Meisterwerk mächtig sind, hat er entnervt und verschleiert. Dabei ist der Dichter ein kluger Kopf, dessen von Franz Blei verdeutschter Essay über die Entwicklung des Theaters kühn und gewinnend spricht.

× **Kurze Chronik** ×
 Dass man dem wackern Schriftsteller und noch prächtigeren Mann Michael Georg Conrad am 5. April schon zu seinem 60. Geburtstag hat gratulieren müssen, ist nicht betrubend, weil er wie ein Jüngling frisch in das Alter hineinschreitet. × Von Bernard Shaw sind jetzt in deutscher Übersetzung wieder zwei Stücke erschienen: *Der verlorene Vater* und *Caesar und Cleopatra* /Berlin, S. Fischer/. Über Shaw selbst braucht hier nichts gesagt zu werden, nachdem ein ausführlicher Essay über ihn in den *Sozialistischen Monatsheften* (1905, I. Bd., pag. 210 ff.) erschienen ist; über ein zehnes wird später noch zu referieren

sein. Vermissst wird noch immer eine deutsche Ausgabe des merkwürdigen Dramas *Man and superman*, das Shaw im Untertitel *A comedy and a philosophy* nennt.

X
Literatur X
Schiller, der *Horen*-redakteur, hat auf seiner peinlichen Suche nach unterhaltsamen Stoffen bereits auf *Rétif de la Bretonne* hingewiesen. Im Vergleich zu seinen grössten Zeitgenossen ist *Rétif* plumper und unkultivierter, aber auch wahrer. Und niemals gerät er auf beschönigende Abwege, wenn er das Laster malt. Er wollte das menschliche Herz entschleiern und deckte die Geheimwege auf, die von den Geschlechtsinnen führen zu dem geschmeidigen Ding, das eine Konvention *Seele* getauft hat. Er sagt *Seele* und meint den Unterleib. Von der Welt redet er, und die ist der Treffpunkt der Halbwelt im *Palais Royal*. Er philosophiert, und seine Ideen vom Kosmischen sind nur anthropomorphe Erklärungen der Akte des Zeugens oder des Ringens nach deren Verwirklichung. Über Glückseligkeit der Menschheit grübelte *Rétif*, die bestmögliche Gestaltung des Rechtslebens zu ergründen bemüht, und die Einzelinstitute in den Lupanars fesseln seine Aufmerksamkeit vor allem. Eugen Dührer schrieb über *Rétif* ein Buch voller Ernst und Gelehrsamkeit, gestützt auf den grossen Umfang seiner medizinisch-psychiatrischen Sonderkenntnisse /Berlin, Harrwitz/. Er zeigt all die sexuellen Verirrungen des Sittenschilderers mit wohlthuender Kühle, die wegen ihrer vollständigen Wissenschaftlichkeit sein Werk dem oberflächlichen Leser verschliesst. MAX HOCHDORF

DIVERSA

Bücher

Adler: Die berühmten Frauen der französischen Revolution. Emma Adler hat die Frauen so lebenswahr gezeichnet, mit so viel Wärme ihren Anteil an den einzelnen Phasen der Revolution dargelegt, dass man manchmal ganz unter ihrem Banne steht. Sie gibt uns eine Biographie von zehn der hervorragendsten Frauen /Wien, Rosner/. Wir lernen ihre Kindheit kennen, das Milieu, dem sie entstammten, und die Begeisterung, mit der sie für ein freies Frankreich schwärmten. Aber nicht nur Kämpfe-

rinnen und Rednerinnen sehen wir vor uns, Emma Adler zeigt uns auch Heldinnen der aufopferungsfähigsten Menschenliebe. Madame Legros und Madame Bouquey standen nicht auf den Barrikaden, sie stürmten nicht die Tuilerien — und doch verdienen sie rückhaltlose Bewunderung. Madame Bouquey starb auf dem Schafott. Ihre Schuld in den Augen des Konvents war, dass sie flüchtigen, geächteten Girondisten ein Asyl gewährt hatte. Dieses Kapitel allein ist wert, dass das Buch gelesen wird. Die Literatur über *Théroigne de Méricourt*, diese interessante *Amazone der Revolution*, wird wertvoll bereichert. Im k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien gibt es eine Art Selbstbiographie der *Méricourt*, die sie im Gefängnis von Kufstein zu ihrer Verteidigung niedergeschrieben hat. Die Veröffentlichung dieser Handschrift erfolgt zum erstenmal in dem vorliegenden Buch. Ein wirklicher Genuss ist das Kapitel über Madame Roland, diese bekannteste unter den grossen Frauen der Revolution. Wir sehen sie in ihrer Kindheit; als neunjährigem Mädchen ersetzte ihr Plutarch das Andachtbuch. Wir sehen sie dann als Frau des Ministers Roland den Sitzungen des Ministerrats beiwohnen; in ihrem Salon treffen sich die glänzendsten Geister der Gironde. Im Gefängnis wächst ihre Seelengrösse von Tag zu Tag, bewundernd lesen wir ihre Briefe, sehen wir die philosophische Ruhe, mit der sie dem Schafott entgegenschah. Die Revolution ist keine sentimentale Einrichtung, und grosse Umwälzungen, auch wenn ihr Ziel, wie in diesem Falle, das edelste ist, können sich nie vollziehen ohne Opfer. So erscheint uns auch der Tod der Roland als ein Tribut, der der Revolution gebracht werden musste. So starb auch *Olimpe de Gouges*, die erste Kämpferin für politische Frauenrechte. Vieles, was diese ausserordentliche Frau vor mehr als hundert Jahren sprach, ist heute noch lebendiges Wort. Wir haben einige der bedeutendsten Frauen aus Emma Adlers Buch genannt. Es ist kein Buch der französischen Revolution, macht gar nicht Anspruch darauf, es zu sein, aber es ist ein Buch der Heldinnen der Revolution. Alle Frauen, die wollen, dass die Anteilnahme des weiblichen Geschlechts an den grossen Ereignissen der Zeit, in der sie lebten, bekannt werde, müssen das Erscheinen des Buches — dem 9 Porträts beigegeben sind — begrüssen. ADELHEID POPP